

RAWA – Revolutionary Association of the Women of Afghanistan

Nach einem kurzen Überblick beginnt eine chronologische Erzählung, die bis in die 1960er Jahre zurückgreift und die verschiedenen Phasen bis zum Jahr 2001 beschreibt. Die Geschehnisse im Herbst 2001 werden ausführlich behandelt. Danach folgt eine thematische Gliederung, welche die verschiedenen Themen aufgreift, die in den politischen Analysen und weiteren Tätigkeiten von RAWA wichtig sind. Auch im ersten Teil bis 2001 wird die Chronologie gelegentlich durchbrochen, um bestimmte Aspekte der politischen Arbeit oder Organisationsstruktur von RAWA im Zusammenhang darzustellen.

FRAUENORGANISIERUNG SEIT 1977

RAWA ist eine große, feministische, afghanische Frauenorganisation. Nur Frauen, die in Afghanistan oder als afghanische Flüchtlinge in Pakistan leben, können Mitglied werden. Neben den etwa 2000 festen Mitgliedern besteht diese Organisation aus einem breiten Netz von Unterstützer*innen und Sympatisant*innen. Der Name RAWA setzt sich aus den Kürzeln der englischen Bezeichnung zusammen: Revolutionary Association of the Women of Afghanistan. Auf Dari lautet der Name Jamiat-e-Enqilabi Zanan-e-Afghanistan. RAWA setzt sich für Frauenrechte, Menschenrechte, soziale Gerechtigkeit und säkulare Demokratie ein und hat als Organisation eine lange Geschichte und viele politische Erfahrungen. Diese Ziele offen auszusprechen und unbeirrt zu verfolgen, war in den 40 Jahren des Bestehens dieser Organisation mit größten Anfeindungen und großer Gegenwehr verbunden. Für Demokratie einzutreten, wurde in den 1990er Jahren und bis 2001 in Afghanistan angesehen, als würde ein System der Ungläubigkeit gefordert, was sehr gefährlich war. „At that time that we were talking about democracy, democracy was considered equal to infidelity. Today, after September 11 and after the U.S. Bombing we hear a lot about democracy. Everyone in talking about it [...].“ (Zarlasht, RAWA, zit. nach Brodsky 2003: 57) Obwohl heute in Afghanistan viel über Demokratie und Frauenförderung geredet

wird, ist RAWA, wie bereits die meiste Zeit seit dem Bestehen der Organisation, gezwungen, im Untergrund zu arbeiten. Der Staatsaufbau nach der Intervention 2001 wird von RAWA grundlegend kritisiert, weil dieser aus Sicht von RAWA wenig mit Demokratie zu tun hat, sondern ganz im Gegenteil, demokratischen Entwicklungsmöglichkeiten schadet. RAWA widerspricht der Außendarstellung bezüglich Frauenförderung und zeigt, dass es keine Verbesserungen, sondern Verschlechterungen, für die Breite der Frauen gibt. RAWA nennt die Verantwortlichen für schwerste Menschenrechtsverletzungen und Kriegsverbrechen beim Namen und fordert, diese vor Gericht zu stellen und ihrer Staatsämter zu entheben. RAWA sammelt dafür auch die Beweise und veröffentlicht diese. Aufgrund ihrer politischen Analysen, Forderungen und Praxis werden die Aktivistinnen von RAWA massiv bedroht. Eine mindestens genauso große Provokation stellt heute, wie auch bereits zur Zeit der Gründung von RAWA, die unabhängige Organisierung ohne Männer dar, also als eigenständige Frauenorganisation und ohne eine übergeordnete männergeführte Organisation.

BEWEGUNGSGESCHICHTE SEIT DEN 1960ER JAHREN

RAWA wurde bereits 1977 von einer kleinen Gruppe junger Frauen gegründet. Mit der 1968-Bewegung, die auch Afghanistans Schüler*innen und Studierenden gegen die bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse und den Staat auf die Straße brachte, war viel in Bewegung geraten. An den Universitäten wurde – erfolgreich – gestreikt, beispielsweise gegen die Regelungen für Aufnahme- und Abschlussprüfungen und für mehr Mitbestimmung. Um Informationsfreiheit durchzusetzen, wurden Demonstrationen zum Parlament durchgeführt und dort Einlass verlangt. Die zahlreichen Streiks von Arbeiter*innen aus Großbetrieben und von Bauern im ganzen Land wurden aktiv unterstützt. Seit Mitte der 1960er Jahre gründeten sich neue linke Organisationen. Die 1964 eingesetzte neue Verfassung ermöglichte die Gründung von politischen Parteien, Versammlungs- und Redefreiheit und insbesondere auch die politische Betätigung von Frauen (vgl. Emadi 1997; Emadi 2002). Zu den linken Neugründungen gehörte die reform-sozialistische, die Politik und Ideologie der Kommunistischen Partei der Sowjetunion unterstützende und an Ideen des Eurokommunismus orientierte Demokratische Volkspartei Afghanistan bzw. Peoples Democratic Party of Afghanistan (PDPA). Die PDPA spaltete sich kurz darauf in zwei Fraktionen: Khalq (Massen) und Parcham (Fahne). In einer Abgrenzung zur reformistischen PDPA wurden andere linke Organisationen, mit einem radikaleren Profil, gegründet. Die Verfassungs- und Gesetzestreue sowie die Beteiligung am parlamentarischen Wahlsystem, wie es die PDPA praktizierte, wurden von diesen Gruppen als „Revolution von oben“ an-

gesehen. Die radikalen Gruppen vertraten stattdessen den Weg einer sozialen Revolution von unten (vgl. Emadi 1997).

Eine sehr einflussreiche, verschiedene ethnische Gruppen und Regionen umfassende revolutionäre Organisation war Sazman-e-Jawanan-e-Mutaraqi (Progressive Youth Organization, PYO), die auch als New (oder Neo-) Democratic Organization of Afghanistan bezeichnet wurde (vgl. Emadi 2002: 95, Emadi 2001: 432-433, Emadi 1997: 104). Marxistisch-leninistisch-maoistische Ideen waren für diese wie auch andere linke Organisationen eine wichtige Grundlage. Die PYO-Anhänger wurden als „die Maoisten“ bezeichnet. In ihrer Zeitung Shula-e-Jawid (ewige Flamme) wurde über Mao Tse-tungs Konzept der Neo-Demokratie geschrieben, das ihnen für die afghanische Situation passend erschien. Die Idee nationaler Befreiungskämpfe im Unterschied zu „evolutionären“ Veränderungsprozessen wurde international unterstützt (vgl. Emadi 2001: 433). „[F]urther to the left were the so-called Maoists, Shola'i, who also had a sizeable following in the university at various points during the 1960s and 1970s.“ (Larson/Coburn 2014: 6) PYO war auch unter dem Namen „Flamme“ (Shula-yi) nach ihrem Publikationsorgan Shula-e-Jawid bekannt und trat für einen revolutionären bewaffneten Kampf ein, um eine neue Gesellschaft mit sozialer Gerechtigkeit aufzubauen. Es wurde von einem revolutionären Regierungsumsturz gesprochen. Es gab keine Gewerkschaften und die Demonstrationen sowie Streiks der Arbeiter wurden von den radikalen Studierendenorganisationen mitgetragen (vgl. Emadi 1997). Im Mai und Juni 1968 hatten die Streiks der Arbeiter wie auch die Studenten-Streiks einen Aktivitätshöhepunkt. „The objective of the most radical section of students associated with the New Democratic Organization was to integrate student movement with that of the working class in the hope of building a mass movement for a new democratic revolution.“ (Emadi 1997: 50)

Diese radikale Positionierung und die Befürwortung des revolutionären bewaffneten Kampfes der PYO brachte ihnen sowohl in der städtischen wie auch der ländlichen Bevölkerung viel Sympathie ein (vgl. Emadi 2001: 433). „The organization served as a mother organization of the leftist movement in organizing many professional revolutionaries in Afghanistan.“ (Emadi 1997: 104) Sie stand in den 1960er und 1970er Jahren an Popularität kaum Parcham und Khalq nach (vgl. Schetter 2010: 90), die 1978 wieder vereint als PDPA mittels Staatsstreich bzw. der sogenannten April-Revolution zur Regierungspartei wurden. Einige beschreiben die PYO für Ende der 1960er Jahre als die stärkste Gruppe: „The Maoists were becoming the new, big story in town and for some time attracted the greatest attention.“ (Giustozzi 2010: 3) Im Studierendenausschuss (student union council) bildeten sie die größte Einzelgruppe (vgl. ebd.).

Gegen den zunehmenden Einfluss marxistischer Bewegungen, aber auch gegen die neuen Freiheiten gelebter Alltagspraxis vor allem für Frauen waren jedoch auch reaktionär und islamisch-fundamentalistisch orientierten Student*-

innen aktiv. Hinter ihnen standen Mullahs, die sich im Frühjahr 1970 aus dem ganzen Land in Kabul versammelten, um vom Parlament zu fordern, dass Marxismus und Unmoral niedergeschlagen werden. Konservativ-islamistische Studierende und Mullahs bekämpften die Linken schließlich mit offener Gewalt und Mord und griffen weibliche Studierende mit Säure an, die sie auf die nicht-bedeckten Beine und Gesichter warfen. Es wurde auch auf die Beine geschossen (vgl. Brodsky 2003: 42).

Mit diesen Angriffen sollte eine Entwicklung zurückgedrängt werden, die bewirkte, dass junge Frauen in den Städten nicht nur kein Kopftuch, sondern auch kurze Ärmel und modische Miniröcke trugen, an Rockfestivals und dem blühenden Theater-, Kino- und Nachtleben teilnahmen, Basketball oder Tennis spielten sowie berufliche Tätigkeiten im Bildungs-, Gesundheits- und Verwaltungsbereich und bis hinein in die Polizei und ins Militär aufnahmen.

„The Afghan girl is experiencing a new freedom in living and in new ways of dressing. Instead of dressing in the ways her mother did at her age, an educated Afghan girl slips quickly into exactly the kind of costume worn by her counterpart in London, Paris or New York. [...] This semi-modernization trend and change in lifestyle of the urban population did not spread into rural areas, but nonetheless provoked hostility by clerics and religious fundamentalists in all regions.“ (Emadi 2002: 22-23)

Die herrschende Elite setzte angesichts der zunehmenden wirtschaftlichen Miesere, den Streiks der Arbeiter*innen und als Entgegnung zu den gut qualifizierten linken Universitätsabsolvent*innen, die Arbeitsstellen und gesellschaftlichen Einfluss anstrebten, auf die islamische Bewegung als Gegenpol (vgl. Emadi 1997). Die zunehmende Verbreitung linker, radikaler Diskurse sollte gestoppt werden. Die Gründung islamisch-fundamentalistischer Gruppen, die bis heute eine wichtige Rolle einnehmen, wie beispielsweise um den damaligen Studenten Gulbuddin Hekmatyar, fiel in diese Zeit.

„These Kabul attacks [gegen weibliche Studierende] were said to be organized by Gulbuddin Hekmatyar, then an engineering student at the university of Kabul, who would later go on (with U.S. Funding) to be one of the most draconian warlords [...].“ (Brodsky 2003: 42)

Während es in den frühen 1960ern noch keine islamistischen Organisationen gab, begann die Verbreitung islamistischer Ansichten durch Publikationen und Agitation und baute sich soweit auf, dass 1969 eine solche Bewegung zur Eindämmung linker, revolutionärer Aktivitäten formiert war (vgl. Emadi 1997: 97).

„The Islamic organizations neither participated in any such meetings and rallies [first day of May] nor did they support the struggle of the blue-collar workers. [...] the prime objective of

their rallies was to return to an Islamic way of life and the ‚Islamicization‘ of the state apparatus. They demanded a ban on alcoholic beverages (even to foreigners), a compulsory restoration of Islamic dress for women (veil), and abolishing of secular education for the female population.“ (Emadi 1997: 50)

Neben Treffen und Kundgebungen wurden auch Aktionsgruppen gebildet, die gegen die Gegner der islamistischen Bewegung vorgehen. 1973 wurde bei einem solchen Angriff gegen Unterstützer*innen der New Democratic Organization (PYO) in der Universität Kabul ein prominenter Denker der PYO ermordet und viele weitere verletzt (vgl. ebd.). Die islamistischen Organisationen setzten sich gegen Modernisierung und für die islamische Legitimation von Staatlichkeit ein. Zum zentralen Inhalt der Politik gehörte, Frauen aus dem öffentlichen Raum und von höherer Bildung zu verdrängen und diese in ihren Handlungsoptionen massiv zu begrenzen. Freiheiten von Frauen und Emanzipation wurden als anti-islamisch angesehen.

„Die Islamisten opponierten in den sechziger Jahren gegen die kommunistischen Parteien (v.a. gegen die *scholeh-ye jawed* [ewige Flamme]) und die Regierung, was häufig zu Zusammenstößen auf dem Universitätscampus führte. Viele Mujahedin-Führer, die im Afghanistankrieg noch eine gewichtige Rolle spielen sollten, gingen aus dieser islamistischen Bewegung hervor: Borhanud-Din Rabbani war seit 1972 Präsident der Schura [Organisationsorgan der Bewegung], Abdul Rasul Sayyaf sein Stellvertreter, Golbud-Din Hekmatyar seit 1975 erster Sekretär und Anführer der Muslimjugend.“ (Schetter 2010: 90)

Anfang der 1970er Jahre herrschte eine vorrevolutionäre Stimmung, zum Teil aufgrund einer Dürrekatastrophe mit Zehntausenden Hungertoten und hoher Arbeitslosigkeit, aber auch auf Grundlage der Erfolge der Uni-Streiks: Die gesamte Leitung der Kabuler Universität sowie der Bildungsminister wurden ausgewechselt. Auch die anti-kolonialen, nationalen Befreiungskämpfe in Asien, Afrika und Lateinamerika spornten die Menschen in Afghanistan an, für demokratische Rechte und Freiheiten zu kämpfen (vgl. Emadi 1997: 104). „Various political parties were preparing themselves to seize political power.“ (Emadi 1997: 51) Im Juli 1973 übernahm Mohammad Daoud die Staatsmacht mit einem Putsch, verbot politische Parteien, verhaftete Führungspersonen oppositioneller Gruppen und richtete sie hin. Führer der New Democratic Organization/PYO gingen daraufhin in den Untergrund, während die Führer islamistischer Organisationen wie unter anderem Gulbuddin Hekmatyar und Burhanuddin Rabbani nach Pakistan flohen.

Frauen und Mädchen waren seit den 1960er Jahren Teil der linken Proteste, sowohl bei der Unterstützung der Anliegen aller Schüler*innen, Studierenden und Arbeiter*innen, als auch – mit zunehmendem Nachdruck – gegen die Unterdrückung von Frauen (vgl. Brodsky 2003: 42). Zum 8. März, dem Internationalen Kampftag der Frauen, wurden Demonstrationen von verschiedenen Organisationen

durchgeführt. Am 22. Juni 1968 demonstrierten Frauen gegen den Versuch konservativer Parlamentsabgeordneter, das Auslandsstudium für Frauen durch Änderung der Universitätsverfassung zu verbieten. Mit diesem Verbot sollte die Frauenbewegung zurückgedrängt werden. Weitere Demonstrationen folgten. „The most striking example of this was a 1970 protest in Kabul of 5,000 primary, secondary, and university girls and women that came after a series of acid attacks on women and girls for wearing Western dress.“ (Brodsky 2003: 42) Auch nach 1973 gingen die Proteste in abgeschwächter Form weiter.

Die Gleichstellung von Frauen wurde von Linken unterstützt, ohne daraus weitreichende praktische Konsequenzen zu ziehen. „[I]t was primarily lip service, as their central concern was not women’s equality but class changes that were not seen as gender based.“ (Brodsky 2003: 43) In Afghanistan fanden sich gleiche Phänomene wie in ähnlichen Bewegungen in anderen Erdteilen zu dieser Zeit: Die Unterstützung des Klassenkampfes durch Frauen war erwünscht – der Klassenkampf würde in der Folge anderer sozialer Veränderungen auch Frauenbefreiung nach sich ziehen –, während die Organisationen deutlich männerdominiert waren.

Weil keine der existierenden linken Organisationen Frauenrechte an zentraler Stelle behandelte, wurde im Jahr 1977 von einer Gruppe von fünf Frauen um Meena (sie wird nach der Tradition von RAWA immer nur mit diesem einen Namen bezeichnet) als Visionärin und Leiterin, die Organisation RAWA gegründet. Meena war eine 20-jährige Studentin des Islamischen Rechts an der Universität von Kabul. Den Gründungsfrauen von RAWA boten die bestehenden Frauenorganisationen, die nach der Verfassungsänderung von 1964 gegründet worden waren, keine Perspektive. Nach Emadi (2002) können diese Frauenorganisationen in liberale und linke Organisationen unterschieden werden. Liberale machten Bildungs-, Gesundheits- und weitere soziale Angebote für Frauen, ohne damit den am meisten bedürftigen ländlichen Bereich zu erreichen. Für städtische Frauen boten sie dabei keine eigene politische Strategie. Bei den städtischen Frauen hatten die revolutionären und gegen das Establishment gerichteten Organisationen großen Einflusses (vgl. Emadi 2002). Diese linken Organisationen sahen revolutionäre Veränderungen des sozio-ökonomischen Systems, seiner Ideologie und Politik als einzig möglichen Weg zur Gleichstellung der Geschlechter. Die PDPA, die eine reformorientierte linke Strategie verfolgte, hatte eine Frauenorganisation, die Women’s Democratic Organization of Afghanistan (WDOA). Die New Democratic Organization/PYO (Progressive Youth Organization) stand für eine (bewaffnete) Aufstandsstrategie.

Die Gründerinnen von RAWA kannten sich von der Oberschule und Universität und waren mit den politischen Diskussionen dieser bewegten Zeit vertraut. „Meena came of age during a time of marked student activism und protest, in Afghanistan as well as worldwide. This time was also the beginning of a long line of political upheavals.“ (Brodsky 2003: 41-42)

RAWA wurde als unabhängige, ausschließlich von Frauen gebildete, feministische Organisation gegründet, deren vorrangiges Anliegen Verbesserungen und Gleichstellung für Frauen war. RAWA war die erste Organisation Afghanistans, die komplett eigenständig in Frauenhand lag, eine Tatsache, die allein schon als Provokation aufgenommen oder angezweifelt wurde. Im Unterschied zu den liberalen und reformistisch-linken Frauenrechtlerinnen, für die das Ausmaß der Beteiligung von Frauen am Staatsapparat zentral war, ginge es RAWA um revolutionäre Systemveränderungen (vgl. Emadi 2002: 99). Der Ehemann der Gründerin Meena, Faiz Ahmad, war auch in revolutionär-linken Organisationen aktiv. Doch Meena hat immer Wert darauf gelegt, mit ihrer politischen Arbeit in einer unabhängigen Frauenorganisation keine Beziehung zu seiner oder einer anderen der linken Organisationen einzugehen.

Die Aktivistinnen von RAWA haben die Bildung von Frauen als die wichtigste Methode für den Weg der Frauenbefreiung und damit als revolutionären Weg angesehen. Entsprechend organisierte RAWA als ihre ersten Aktivitäten Alphabetisierungskurse für Frauen vom Land und für jene Frauen, die von traditionellen Familien an das Haus gebunden werden. Shaima, die seit dieser Anfangszeit mit RAWA aktiv ist, erklärt: „The first important issue was to educate women. [...] If not educated ... then they aren't able to change anything in their lives.“ (Zit. nach Brodsky 2003: 44) Damit direkt verknüpft ist der Gedanke, dass revolutionäre Veränderungen von der gesellschaftlichen Basis getragen und selbst gemacht werden müssen. Sie könnten nicht durch eine Machtübernahme als Regierungswechsel stattfinden.

BILDUNG ALS REVOLUTIONÄRER WEG

Schon im ersten Jahr vergrößerten die fünf Gründerinnen die Organisation auf elf Kernmitglieder, die verschiedene Altersgruppen umfassten. Zu diesem ersten Kern von RAWA gehörte auch Shaima, eine Lehrerin der Oberschule von Meena, um die sich die Gründung von RAWA entwickelte. Anne Brodsky (2003) traf und interviewte Shaima, die als eines der ersten RAWA-Mitglieder aus dieser Anfangszeit berichten kann.

„We obviously had to start with basic education, but couldn't stop at that, because just giving that education wasn't enough to break the chains in the family and society and that was the goal, to liberate women.“ (Shaima zit. nach Brodsky 2003: 45)

Seit der Gründungszeit RAWAs wurde Alphabetisierung und die weitere Bildung für Frauen als zentrale Aktivität auf dem Weg einer radikalen Gesellschaftsveränderung hin zu Frauenrechten und sozialer Gerechtigkeit verstanden. Trotz einer

Ausweitung des Bildungsprogramms in den Jahrzehnten zuvor, besuchten nur fünf Prozent aller Mädchen (und 30 Prozent aller Jungen) die Schule (vgl. Schetter 2010: 97). Welche Art von Bildung RAWA anbieten sollte, war schon zu Beginn ein wichtiges Thema. „So from the very first day we talked about this ... that we couldn't limit this to just literacy classes; that would not bring the change we wanted nor the consciousness. School education was not enough.“ (Shaima zit. nach Brodsky 2003: 45) Die Alphabetisierung und Weiterbildung für Lesegeschulte wurde mit politischer Bildung verbunden. „We thought the purpose was giving women a consciousness – political, social, cultural – giving them that consciousness meant a revolution.“ (Ebd.: 45) Es ging um die Geschlechterverhältnisse sowohl innerhalb der Familienstrukturen als auch in der Gesellschaft insgesamt und zudem um die Rolle der Regierung dabei. Die Veränderung all dieser Unterdrückungsverhältnisse wurde als Revolution verstanden.

Für RAWA steht die Bildungsarbeit für Frauen im Zentrum ihres politischen Selbstverständnisses. „Schule ist für RAWA kein Sonderposten, es ist das Herz ihrer Organisation. Schule und Bildung sind das Rückgrat ihrer Arbeit und ihres Denkens.“ (Benard/Schlaffer 2002: 23) In der Bildung liegt für die Aktivistinnen von RAWA der Schlüssel zu einer radikalen Gesellschaftsveränderung mit sozialer Gerechtigkeit, die die Geschlechterverhältnisse als grundlegend einbezieht. Am Ende der Taliban-Herrschaftszeit betrieben die RAWA-Frauen mehrere feste Schulen in Pakistan und viele kleine, flexible Schulen in Afghanistan.

Bei den weiteren Erläuterungen zur Umsetzung dieser Bildungsarbeit durchbreche ich die Chronologie der Darstellung und schreibe zu diesem zentralen Aspekt ihrer politischen Arbeit in einem zusammenhängenden Block, der die Jahrzehnte des Bestehens von RAWA umfasst. Das dient auch dazu, den Charakter dieser feministischen Organisation besser zu verstehen.

RAWA verfolgt bis heute diesen Ansatz, über Bildung radikale Veränderungen zu bewirken. Unter allen Bedingungen – Illegalität und Verfolgung, Krieg und Exil – haben die RAWA-Frauen diese Mädchen- und Frauenbildungsarbeit sowie auch Internatsschulen für Mädchen und Jungen in Pakistan weiter betrieben. Selbst im Afghanistan der Taliban-Regierungszeit, in der Frauen und Mädchen in die Häuser verbannt und von jeder Bildung ausgeschlossen wurden, hat RAWA illegalen Unterricht durchgeführt. Es handelte sich dabei um eine volle Schullaufbahn mit zwölf Jahrgängen und allen Fächern einschließlich Mathematik, Physik, Geometrie, Geschichte, Sprachen und Religion. „Ein Unterschied [zu einer Standardschule] ist, dass wir in unseren Mittelschulen für diejenigen, die es interessiert, auch politische Fächer anbieten, als Wahlfächer.“ (Lehrerin, zit. nach Benard/Schlaffer 2002: 28-29) Im Biologie-Unterricht wird auch Sexuaufklärung und Schwangerschaftsverhütung nicht ausgespart. „Die Lehrerinnen brachten uns auch bei, dass Frauen nicht die Sexsklavinnen der Männer seien, sondern ein eben solches Anrecht auf sinnlichen Genuss hätten wie sie. [...] [I]ch hörte zum ersten Mal das Wort ‚Orgasmus‘.“

(Zoya/Follain/Cristofari 2002: 94-95) Die Qualität der Ausbildung war so gut, dass bei einem Wechsel, beispielsweise in eine Schule in Pakistan, der Wissensstand häufig im gleichen Jahrgang übertroffen wurde. Einige Familien schickten aus diesem Grund auch ihre Söhne aus Afghanistan auf RAWA-Internatsschulen, die in Pakistan betrieben wurden, weil die Schulausbildung unter der Taliban-Regierung auch für Jungen kaum mehr als Grundbildung und Religionslehre umfasste. „Their daughters, on the other hand, were able to stay in Afghanistan for what they considered a top-notch college prep education [...] in RAWA's underground classes for girls.“ (Brodsky 2003: 148) Cheryl Benard und Edit Schlaffer trafen viele Absolvent*innen von RAWA-Schulen und beschreiben ein offenes, selbstbewusstes Auftreten, ein lebhaftes Interesse an Politik und sozialen Fragen, an Musik und Poesie. Die Absolvent*innen glauben an Demokratie und Selbstbestimmung und waren diskussionsfreudig. „Ihr Vokabular war gut, sie konnten sich wunderbar artikulieren, und theoretische oder philosophische Fragen beantworteten sie nachdenklich und differenziert.“ (Benard/Schlaffer 2002: 26)

Den Kindern wird die Gleichheit aller beigebracht. Das war umso bedeutungsvoller, nachdem in den Jahren 1992-1996 brutale Gewalttaten der gegeneinander kämpfenden Fraktionen der fundamentalistischen Mudjaheddin auf ethnischen Zuordnungen basierten. Zoya berichtet, wie ihr von ihrer Lehrerin bei der Einführung in die neue Schule erklärt wurde, dass die Schülerinnen aus allen Teilen Afghanistan kommen, dass sie diese aber niemals fragen solle, welchem Stamm sie angehören. Die Lehrerin Hamedas sagte:

„Lach nicht über andere, weil sie anders sind als du. Manche Mädchen können kein Persisch, manche sprechen es mit einem Akzent, der in deinen Ohren seltsam klingen wird, manche sehen ganz anders aus als du. Du solltest diese Unterschiede respektieren. Ihre Abstammung macht sie nicht besser oder schlechter als dich.“ (Hameda zit. nach Zoya/Follain/Cristofari 2002: 85)

Für Zoya, die später selber RAWA-Mitglied wurde, war vieles sehr ungewöhnlich, als sie mit 14 Jahren auf das RAWA-Internat in Quetta, Pakistan, aufgenommen wurde. „Die Lehrerinnen saßen zwischen uns und aßen das gleiche Essen wie wir. Wir wurden alle gleich behandelt.“ (Zoya/Follain/Cristofari 2002: 85) Um den Schulbesuch zu ermöglichen, hatte RAWA für sie die Flucht nach Pakistan organisiert. Sie hatte zuvor keine Schule besucht, sondern war nur von ihren aktivistischen Eltern zu Hause unterrichtet worden. Manche Mädchen kamen aus RAWA-Familien, manchmal nach dem Tod der Eltern wie im Fall von Zoya. Andere widersetzten sich ihren traditionell geprägten Familien, nachdem sie mit RAWA-Aktivistinnen in Kontakt gekommen waren, um auf diese Schule gehen zu können (vgl. ebd.).

Menschenrechte und Demokratie sind theoretische Unterrichtsthemen und werden praktisch eingeübt. „Von Soraya lernte ich die Bedeutung der Worte ‚Demokratie‘, ‚Menschenrechte‘ und ‚Feminismus‘. Ich erfuhr, dass es, wenn Männer nicht

Mitglieder von RAWA werden konnten, nicht darum ging, dass wir gegen Männer wären [...].“ (Ebd.: 101) Den Schülerinnen wird demokratisches Verhalten vermittelt, indem diese beispielsweise ermutigt werden, auch Kritik gegen Lehrerinnen auszusprechen: „Später erklärte mir [die Lehrerin] Hameda [...], dass nichts Seltsames dabei war, wenn Kinder Erwachsene kritisierten. ‚So funktioniert Demokratie‘, erklärte sie, ‚jeder darf frei sagen, was er denkt‘.“ (Zoya/Follain/Cristofari 2002: 98)

„[Sie] schafften den Frontalunterricht ab und überlegten sich Übungen, die kritisches Denken fördern. Sie stellten Kindern Aufgaben, die ihre Fähigkeiten zur Problemlösung anregten. Sie ließen sie in Teams arbeiten, nicht nur im Unterricht, sondern auch im Zusammenleben in den Internaten. Sie lehrten ‚Selbstversorgung‘ und ‚Alltagskompetenz‘.“ (Benard/Schlaffer 2002: 23)

Die Schulen von RAWA waren in den 1990er Jahren auch in Pakistan durch mögliche Angriffe von islamistischen Fundamentalisten gefährdet. Die Schulen waren deshalb nicht als RAWA-Schulen gekennzeichnet und benötigten Wachschatz. „Was wir dort lernten, machte uns zur möglichen Zielscheibe afghanischer Fundamentalisten in Pakistan, und deshalb mussten wir Tag und Nacht geschützt werden. Keine von uns durfte je allein die Schule verlassen.“ (Zoya/Follain/Cristofari 2002: 99) Es wurde viel Wert auf Sport gelegt, der täglich stattfand, um auszugleichen, dass die Schülerinnen das Internat nur selten verlassen konnten.

Viel gefährlicher als in Pakistan war es jedoch, in Afghanistan unter der Herrschaft der Taliban (bereits ab 1994 im Süden, ab 1996 Staatsmacht) Unterricht durchzuführen. „Wenn wir bemerkten, dass in einem Viertel verstärkt Taliban unterwegs waren, dann mussten wir diese Informationen über unsere Netzwerke weitergeben, und Schulen und Kurse mussten schnell woandershin verlegt werden.“ (Sohaila, RAWA, zit. nach Benard/Schlaffer 2002: 84) Unter diesen Bedingungen hat auch Malalai Joya, die Frauenrechtlerin und spätere Abgeordnete, als sehr junge Frau heimlichen Mädchenunterricht durchgeführt. Sie teilt mit: „Am schwierigsten war es, überhaupt einen sicheren Ort für die Schule zu finden. Oft lief es darauf hinaus, dass uns gebildete Menschen ihre Keller zur Verfügung stellten.“ (Joya 2009: 56) Trotz dieser Schwierigkeiten fand der heimliche Unterricht statt, sowohl in afghanischen Städten als auch auf dem Land. Dabei mussten Vorsichtsmaßnahmen beachtet werden. Die Schülerinnen konnten nicht alle zum gleichen Zeitpunkt an dem heimlichen Unterrichtsort in Privathäusern erscheinen oder diesen verlassen. Den Schülerinnen wurde eingeschärft, auf Nachfrage anzugeben, dass sie ihre Tante besuchten (vgl. Zoya/Follain/Cristofari 2002). Auch die Lehrerinnen konnten nicht innerhalb eines Tages wechseln. „We teachers went from one place to another, teaching one class twice a week for several hours in each place. [...] [E]ach teacher came to the place where the classes were held on a different day.“ (Hangama, RAWA, zit. nach Brodsky 2003: 149). Bücher oder Schreibhefte durften unter

keinen Umständen gefunden werden, deshalb konnten den Mädchen auch keine Hausaufgaben mitgegeben werden. Malalai Joya berichtet von den Gefahren:

„Besonders gefährlich was es auf der Straße für junge Frauen wie mich, die Schulbücher versteckt mit sich herumtrugen. [...] Einmal wurden wir zwar angehalten und durchsucht, aber meine Burka rettete mich. Ich musste zwar die Arme ausstrecken, wurde aber nicht abgetastet, sodass die Schulbücher nicht gefunden wurden.“ (Joya 2009: 65)

Es gab eine nächtliche Ausgangssperre für Frauen ab 18 Uhr und wenn der Unterricht länger dauerte, war der Heimweg so gefährlich, dass es oft besser war, in dem Unterrichtshaus zu bleiben und zu übernachten. Viele Frauen, die damals in Bildungsarbeit involviert waren, wurden aufgrund des großen Spitzel- und Informantenwesens der Taliban gefangen, gefoltert, verurteilt und inhaftiert – und machten doch weiter (vgl. Rostami-Povey 2007: 35). Nicht immer konnte RAWA in ihren Klassen offen mitteilen, dass diese Organisation den Unterricht durchführt. Die Ideen von Frauenrechten wurden dann subtil mit vermittelt. Die Pausen zwischen den Unterrichtsstunden boten viel Raum, um über Unterdrückungserfahrungen zu reden.

„Things would just naturally come up. For example, if a teacher or a student saw a women being beaten by Taliban they would share this with others, not usually during class but during break and then all would talk about that event and how women are oppressed and RAWA's message and struggle.“ (Hangama, RAWA, zit. nach Brodsky 2003: 149)

Immer geht es um mehr als allein traditionelle Bildung. Das Bewusstsein für mögliche gesellschaftliche Veränderung wird geschult. Auch die Alphabetisierungskurse vermitteln nicht nur Lesefähigkeit, sondern es wird über die Stellung der Frauen in der Gesellschaft gesprochen, wie sich etwas verändern kann, welche gesellschaftlichen und politischen Gruppen dagegen stehen und was sie selbst tun können.

„Früher habe ich gedacht, dass ich keinen anderen Wert haben kann, als im Haus zu sein und Kinder in die Welt zu setzen, aber jetzt verstehe ich, dass es nicht so ist. Frauen können alles machen, warum nicht? Warum sollen wir weniger sein als Männer? Im Kurs habe ich gelernt, dass Frauen und Männer gleich sind.“ (Gulghoti, RAWA zit. nach Benard/Schlaffer 2002: 68-69)

Gulghoti, die als erwachsene Frau und Mutter nach ihrer Flucht in das „Alte Jalojai-Lager“ in Pakistan einen Alphabetisierungskurs von RAWA besuchte, hat nicht nur gelernt, ganze Bücher zu lesen und zu rechnen, sondern auch viel über persönliche und häusliche Hygiene, Kindererziehung und über politische Ereignisse in Afghanistan.

„Mein Denken hat sich verändert. Zum Beispiel Naguib, ein Politiker aus den alten Tagen, er hat Coupons ausgeteilt für kostenlose Nahrungsmittel, und daher fand ich ihn gut. Jetzt aber

weiß ich, dass man daraus noch gar nichts schließen kann, sondern dass man sich genauer informieren muss über den Standpunkt und die Haltungen einer Person.“ (Gulghoti, zit. nach Benard/Schlaffer 2002: 68).

Zudem hat die Bildungsarbeit von RAWA neben der formalen Vermittlung von Lehrinhalten und den Gesprächen über Frauenrechte und andere politische Fragen auch eine erfahrungsorientierte Lernkomponente. Die 45-jährige Sima, die nie zuvor eine Schule besucht hatte, floh Mitte der 1990er Jahre mit ihrer Familie in ein Flüchtlingscamp in Pakistan, in dem RAWA Aktivitäten hatte. Sie hatte zuerst große Angst vor dem Unterricht. Doch der Unterrichtsbesuch machte sie insgesamt mutiger. So traute sie sich auch auf ihre erste politische Demonstration.

„Through the literacy classes I realized totally the importance of education and how it can change a life. I became braver, even if I didn't learn much I became braver. The first time I attended a RAWA demonstration was because one of my daughters told me that I should go. [...] I knew it was a demonstration but I didn't really know what that was. [...] I wondered how it would be and I was trembling. [...] My older daughter had attended other demonstrations and she was brave and took a placard. So we attended, I chanted slogans.“ (Sima zit. nach Brodsky 2003: 104)

Viele andere Aktivitäten folgten, an denen Sima sich beteiligte. Sie veränderte sich.

„Since then I have attended other activities like flour and quilt distributions, medical distributions, and I also attended other RAWA work and totally became another person. I had another courage. Before I covered my face totally, but now I don't care about it.“ (ebd.: 104)

Elaheh Rostami-Povey (2007) beschreibt, dass sich während der Taliban-Regierungszeit Zusammenhalt und Solidarität in sozialen Netzwerken bildeten und Frauen in ihrem Selbstwertgefühl gestärkt wurden durch die illegale Organisation von heimlichem Unterricht, von handwerklichen Ausbildungskursen sowie von Werkstätten zur Einkommenserzeugung von Frauen in privaten Häusern. Letztere waren für das Überleben notwendig.

Die Frauen, die mit RAWA in Kontakt kommen, werden bestärkt, neue und verschiedene Erfahrungen zu sammeln. Auch RAWA-Mitglieder wechseln bewusst immer wieder ihre Aktivitäten und Einsatzorte, um eine Vielzahl an Erfahrungen zu machen und durch die verschiedenen Situationen und Begegnungen dazuzulernen.

„[A] small temporary committee for something like a food distribution or a refugee camp function might be made up of women who are relatively new to the experience of running such an event and are encouraged to do things in their own unique way. This promotes a rich learning opportunity and is an excellent test of people's aptitudes and abilities. It also

provides opportunity for innovation in the organization, and a degree of flexibility [...].“ (Brodsky 2003: 114)

Die Durchführungserfahrungen werden gemeinsam reflektiert, um Verbesserungen auch der Ziele der Aktivitäten zu erreichen.

Im März 2011 traf ich in einem kleinen Dorf in der Provinz Nangahar (nord-östlich von Kabul, nahe der Grenze zu Pakistan) drei junge Frauen, die – jede auf eine andere Weise – in der Frauen- und Mädchenrechtsarbeit aktiv waren. Shyma (ein Deckname) war mit der Gründung einer Frauen-Shura als Versammlung der Dorfvertreterinnen beschäftigt, um endlich stärker gegen häusliche Gewalt vorgehen zu können. Die junge Mahbuda (Deckname) war bereits Leiterin der lokalen Mädchen-Oberschule. Sie nimmt sich viel Zeit, um die Familien davon zu überzeugen, dass ihre Töchter die Schule besuchen sollten. Ashir (Deckname), die jüngste der drei, ging noch zur Schule. Ihre Bildung nimmt sie sehr ernst. Sie kämpft in ihrem Umfeld dafür, dass Mädchen zur Schule gehen können und ihre Ausbildung nicht wegen früher Verheiratung oder aus anderen Gründen abbrechen müssen. Jede dieser drei jungen Frauen hatte zuvor eine RAWA-Schule besucht (vgl. Exo 2011). Diese jungen Dorfbewohnerinnen sprechen Englisch, Ashir spricht es fließend, und es war eine Freude, mit ihnen politisch zu diskutieren. Sie waren bestens informiert und hatten klare, die Verhältnisse gut analysierende und tief hinterfragende Positionen. RAWA ist für sie weiterhin wichtig. Sie erklärten, dass RAWA in der Region und im ganzen Land aktiv ist, Schulen und Kliniken betreibt. „Wenn wir Probleme haben, können wir RAWA um Hilfe bitten.“ (Shyma, Interview, Dorf in der Provinz Nangahar, 20.03.2011, Übersetzung d. A.) RAWA helfe Mädchen, eine gute Schulbildung zu bekommen. Sie nennen dies eine wichtige und „schöne“ (Ashir, ebd.) Rolle, um die Demokratie in Afghanistan voranzubringen.

„RAWA plays a very important role in such situation. Especially for all Afghanistan not just [our district]. They play good and nice role. They give democratic place to afghan people. They make schools and hospitals, a lot of good facilities ... to women especially. [...] They aware all people of Afghanistan, in all states, from the situation. And they help with each other, each poor people in Afghanistan. They help especially with women, they explain women's rights. They help with education. Just this organization is good in Afghanistan.“ (Ashir, Interview, 20.03.2011)

KONSPIRATIVITÄT: LANGSAM UND SICHER DAS LAND REVOLUTIONIEREN

Bereits die ersten Organisatorinnen von RAWA sind davon ausgegangen, dass das Ziel der Frauenbefreiung und sozialer Gerechtigkeit nur in einem Prozess von sehr langer Dauer zu erreichen ist. Sie haben die Basis gelegt für eine langsame, beständige Revolution, die auf Bildung, Bewusstsein, Sicherheit, Beharrlichkeit und Vision aufgebaut wird (vgl. Brodsky 2003: 48). Das war es, was die RAWA-Aktivistinnen aus der historischen Erfahrung von eiligen Versuchen, die Rolle von Frauen in der Gesellschaft zu verändern und Frauen mehr Rechte zu gewähren, lernten. Insbesondere König Amanullah Khan hatte nach der Unabhängigkeit Afghanistans 1919 zahlreiche Reformen durchgeführt: Abschaffung von Sklaverei, Religionsfreiheit, Alphabetisierung, moderne Schulbildung für Jungen und Mädchen, öffentliche Einrichtungen wie Theater und Krankenhäuser für Frauen, freie Partnerwahl und Mindestalter für die Eheschließung. Die Gleichstellung der Geschlechter wurde öffentlich propagiert und gefördert. Die Eile, mit der Amanullah Khan und seine Familie, insbesondere Königin Soraya Tarzi Hanim, als zeitgemäß betrachtete Veränderungen – orientiert am europäischen Vorbild – durchsetzen wollten, löste Widerspruch und Aufstände aus (vgl. Emadi 2002). 1928 wollte Amanullah nach einer Europareise des Königspaares unter anderem durchsetzen, dass in der Stadt Kabul Frauen keinen Schleier tragen und Männer sich mit westlichem Anzug und Hut kleiden. Das war nicht durchsetzbar und bewirkte großen Unmut. Es war sehr weit entfernt vom Alltag und von den ökonomischen Möglichkeiten der Bevölkerung. „Amanullah vigorously pursued his premature modernization programs, some of which had no practical application to the daily lives of common people.“ (Emadi 2002: 64) Es sollte auch die allgemeine Schulpflicht und Wehrpflicht eingeführt, eine Trennung von Staat und Religion vollzogen, das Steuersystem entsprechend verändert sowie Polygamie und Purdah (Wegschließung von Frauen) abgeschafft werden (vgl. Schetter 2010; Emadi 2002). Konservative und Religionsführer mobilisierten gegen Amanullahs Politik, die den islamischen Lebensweg untergrabe, und organisierten Rebellionen. Eine Rücknahme dieser und früherer Reformen konnte nicht verhindern, dass König Amanullah Khan 1929 gezwungen wurde abzutreten (vgl. Emadi 2002). „Seine Reformvorstellungen empfand die Bevölkerung als ein solch einschneidendes Ereignis, dass an ihnen die Politik aller folgenden Herrscher bis in die Gegenwart gemessen wird.“ (Schetter 2010: 76)

Nach dem Verständnis von RAWA sollten Veränderungen nicht machtvoll von oben angewiesen oder von einer kleinen Gruppe bewirkt werden. Bildung und die Förderung eines freiheitlich, mit ihren Rechten vertrauten Bewusstseins von Frauen sollte diese ermächtigen, selber an vielen Orten und auf breiter Basis

die gesellschaftliche Stellung von Frauen und andere gesellschaftliche Werte und Praktiken zu verändern. Dabei war den Gründerinnen der radikale Charakter solch harmlos klingender Bemühungen bewusst. „RAWA positioned their revolution in such a way as to survive and thrive long [...]“ (Brodsky 2003: 48) Sie wussten, dass sie mit großer Vorsicht vorgehen müssen, nicht nur, um die gesellschaftliche Stimmung berücksichtigen zu können, sondern vor allem, um sich vor feindlichen Angriffen zu schützen. Shaima berichtet: „Meena from the beginning predicted that if members were not careful with security it could be dangerous for RAWA's work. In order to see this revolution and change happening in Afghanistan we had to be careful from the very beginning.“ (Ebd.: 48)

Die notwendige Vorsicht, mit der RAWA ihre Strukturen aufbaute, beinhaltete ein hohes Maß an Konspirativität. Alle Mitglieder haben sich neue Namen gegeben, um ihre Identität und Familien zu schützen. Als Meena ihrer langjährigen Lehrerin der Oberschule nun als neues Mitglied von RAWA, mit dem neuen Namen Shaima, wieder begegnete, sagte sie ihr als erstes: „From now on I'm Laila and that's the name you should know me under because we are not in the environment of school, we are in a struggle.“ (Meena, RAWA, zit. nach Brodsky 2003: 46)

Gleich zu Beginn war allen bewusst, dass sie nicht offen arbeiten können, obwohl es zunächst um nichts weiter als um Alltagskämpfe von Frauen für ihre Rechte und um Alphabetisierungskurse ging. „In some families if you just went to talk to women about equality, men would think you were motivating them against men and that was a very dangerous and risky issue.“ (Shaima, RAWA, zit. nach Brodsky 2003: 47) Allein die Tatsache, dass sie sich als unabhängige Organisation von Frauen gründeten, bedeutete in der aufgebrachten Zeit Mitte der 1970er Jahre ein großes Sicherheitsproblem. Weder für die Regierung noch für die Bevölkerung erschien das akzeptabel (vgl. Brodsky 2003).

Dieser Situation entsprechend wurden Sicherheitsvorkehrungen getroffen. Dazu gehörte, dass sich nicht alle Mitglieder von RAWA kannten und Treffen in der Regel wechselnd zwischen zwei oder drei Mitgliedern stattfanden. Große Treffen waren selten, denn diese bedeuteten ein Risiko, dass ihre Strukturen leichter aufgedeckt werden können. Selbst beim ersten gemeinsamen Treffen der erweiterten Gründungsgruppe von elf Frauen wurde der Raum durch Tücher unterteilt. So konnten alle miteinander reden, aber nur jeweils drei bis vier Frauen konnten gegenseitig ihre Gesichter sehen. Shaima hat nie mit Sicherheit sagen können, wer alle anderen Frauen dieser Gründungsgruppe waren (vgl. ebd.). Später gab es ein Handbuch, mit dem Repressionserfahrungen und insbesondere die Behandlung nach Verhaftungen an neue Mitglieder weitergeben wurden. „Als ich mit Soraya über das Handbuch sprach, erklärte sie mir, dass man nie voraussagen könne, wie jemand unter Folter reagiere.“ (Zoya/Follain/Cristofari 2002: 111)

RAWA-Aktivistinnen haben vor allem an den Schulen und Universitäten und bei Demonstrationen andere Frauen angesprochen und ihre Politik diskutiert. Dabei

haben sie nicht sofort ihren Organisations-Bezug offen gelegt. Erst wenn Vertrauen aufgebaut und der Wunsch deutlich war, diese Frauenpolitik mit zu entwickeln, wurden diese Interessierten mit RAWA als Organisation bekannt gemacht. RAWA ist auf diese Weise schnell gewachsen. „Of the 3,000 girls in my school, I would estimate that there were 30 to 40 RAWA members including students and teachers“, erklärt Nadia für die Zeit um 1978/79 (Nadia, zit. nach Brodsky 2003: 76). Es gab viele kleine Gruppen, die eigenständig arbeiteten. Jedes Mitglied kannte dadurch nur wenige andere Mitglieder. Alle Aktivitäten – die Alphabetisierungskurse, das Verteilen von Flugblättern, bestimmte Parolen auf Demonstrationen zu rufen, die Gespräche mit Klassenkameradinnen oder Nachbarinnen über die Standpunkte von RAWA oder auch Kontakte zu Schülerinnen und weiteren Frauen in anderen Städten – wurden selbständig von den einzelnen Gruppen organisiert. Ein wichtiges Prinzip war auch, dass Informationen – sei es über Personen, Aktivitäten oder Orte – nur mit denjenigen geteilt wurden, die davon wissen mussten.

„Our security can seem very strict. But it is the same for everyone. For security, if I don't have any work here why should I know this location. Maybe the enemy will capture and torture me. Even if I love my colleagues, maybe under torture I will tell and can't control what I say. So if I don't have work here, I don't need to see this place.“ (Yalda, RAWA, zit. nach Brodsky 2003: 177).

Vor allem nach dem Staatsstreich der sozialistischen PDPA (das instabil wiedervereinte Khalq/Parcham-Bündnis) im April 1978 und der anschließenden Verfolgung und zehntausendfachen Tötung von Andersdenkenden bewährten sich diese Vorsichtsmaßnahmen und wurden noch erweitert. Die besonders aktiven RAWA-Mitglieder zogen häufig um und lebten in verschiedenen Häusern, um von der Polizei nicht gefunden zu werden (vgl. Brodsky 2003). Besonders intensiv wurde nach den Gründungsfrauen gesucht. Diese sorgten dafür, dass keine Fotos von ihnen aufbewahrt und bei Hausdurchsuchungen gefunden werden konnten. Trotz der Ablehnung der behindernden und diskriminierenden Vollverschleierung mit Burqa nutzten RAWA-Mitglieder dieses Kleidungsstück zu ihrem Schutz.

„I remember she [Meena] would wear a burqa, at that time all the members of RAWA wore them. For me it was so strange the first time I saw her wearing burqa, because I knew that she hated them. As a young child we always laughed about burqa and used them to scare each other while we were playing. So one day I asked her why she was wearing it and she said, „If I don't wear it I will be recognized and killed.““ (Dunia, RAWA, zit. nach Brodsky 2003: 72-73)

Das berichtet Dunia, die damals als Kind ihre Mutter und Meena begleitete, wenn diese ein Haus nach dem anderen besuchten, um mit den Frauen über persönliche und politische Anliegen zu reden. Eine noch gefährlichere Aktivität war

das Verbreiten von Flugblättern, die auch den Namen Shabnama, Nachtbriefe, hatten, weil sie im Schutz der Dunkelheit unter der Haustür durchgesteckt wurden.

„Im April 1979 schließlich war die Situation so schlimm, dass die Menschen sich kaum noch auf die Straße trauten. Um neun Uhr abends kam Meena zu uns, sie [...] ließ die Flugblätter da, und dann gab sie uns noch eine Hand voll Pfeffer. Sie sagte, wenn man uns erwischt, sollen wir unseren Verfolgern den Pfeffer in die Augen werfen, dann bleiben sie stehen, weil es so brennt, und wir haben vielleicht die Chance, davonzulaufen. Aber wenn wir vorsichtig wären, dann sollte uns eigentlich nichts passieren. [...] [V]or dem Morgengrauen, in der Dunkelheit, gingen meine Mutter und ich durch die Straßen, wir verteilten die Shabnamah. Wir wählten einen Weg, der es so aussehen ließ, als wollten wir bloß das Hammam aufsuchen [...].“ (Asifa Homayoun, RAWA, zit. nach Benard/Schlaffer 2002: 142-143)

„It was very difficult; there were police and detectives all over. So in addition to using children [in der Begleitung, um harmloser zu wirken], we would put piles of leaflets in the bundles that women used for the bathhouses, so we took out our clothes and put leaflets inside and put that under our burqas.“ (Hadia zitiert nach Brodsky 2003: 73)

Nicht nur der Weg dorthin und die Badebündel, sondern auch der tatsächliche Besuch von Badehäusern, den Hamams, hatte eine konspirative Bedeutung, wie die Tochter einer RAWA-Aktivistin erzählt:

„Es war mir unbegreiflich, warum manche Frauen so gerne in den Hamam gingen. Erst viel später fand ich heraus, dass Mutter sich dort mit ihren Freundinnen von RAWA traf und Unterlagen an sie weiterreichte. [...] Der Hamam war einer der wenigen öffentlichen Orte, wo sich Frauen unauffällig treffen konnten.“ (Zoya/Follain/Cristofari 2002: 52)

Der Aufbau der Strukturen von RAWA unter Beachtung dieser zahlreichen Maßnahmen der Konspiration gewährte vor allem die nötige Grundlage für die Umsetzung der Idee, dass der Kampf um Frauenbefreiung nur als ein langandauernder Prozess grundlegenden Umwälzungen von unten gelingen kann.

BASISDEMOKRATISCHE, DEZENTRALE ORGANISATIONSSTRUKTUR

Aus den Erfahrungen mit Repression war RAWA wichtig, dass die Organisation nicht von einer Führungsperson oder -gruppe abhängig ist. Die unabhängig arbeitenden Kleingruppen gewährten nicht nur mehr Sicherheit vor Verfolgung und der Zerschlagung der Strukturen. Damit wurde auch die Basis für selbstständiges, ver-

antwortungsvolles Handeln, für Entscheidungen auf lokaler Ebene oder als basisdemokratischer Prozess sowie für die Vermittlung von Fähigkeiten an die Breite der Mitglieder gelegt.

„From the beginning we thought we needed ways to continue this struggle because we knew that it would not take 1 or 2 years, but decades or centuries and in order to continue this struggle the first bricks needed to be laid in such a way that when others continue to build it would work.“ (Shaima, RAWA, zit. nach Brodsky 2003: 48)

RAWA ist dezentral in Komitees organisiert. Komitees werden nach Aktivitätsbereichen und geografisch gebildet, also für lokale Gebiete wie eine Stadt oder ein Flüchtlingslager. Die sieben ständigen Ausschüsse/Komitees für die verschiedenen Aktivitätsbereiche sind Bildung, Humanitäres/Soziales, Finanzen, Berichte, Publikationen, auswärtige Angelegenheiten (Foreign Affairs) und Kultur (vgl. Brodsky 2003: 159). In den lokalen Komitees werden diverse Aktivitäten koordiniert. Die meisten Entscheidungen werden lokal getroffen und können den jeweiligen Bedingungen angepasst werden. Lokale Arbeitsgruppen beispielsweise in einer Schule oder einem Handarbeitsbetrieb haben ihre wöchentlichen Treffen, das lokale Komitee trifft sich zweiwöchentlich, alle ein bis zwei Monate treffen sich mehrere Komitees einer Region, andere Treffen werden spontan aus einem bestimmten Anlass innerhalb von 24 Stunden einberufen. Die Ankunft der Vertreterin einer anderen Stadt löst eine Reihe von Treffen aus, um Informationen auszutauschen. Zudem leben viele RAWA-Mitglieder in Gemeinschaften zusammen und es wird beim Essen, beim Tee oder den vielen anderen informellen Begegnungen den ganzen Tag diskutiert.

„One of the frequently heard phrases at RAWA is ‚We will have a meeting on that tomorrow.‘ There are committee meetings, community meetings, project meetings, long-term planning meetings, short-term planning meetings, report meetings, crisis meetings, and secret meetings.“ (Brodsky 2003: 167)

Treffen dauern oft lange, zwei bis vier Stunden, und können auch einen ganzen Tag andauern, wenn eine Person von außerhalb angekommen ist, berichtet Anne Brodsky, die während ihrer Zeit, die sie zwischen 2001 und 2002 in RAWA-Strukturen verbrachte, an vielen Treffen teilgenommen hat. Diese Zeit würde benötigt, weil RAWA alle ermuntert, ihre Ideen, Meinungen und Kritik zu äußern. Es werde lebendig diskutiert bis ein Konsens gefunden wird. Es gibt auch spezielle „Fehler-Treffen“, Jelse Enteqady, auf denen Streits oder Kritik aneinander geklärt werden. Dem offenen und guten Umgang mit Kritik wird große Bedeutung beigemessen. Dadurch werden Lernprozesse innerhalb der Organisation unterstützt und die Fähigkeit entwickelt, unabhängig Entscheidungen zu treffen.

„Everything, from security concerns, lack of phone and e-mail access, and transportation difficulties, limits communication. Noncritical decisions, and even some crisis decisions, are therefore made by the informed individuals who are available at the time. Knowing that there is a likelihood that members will someday be faced with making more crucial decisions on their own, or in consultation with small groups, RAWA wants to foster and empower these independent decision-making skills.“ (Brodsky 2003: 173)

Für verschiedene Projekte werden Verantwortliche benannt. Auch die lokalen Komitees haben Verantwortliche, meist erfahrene Mitglieder, die Mas'ul genannt werden. Einige Mas'ul sind für bestimmte Aktivitätsbereiche der lokalen Komitees zuständig. Den Mus'ul kommt eine koordinierende Aufgabe zwischen verschiedenen Gruppen und zum Führungsrat zu (vgl. Brodsky 2003).

Die Führungsrolle von Meena war bis zu ihrem Tod 1987 unumstritten. Sie hatte große Fähigkeiten, andere Menschen für das Projekt der radikalen Frauenrechtsarbeit zu gewinnen, war entschlossen, äußerst engagiert und konnte tiefen emotionalen Kontakt aufbauen. Sie wird als „natural leader“ (Brodsky 2003: 152) bezeichnet. „Although all the early members sacrificed for the cause, Meena's example seems unsurpassed.“ (Ebd.: 73) Sie war angetrieben durch den großen Wunsch, dass die Bewegung erfolgreich sein sollte, und durch die intensive emotionale Verbindung zu den Frauen Afghanistans (vgl. ebd.: 75). Sie verausgabte sich völlig und arbeitete vom Morgen bis spät in der Nacht auch in den Zeiten ihrer Schwangerschaften. Sie wollte Vorbild sein und hatte eine starke Pionierfunktion. „Ich wollte auch beweisen und den anderen Frauen vorleben, dass eine Schwangerschaft eine Frau nicht außer Gefecht setzen muss.“ (Meena, zit. nach Benard/Schlaffer 2001: 46) Erst nach Meenas Ermordung wurde die zentrale Stellung ihrer Person in einer ansonsten schon weitgehend dezentralen Organisationsstruktur als Problem erkannt und verändert. „The organization grew as a network of interconnected groups [...] Meena was [...] the very center of this ever-expanding web.“ (Brodsky 2003: 89)

Nach Meenas Tod wurde Führung dezentralisiert und mehr Mitglieder wurden bestärkt, Führungsrollen zu übernehmen (vgl. ebd.: 95).

„Right now there are many who have been trained and we can say that there is not only one person, but many who have the ability to continue with the work that we are doing. [...] Maybe if such a thing happens [Ermordung der Führungsperson], now it wouldn't be so hard as at that time.“ (Razmah, RAWA, zit. nach Brodsky 2003: 95)

Es wurde ein elfköpfiger Leadership Council eingeführt, dessen Mitglieder alle zwei Jahre durch alle RAWA-Mitglieder vorgeschlagen und gewählt werden. Die Erfahrung mit verschiedenen Aufgabenbereichen und in verschiedenen regionalen Tätigkeitsbereichen, ein entschiedenes Engagement, die Fähigkeit, sich erfolgreich

durch anfallende Schwierigkeiten zu kämpfen und vor allem das Vertrauen, das andere Mitglieder in die Person haben, sind wichtige Kriterien. Mitglieder dieses Führungsrates bleiben involviert in die alltägliche Arbeit und treffen sich nur drei bis vier Mal im Jahr gemeinsam zu elft. Verantwortlichkeiten – geografisch und für Aktivitätsbereiche – werden zwischen diesen elf gewählten Leitungsfrauen gleich verteilt und in einem ständigen Konsultationsprozess mit allen Mitgliedern ausgeführt (vgl. ebd.). „The goal was to create a leadership structure that was democratic, collective, and as non-hierarchical as possible, thus promoting the equality and democracy that RAWA seeks for Afghanistan in large.“ (Brodsky 2003: 153) Persönliche Bekanntheit einer einzelnen Führungsperson liegt im Interesse von niemandem in der Organisation. Nicht der Name oder die Stellung stehen im Vordergrund; wichtig ist, dass die Aufgaben gut ausgeführt werden.

Die Mitglieder des Führungsrates verfassen auch die politischen Stellungnahmen von RAWA und die Positionierung der Organisation zu politischen und sozialen Anliegen. Alle RAWA-Mitglieder können Einfluss nehmen:

„When a position is being considered, members of the Leadership Council will send word through the various organizational levels for ideas and comments from members. Members at the various committee levels discuss the ideas, and then these are collected and passed back to the Leadership Council. Questions and concerns are passed back and forth by the same mechanism.“ (Brodsky 2003: 155)

Obwohl aufgrund der Sicherheitspraktiken der Kontakt zwischen den verschiedenen Komitees und zu einer großen Zahl anderer RAWA-Mitglieder nur sehr eingeschränkt möglich ist, entsteht auf diese Weise ein Vertrauen in die Organisation. Alle Mitglieder sind immer wieder gefragt, ihre Meinung einzubringen. Sie werden in ihrer Fähigkeit gestärkt, diese formulieren zu können.

DIE APRIL-REVOLUTION ÜBERLEBEN

Schon kurze Zeit nach der Gründung von RAWA musste die Organisation mit einem alles verändernden politischen Machtwechsel, dem Staatsstreich von 27. April 1978 und seinen Folgen umgehen. Das gelang der Frauenorganisation erstaunlich gut. Die klandestinen Vorsichtsmaßnahmen, die von Beginn an beachtet wurden, wie auch die politischen Erfahrungen und klaren Analysen der Gründerinnen halfen ihnen politisch, organisatorisch und nicht zuletzt auch persönlich zu überleben – und sogar stärker zu werden.

Der Staatsstreich wurde „April-Revolution“ (Saur Revolution, Engclab-i Saur) genannt und brachte die wieder zur PDPA verbündeten sozialistischen Parteien

Khalq und Parcham an die Macht. Auslöser war eine Massenverhaftung führender Mitglieder der PDPA durch Präsident Daoud, der sich durch die Stärke der Organisation gefährdet sah. Bereits einen Tag darauf erfolgte die April-Revolution als Gegendschlag (vgl. Schetter 2010). Mit einigen hundert Anhängern und 40-50 Panzern eroberten sie am 27. April 1978 den Flughafen und den Präsidentenpalast, begünstigt durch einen freien Tag für die Armee, verordnet für die Verhaftungen am Tag davor. Der amtierende Präsident Daoud – in einer Person auch Premierminister, Außenminister und Verteidigungsminister, 1973 ebenfalls durch einen Putsch an die Macht gekommen – und seine Familie wurden erschossen (vgl. ebd.).

Schon sechs Wochen später wurde Parcham von Khalq aus der Regierung gedrängt. Das bereits im Mai wirksame regide Regime löste Aufstände im ganzen Land aus, die brutal mit Zehntausenden Toten niedergeschlagen wurden (vgl. Schetter 2010). Die Sowjetunion schickte auf der Basis eines Kooperationsvertrages vom Dezember 1978 zunächst „5000 Militär- und Zivilexperten, um das Regime aufrechtzuerhalten“ (ebd.: 99). Einige Monate später veranlasste die sowjetische Regierung einen gewaltsamen Führungswechsel, der misslang. Der Vizepräsident, aber praktisch eigentliche Machthaber Hafizullah Amin (Khalq) konnte verhindern während eines internen Treffens mit Nur Mohammed Taraki, dem offiziellen, aber schwachen Präsidenten (ebenfalls Khalq), und dem sowjetischen Botschafter erschossen zu werden. Amin riss nun erst Recht alle Macht an sich, ernannte sich zum Generalsekretär und suchte andere Bündnispartner als die Sowjetunion. Einen Monat später hieß es, sein Gegenspieler Taraki „sei an seiner Krankheit verstorben“ (Schetter 2010: 99). Als die Sowjetunion zunehmend befürchten musste, dieses neue Land der sowjetischen Glacis wieder zu verlieren und eine unsichere Südflanke zu bekommen (ebd.: 100), wurde Afghanistan zu Weihnachten 1979 (24.-27.12.) durch sowjetisches Militär besetzt. Amin wurde erschossen. Babrak Karmal, der Gründer von Parcham, übernahm seinen Platz.

„Die sowjetische Intervention in Afghanistan stellte ein weltpolitisch entscheidendes Ereignis dar. Sie setzte der Entspannungspolitik der Supermächte ein jähes Ende und leitete die kritische Phase des Kalten Krieges ein, an der die Sowjetunion zerbrechen sollte.“ (Schetter 2010: 101)

Im Kontext meiner Erzählung ist jedoch zunächst wichtiger zu verstehen, welche Folgen der Machtwechsel von 1978 und die sowjetische Intervention für das Leben der Menschen in Afghanistan und insbesondere für Linke und Feministinnen und deren basispolitische Arbeit hatten. Bereits ab den letzten April-Tagen und im Mai 1978 füllten sich die Gefängnisse mit politischen Gefangenen, weitere große Verhaftungswellen folgten.

„I was studying at Nangarhar Medical University when the PDPA [People’s Democratic Party of Afghanistan] came to power in 1978. On the first day of their coup d’état they arrested my

father. On the third day they arrested one of my brothers. Eventually I too was arrested, along with four other brothers. They whipped us with cables and electrocuted us repeatedly.“ (Nik Mohammed, AHRDO 2013b)

Die Verhaftungen trafen nicht nur die religiöse Elite, Islamisten und alle, die dem Königshaus nahestanden. Alle Andersdenkenden, einschließlich Liberale, Maoisten, Feministinnen und auch Parchamis waren Ziel der Repression (vgl. Schetter 2010).

Bei den Säuberungsaktionen ging es nicht um kleine Gruppen politisch Aktiver. „Im Prinzip strebte khalq an, die gesamte Elite, die ihren politischen Kurs nicht teilte, auszulöschen.“ (Ebd.: 98)

„Mein Vater hatte einen Freund, der war ein sehr bekannter Sozialreformer. Er kam oft zu Besuch, und ich war von ihm fasziniert. [...] Vor dem Umsturz im April warnte er meinen Vater, dass schlechte Zeiten kämen, weil die Leute von Khalq und Parcham bekannt waren für ihre Skrupellosigkeit. Er wurde noch vor meinem Vater verhaftet. Wie uns berichtet wurde, haben sie ihn gefoltert und mit Gewehrkolben geschlagen, und dann haben sie ihn erschossen. [...] Kurz darauf haben sie auch meinen Vater erschossen.“ (Asifa Homayoun, RAWA, zit. nach Benard/Schlaffer 2002: 143)

Die PDPA-Regierung selbst gab im September 1979 bekannt, dass in den annähernd eineinhalb Jahren ihrer Herrschaft bereits 12.000 Menschen nach ihrer Verhaftung umgebracht worden waren. Eine (unvollständige) Liste der Namen wurde erst im November und bewirkt durch Druck von Frauendemonstrationen herausgegeben. Professoren, Lehrer*innen, Schüler*innen und Student*innen, Staatsangestellte, religiöse Führer, Händler und Ladenbesitzer waren auf der Liste zu finden. Hafizullah Amin, der sich gerade zum Generalsekretär ernannt hatte, wollte die Schuld von sich weg auf den kurz zuvor von ihm entmachteten und bald darauf ermordeten Staatspräsidenten Taraki lenken. Deshalb kündigte er die Veröffentlichung einer entsprechenden Namenslisten an (vgl. UN Mapping Report 2005: 23; Schetter 2010: 99). Eine Registrierung aller verschwunden Personen im Alter zwischen 18 und 60 Jahren allein für Kabul, die ein halbes Jahr später im Februar 1980 beim Planungsministerium angewiesen wurde, damit nach dem Wechsel von Khalq- auf Parcham-Führung im Zuge der sowjetischen Intervention, mit Babrak Karmal als neuem Staatschef, sammelte innerhalb von drei Wochen 25.000 Namen. „The missing persons were well educated and included medical doctors, government officials, military or religious people.“ (UN Mapping Report 2005: 24) Die weitere Auflistung wurde angesichts der unerwartet hohen Zahl abgebrochen. Wären die Verschwundenen nicht nur aus den Gefängnissen in Kabul, sondern aus dem gesamten Land einbezogen worden, so läge die Anzahl für diesen Zeitraum von 20 Monaten vermutlich doppelt bis viermal so hoch (vgl. ebd.: 24).

Ein berüchtigter Ort war das Gefängnis Pul-e Charkhi am Stadtrand von Kabul, das noch als unfertiger Rohbau unter völlig unzulänglichen hygienischen Bedingungen nach dem April Coup 1978 mit Tausenden Gefangenen gefüllt wurde. Jede Nacht ab 23 Uhr wurden Gefangene ohne Gerichtsverfahren zu ihrer Hinrichtung aus den Zellen geholt. Gleich mehrere Busse wurden mit gefesselten Gefangenen voll beladen und auf einem militärischen Paradeplatz, dem Polygon Field, nahe des Gefängnisses wurden die Gefangenen in Gruben geworfen, niedergeschossen und mit Bulldozern noch sterbend zugeschüttet (vgl. ebd.). „So many people were buried alive by bulldozers in the barren fields around the Pul-e-Charkhi Prison on Kabul’s outskirts that guilty soldiers later said it was like an earthquake as their victims tried to claw their way out.“ (Nordland, 30.09.2013) Tagsüber wurde gefoltert. Der Gefängnisdirektor Sayyid Abdullah hatte freie Hand und war für seine Brutalität bekannt. Nach seinen Äußerungen würde es ausreichen, wenn eine Millionen Afghanen überleben – treue Khalq-Kommunisten. Im UN Mapping Report ist die Aussage des ehemals dort gefangenen Arztes Dr. Abdullah Osman dokumentiert, der berichtet, was er aus dem Mund des Gefängnisdirektors gehört hatte:

„It is enough for a million people to remain alive in Afghanistan. We need a million Khalqis, and we don’t need any others. Whoever they are, we will eliminate them.“ He told the detainees in Pul-i Charkhi, „You are here because you are the enemies of the regime. You are here to be interrogated, to rot, and to be eliminated.““ (UN Mapping Report 2005: 12)

Emadi berichtet von derselben Aussage über den notorischen Kommandeur des Gefängnisses, Sayyid Abdullah, und nennt als ein Ziel der damaligen Regierung, eine Gesellschaft ohne Opposition aufzubauen. „The state’s repressive strategies of development and the systematic torture and execution of innocent civilians were intended to build a society in which there was no opposition, and all were members of the Khalq.“ (Emadi 2002: 103)

Schlecht geplante, nach sowjetischem Vorbild geformte Reformen wurden eilig auf den Weg gebracht. „[I]n Afghanistan stellte Großgrundbesitz die Ausnahme dar. Das Leitmotiv der Reform, nämlich Land umzuverteilen, verfehlte die Bedürfnisse der Pächter [...].“ (Schetter 2010: 97) Statt sie den afghanischen Gegebenheiten anzupassen, wurden die Reformen repressiv und mit herablassender Rhetorik angewandt. Diese umfassten eine Landreform und Alphabetisierung, aber auch die Abschaffung des Brautpreises und die Festlegung eines Mindestheiratsalters. Es war vor allem die Art und Weise der Umsetzung, mit der diese Maßnahmen in der Bevölkerung Zorn entfachten.

„[A]uch alte Menschen – deren soziale Stellung völlig missachtend – [wurden] in den Unterricht gezwungen [...] die Geschlechtertrennung [wurde] nicht eingehalten und [...] auch das arrogante Auftreten der ortsfremden Lehrer sowie die ideologisch gefärbten Lehrinhalte, die

den fortschrittlichen, städtischen Menschen zum Vorbild hatten, [erregten] Anstoß.“ (Schetter 2010: 97-98)

Im ganzen Land entwickelten sich ab Oktober 1978 Aufstände. Der Aufstand in Herat, Westafghanistan, im März 1979 nahm solche Ausmaße an, dass zur Niederschlagung die sowjetische Luftwaffe aus Zentralasien eingesetzt wurde. Die Rückeroberung der Stadt dauerte eine Woche. Anschließend wurden zahlreiche Menschen verhaftet und hingerichtet. Dabei sind in Herat insgesamt schätzungsweise 25.000 Menschen ums Leben gekommen (vgl. UN Mapping Report 2005: 20). Die Revolten breiteten sich trotzdem weiter aus. „Vielerorts fiel das Militär von der Regierung ab und suchte den Schulterchluss mit den Aufständischen. Die Revolten erreichten schließlich Kabul, wo khalq im Juni [1979] eine Demonstration zusammenschießen ließ.“ (Schetter 2010: 98)

FRAUEN IM WIDERSTAND GEGEN PDPA-REGIME UND SOWJETISCHE BESATZUNG

Die Frauen, die nach ihren verhafteten und verschwundenen Familienmitgliedern suchten und sich vor dem Pul-e Charkhi-Gefängnis oder den Geheimdienstbüros kennenlernten, waren die ersten, die gegen das PDPA-Regime öffentlichen Protest mobilisierten. „Their political invisibility and marginality in public activities provided them an opportunity to become major players during the Khalq rule, whose terror tactics made it extremely difficult for men to engage in public political or organizational activities.“ (Emadi 2002: 103) Auf informellen Treffen von wenigen Frauen, die als gemeinsames Stricken, Nähen oder als Teerunde getarnt waren, wurden Informationen über den möglichen Verbleib der Vermissten ausgetauscht und es wurde sich gegenseitig unterstützt. Als erkennbar war, dass Einzelne keine Informationen erhalten, haben sie sich zum Protest zusammengeschlossen. Im Oktober 1978 demonstrierten die Frauen vor dem Innenministerium und verlangten Informationen. Sie wurden auseinandergetrieben und es wurde auf sie geschossen, wie Emadi aus eigener Beobachtung berichtet (vgl. ebd.). Obwohl hierbei einige Frauen verhaftet wurden, fand schon einen Monat später die nächste Demonstration statt. Sie verlangten die Veröffentlichung der Namen der Verstorbenen und Hingerichteten. Es dauerte ein weiteres Jahr bis am 16. November 1979 eine solche Liste heraus gegeben wurde. Die Entrüstung über die hohe Zahl von 12.000 dokumentierten Toten aus der ersten Zeit nach dem April-Coup war unfassbar. „[It] outraged the women to the extent that as they left the ministry, they chanted anti-government slogans and called upon people to overthrow the regime.“ (Emadi 2002: 104)

Meena, die RAWA-Gründerin, ging immer wieder zum Pul-e Charkhi-Gefängnis und nahm dort Kontakt zu den nach Nachrichten suchenden Frauen auf. Sie und andere RAWA-Mitglieder gaben diesen wie auch anderen von Verlusten betroffenen Frauen emotionale Unterstützung, hörten ihren Geschichten zu und versuchten, ihnen eine politische Orientierung zu vermitteln. „Once Meena and RAWA helped people feel that they were not alone, they presented a logical political framework to explain Afghanistan’s conditions and inspired them to action and resistance.“ (Brodsky 2003: 70) Viele Frauen, sehr junge wie auch ältere, die sie unter diesen Bedingungen kennenlernten, haben Vertrauen zu RAWA aufgebaut und sind bei dieser Organisation geblieben (vgl. ebd.). RAWA bot die Möglichkeiten, Trauer und Wut über erlittene Verbrechen gegen Familienangehörige in konkretes praktisches Handeln gegen die Verantwortlichen zu lenken. „Throughout our existence many such families who have lost family members have remained with RAWA. They believed that the best way to revenge or the best way to heal their wounds was through participation with RAWA“, erklärt Zarlaskht von RAWA (zit. nach Brodsky 2003: 71).

Täglich nahm im ganzen Land der Widerstand gegen die Regierung zu (vgl. Emadi 2002: 105). Neben RAWA waren auch andere linke, revolutionäre Organisationen am städtischen Widerstand gegen die sowjetische Besatzung beteiligt, doch RAWA war die einzige, die nicht aufhörte, für Frauenrechte zu kämpfen (vgl. ebd.). Im Sommer 1980 formulierte RAWA in einem Grundsatzpapier:

„It is our mission, men and women, to unite and fight for the independence of our beloved country [...] RAWA, which is comprised of progressive women, fights for women’s equality, and maintains that the liberation of the oppressed women is inseparable from the liberation of our oppressed nation.“ (RAWA zit. nach Emadi 2002: 109)

Im Verständnis von RAWA waren Frauenrechte nur in einem freien Land möglich. Der Kampf für ein Land ohne die grauenvoll repressive, alles bestimmende und kontrollierende Parteiherrschaft, die sie seit dem April-Coup 1978 erlebten, und ohne sowjetische Besatzung, die ab Ende 1979 die Verhältnisse bestimmte, wurde verknüpft mit dem Kampf für Frauenbefreiung. Zarlaskht von RAWA erklärt das auf diese Weise:

„Most of the people were saying as long as the country is under invasion and occupation, issues like the rights of women could not make sense as a main focus. But in those years the crucial point was whether this struggle for women’s rights also was part of the national struggle against the Soviets.“ (Zarlaskht, zit. nach Brodsky 2003: 71)

RAWA brachte den Kampf für Frauenrechte als einen Bestandteil des „nationalen Kampfes“ gegen die damalige Besatzung ein und forderte Frauen zur Beteiligung auf. RAWA beteiligte sich an Demonstrationen, die nach dem sowjetischen Ein-

marsch in den Städten stattfanden, produzierte eigene Flugblätter und verteilte Shabnama (Untergrund-/Nachtbrieft). „The leaflets were mainly against Khalq, Parcham, and the Soviet invasion and even in those years, antifundamentalist. And also asking women to take part in this struggle and the struggle for their rights.“ (Hadia, RAWA, zit. nach Brodsky 2003: 73) Auch nachdem bereits einige RAWA-Frauen mit solchem Material verhaftet und gefoltert worden waren, hörten sie nicht auf, dieses zu verbreiten.

„Sie war Lehrerin und hatte einige RAWA-Veröffentlichungen an eine Kollegin weitergegeben. Männer des afghanischen Geheimdienstes (KHAD), der nach dem Vorbild des KGB organisiert war, fanden die Texte bei einer Hausdurchsuchung und nahmen die Kollegin fest. Die Kollegin wurde freigelassen, nachdem sie die RAWA-Aktivistin denunziert hatte, und stattdessen diese verhaftet – obwohl sie ein drei Monate altes Baby hatte. Es wurde einfach mit ihr ins Gefängnis geworfen.“ (Zoya/Follain/Cristofari 2002: 110)

Insbesondere in Schulen und an der Universität waren RAWA-Aktivistinnen aktiv, mussten sich jedoch vor den überall präsenten Mitgliedern der Schüler- und Jugendorganisation des KHAD in Acht nehmen. Diese gaben unter anderem die Namen ihrer Klassenkamerad*innen weiter, die an Demonstrationen teilgenommen hatten. Das führte meist zu Verhaftungen (vgl. Brodsky 2003). Eine Atmosphäre der Denunziation verbreitete sich generell. Asifa Homayoun, die 1978 zwölf Jahre alt war und später RAWA-Mitglied wurde, erzählt: „Mein Vater war Offizier, und er wurde verhaftet. Kurz danach wurde auch der Mann meiner Tante festgenommen. Es herrschte eine Atmosphäre der Angst, der Bespitzelung, der Denunziation.“ (Homayoun zit. nach Benard/Schlaffer 2002: 140)

RAWA erklärte sich solidarisch mit den Streiks der Ladenbesitzer, der Schüler*innen und Lehrer*innen, der Arbeiter*innen und Regierungsangestellten. Die RAWA-Frauen kämpften gegen die „imperialistische Kultur“ und legten die leere Rhetorik der Regierung offen, insbesondere in Bezug auf Frauenförderung (vgl. Emadi 2002: 109).

„RAWA hatte damals zwei wesentliche Aktivitäten, sie verteilten die Shabnamah, die sehr einflussreich waren und von Monat zu Monat ein größeres Publikum erreichten, und sie organisierten Demonstrationen von Schulmädchen und Studentinnen. Anfangs nahmen Hunderte an diesen Demonstrationen teil, aber nach der russischen Invasion waren es Tausende. Unsere Waffe waren Gedichte, statt Sprechchören sagten wir Gedichte auf.“ (Asifa Homayoun, zit. nach Benard/Schlaffer 2002: 144)

Frauen aus allen Schichten waren am städtischen Straßenprotest beteiligt. Tausende Frauen kamen im Januar 1980 zum Pul-e Charkhi-Gefängnis als nach der Generalamnestie für politische Gefangene, erteilt durch den neuen Präsidenten Babrak

Karmal, die Entlassung stattfinden sollte. Als statt den erwarteten Tausenden nur 120 Gefangene entlassen wurden, stürmten die Frauen das Gefängnis. Dort fanden sie Haufen von aufgestapelten Leichen (vgl. Brodsky 2003: 63).

Aus Anlass einer offiziellen Feier zur Änderung der Nationalfahne fanden ab dem 21. April 1980 Protestdemonstration statt, auf denen Schüler*innen riefen: „Lang lebe die Freiheit“ und „Sowjets verlässt Afghanistan“ (Emadi 2002: 109, Übersetzung aus dem Englischen d. A.). Diese Demonstrationen fanden jeden Tag statt, bis am 25. April vier Demonstranten vom Militär erschossen wurden. Schon zwei Tage später, am 27. April 1980, dem zweiten Jahrestag der Machtnahme der PDPA mit dem April-Coup, demonstrierten die Schülerinnen der Soriya High School zur Kabuler Universität. Hunderte Schüler*innen anderer Schulen und Menschen aus den Stadtteilen schlossen sich ihnen an. Bevor sie von der Universität in das Stadtzentrum demonstrieren konnten, wurden sie von Sicherheitskräften aufgehalten.

„A party member [der Regierungspartei] with a loudspeaker warned students to disperse, telling them, ‚You are being manipulated by the enemies of the revolution. They are the ones who have misled you‘. The demonstrators continued to shout, ‚Liberty or Death‘. During this expression of anti-Sovietism, Nahid, a junior of Rabia-e-Balkhi High School, stepped forward and shouted, ‚You are the ones who have been manipulated by the Russians‘. She then shouted, ‚Liberty or Death‘. The security forces tried to arrest her and other key leaders of the protest demonstration. Clashes broke out. Soviet helicopters hovering overhead began firing on the crowd and killed scores of students. Among the dead were two young activists, Nahid and Wajhia. Although both girls were not members of any political or religious organization, nationalists, liberals, conservatives, and revolutionaries alike praised them for giving their lives to the cause of freedom.“ (Emadi 2002: 110)

Die Angaben zur Anzahl der bei dem Angriff auf die Demonstration getöteten Schüler*innen variieren zwischen 50 und 70 (vgl. Emadi 2002). Die erschossene Schülerin Nahid wurde zum Symbol des anti-sowjetischen Widerstandes. Soldaten wurden nach ihrem Tod als sowjetische Sklaven und Frauen beschimpft und zur Demütigung mit den Schals von Frauen beworfen. Sie wurden auch aufgefordert, ihre Waffen nicht gegen ihre Schwestern und Brüder zu richten, die nur mit Büchern bewaffnet sind. Sie sollten stattdessen für die nationale Unabhängigkeit eintreten. Als am Tag nach der Ermordung von Nahid, Wajhia und der vielen weiteren Schüler*innen eine große Demonstration durch Kabul zog, weigerten sich die afghanischen Soldaten zu schießen. Es rückten Mitglieder der Regierungspartei an, die weitere Schüler*innen erschossen und Hunderte verhafteten (vgl. ebd.). Um den Schüler*innenprotesten, die weiter stattfanden, entgegenzuwirken, wurde eine nächtliche Ausgangssperre erlassen, die über sieben Jahre beibehalten wurde (vgl. Brodsky 2003).

Der Mut und Tod von Nahid waren stimulierende Ereignisse für viele junge RAWA-Aktivistinnen (vgl. Brodsky 2003). „Alle Menschen waren entsetzt, niemand konnte an etwas anderes denken als an diese zwei Mädchen. Die Stimmung war sehr gegen die Regierung gerichtet.“ (Asifa Homayoun, zit. nach Benard/Schlaffer 2002: 144). Die erste Ausgabe der Vierteljahreszeitung von RAWA, Payam-e Zan (Mitteilung der Frauen), die 1981 heraus kam, trägt auf der Titelseite ein Foto von Nahid. „RAWA erhielt empörten Zulauf, ihre neue Zeitschrift Payam-e Zan, mit Nahids Foto auf dem Cover, war Stadtgespräch.“ (Benard/Schlaffer 2002: 48)

RAWA hat mit ihren politischen Stellungnahmen, mit Demonstrationen und Bildungsarbeit zur breit getragenen Widerstandsbewegung beigetragen und Frauen dazu bewegt, sich zu beteiligen. Im Folgenden führe ich Aktivitäten auf, die von Frauen im Widerstand gegen die Regierung und die sowjetische Besatzung durchgeführt wurden, und die Repression, die sich gegen Frauen richtete. Es handelt sich dabei nicht allein um Aktivitäten der Frauen von RAWA.

„Malalay, a member of Sazman-e-Mubariza Bara-e-Azadi Tabaq-e-Kargar dar Afghanistan, the Organization for Liberation of the Working Class (Akhgar), was an active participant in the anti-government resistance in Kabul. She was arrested by the government security forces and was tortured for carrying and distributing anti-state literature. [...] [The] torture [...] included skinning her hands, sprinkling salt on her wounds, shutting the door on her fingers, [...] sticking needles in her body [...] and raping her.“ (Emadi 2002: 104)

Emadi berichtet, dass Frauen an Entführungen und Mordanschlägen auf Unterstützer der Regierung oder der sowjetischen Besatzer beteiligt waren. „A large number of the disappearances and assassinations of Soviet soldiers and personnel of the government in Kabul have been attributed to women's works and initiatives.“ (Emadi 2002: 113) Nadia lockte ihre Opfer in Hinterhalte und tötete auf diese Weise mindestens 15 Besatzungssoldaten (vgl. ebd.). Der Staat setzte alles daran, Mitglieder der städtischen Guerilla-Bewegung auszuschalten (vgl. ebd.). Tajwar Kakar, eine Lehrerin, war eine führende Kämpferin, die selber aktiv am Widerstand teilnahm und andere Frauen im Widerstand organisierte. Nach ihrer Verhaftung im Dezember 1982 wurde sie schwer gefoltert, unter anderem mit Elektroschocks, Nadeln, brennenden Zigaretten und Eingraben im Schnee (vgl. ebd.). Schläge, Vergewaltigung und das Ausreißen von Fingernägeln und Haaren und vieles mehr gehörten zur Folter. Eine RAWA-Frau, Farida Ahmadi, die wegen dem Verteilen anti-staatlicher Flugblätter inhaftiert war, berichtet, dass sie auch gezwungen wurde mit anzusehen wie einem anderen Gefangenen die Augen heraus gepresst wurden. Eine ähnliche Erfahrung berichtet die Lehrerin Fahima Nassery: „She was also forced to view a bloodied room containing a corpse and a number of severed limbs and fingers scattered around.“ (Emadi 2002: 113)

Auch am bewaffneten Kampf der Mujaheddin im ländlichen Raum waren Frauen beteiligt. Ihre Aufgaben umfassten dabei meist den Transport von Waffen, Munition und Aufklärungsinformationen, die Essensversorgung und das Waschen der Kleidung, Reinigung von Waffen, aber auch die Übernahme von Nachtschichten mit Waffe (vgl. Emadi 2002). Eine beteiligte Frau berichtet:

„We took an active part in the resistance. [...] There were three of us women who cooked for six hundred men. We washed clothes for six hundred men. During the night, we carried a gun and took our turn at standing watch.“ (Zit. nach Emadi 2002: 115, Ausl. i. O.)

Eine sehr gefährliche Aufgabe war zudem, den Feind in einen Hinterhalt der anderen Widerstandskämpfer zu locken. Es gab auch unabhängige Gruppen von bewaffnet kämpfenden Frauen. Razia ist ein Beispiel dafür; sie baute 1983 in der Provinz Herat eine solche Gruppe von Frauen auf. Damit setzte sie das fort, wofür ihr Vater und ihr Bruder bereits getötet worden waren (vgl. ebd.).

Die linksradikale New Democratic Organisation hatte sich in den 1970ern in verschiedene Gruppen gespalten, von denen drei aktiv am bewaffneten Kampf teilnahmen: Sazmani Rahaye Bakhshi Khalqa (oder Surkha, Organization for the Liberation of the People of Afghanistan), Sazmani Azadi Bakhshi Mardumi Afghanistan (oder SAMA, People's Liberation Organization of Afghanistan, zuvor als Revolutionary Group of Afghanistan bekannt) und Akhgar (Sazmani Mubariza Bara-e-Azadi-e-Kargar, Organization for Liberation of Working Class). Sie waren von unterschiedlichen ideologischen Orientierungen und politisch-militanten Strategien geprägt (vgl. Emadi 1997). Sazmani Rahaye wollte „inter-imperialistische“ Widersprüche pragmatisch ausnutzen und sich taktisch mit einer Supermacht gegen die andere verbünden. Akhgar dagegen behandelte die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion als zwei imperialistische Supermächte, die sie beide auch als taktische Partner ablehnte. Sowohl die Sowjetunion als auch China wurden als „sozialimperialistische“ und „revisionistische“ Länder bezeichnet. Auf Basis dieser verschiedenen Verständnisse gingen Rahaye und der rechte Flügel von SAMA, die sich spaltete, im Juni 1980 ein Bündnis mit allen – einschließlich den islamistischen – Mujaheddin-Organisationen ein. Akhgar und der linke Flügel von SAMA lehnten das ab. „Rahaye suffered heavy losses while the Islamic Party [Hezbe Islami von Hekmatyar] gained tremendous publicity [...]“. (Emadi 1997: 107)

Obwohl RAWA zum Zusammenschluss im patriotischen oder nationalen Widerstand gegen die sowjetische Besatzung aufrief, unterschieden sie sehr bewusst zwischen den islamisch-fundamentalistischen Mujaheddin und allen anderen. Diejenigen, die nun aus dem pakistanischen Exil als Führer von islamistischen Organisationen kamen und den Mujaheddin-Kampf aufnahmen, waren vielen RAWA-Aktivistinnen bereits von den mörderischen und frauenfeindlichen Angriffen gegen die linke Studierendenbewegung der 1960er und beginnender 1970er

Jahre bekannt. Diese fundamentalistischen Mujaheddin waren auch weiterhin feindlich gegenüber Linken, Demokrat*innen, Frauenrechtlerinnen und vielen anderen – auch anderen fundamentalistischen Organisationen – eingestellt. Ihr bewaffneter Kampf richtete sich auch gegen andere, insbesondere links-beeinflusste Mujaheddin-Gruppen und kostete viele das Leben. „Erst viel später fand ich heraus, dass meine Eltern auf Befehl der fundamentalistischen Warlords getötet worden waren, so wie Tausende anderer Menschen auch“, berichtet die Tochter einer RAWA-Aktivistin aus Kabul über diese Zeitphase (Zoya/Follain/Cristofari 2002: 73).

Frauen von RAWA haben auch an der Seite derjenigen Aktivitäten entwickelt, die im bewaffneten Kampf gegen Besatzung aktiv waren, der überall im Land entbrannte. Die Frauenorganisation legt Wert darauf zu betonen, dass sie mit gewaltfreien Mitteln kämpfen und dies immer getan haben. Beispielsweise berichtet Zoya von RAWA: „Dann kam die Invasion der Russen – RAWA ging in den Untergrund und nahm den Kampf gegen sie auf, aber nur mit gewaltfreien Mitteln.“ (Zoya/Follain/Cristofari 2002: 111) In einem Shabnama, Nachtbrief, vom November 1980 ruft RAWA dazu auf, an allen Orten zu kämpfen und, vielleicht metaphorisch gemeint, sich auch mit dem Umgang mit Waffen vertraut zu machen (RAWA-Mitglieder sagen auch häufig „Bildung ist unsere Waffe“):

„RAWA asks all Mujaheddin, resistance fighters in cities, and sisters and brothers in exile to transform every place they live into a fighting front. [...] Two paths exist today – that of submission to the Soviets and that of becoming their gravediggers. The nation has chosen the second path. [...] Let us unite. Let our hands become familiar with the trigger of machine guns.“ (RAWA zit. nach Emadi 2002: 111, Ausl. i. O.)

Es gab einen anti-fundamentalistischen bewaffneten Widerstand, an dem sich auch RAWA-Frauen beteiligten. Najla berichtet davon, dass sie zwei Jahre lang zusammen mit acht weiteren Frauen an der Front war. Sie selbst und eine weitere Frau waren RAWA-Mitglieder, die anderen RAWA-Unterstützerinnen. Viele weitere Frauen aus der Region waren auch beteiligt.

„RAWA asked me to go there because I had lived in that area. [...] I had finished my school there and as a women who had lived most of her life in that village I couldn't not be part of this movement, especially that it was a spontaneous movement from different urban and rural parts of Afghanistan, whether armed or unarmed – it was a movement over all of Afghanistan.“ (Najla, RAWA, zit. nach Brodsky 2003: 60, Ausl. i. O.)

Bei den anti-fundamentalistischen Mujaheddin gab es immer eine enge Verbindung zur Bevölkerung. Sie hatten weiterreichende Ziele und Aktivitäten als allein Gefechte gegen sowjetische Soldaten oder Regierungssoldaten auszuführen. Damit unterschieden sie sich von den fundamentalistischen Mujaheddin. Diese such-

ten vor allem und in jeder Weise die bewaffnete Auseinandersetzung, dies auch nicht nur gegen sowjetische Soldaten oder die der Regierung. Sie kämpften gegen andere Aufstandsgruppen und erzwangen häufig von der lokalen Bevölkerung, sie zu versorgen. Sie stahlen, vergewaltigten und töteten Unschuldige (vgl. Brodsky 2003). „These Islamic parties not only fight one another but also exact heavy tribute from members of their rival parties and organizations who cross the area of their control as well as from local people in the countryside.“ (Emadi 1997: 103)

Für die linken Mujaheddin hatten die Bildungsarbeit und politische Diskussionen mit den Menschen der Region einen hohen Stellenwert. Najla verband die Ausbildung an der Waffe und die Beteiligung an der Widerstandsfront mit dem Aufbau von Alphabetisierungskursen für Frauen und Mädchen. In der Region hatte es bisher keine Schulen für Mädchen gegeben. Najla und die anderen Frauen nutzen verschiedene Gelegenheiten wie Hochzeitsfeiern und Beerdigungen, um mit den lokalen Frauen ins Gespräch zu kommen. Neben dem Teilen von Gefühlen, konnten sie auf diese Weise auch Wissen weitergeben. „Some didn't know that Soviets had invaded or why was there this movement or why we should take part. But most knew of the invasion and that people should rise up and not let them make Afghanistan a colony.“ (Najla zit. nach Brodsky 2003: 61)

Najla erklärt, dass diese Mujaheddin-Gruppe nicht vergleichbar war mit fundamentalistischen Mujaheddin. Diese Gruppe wäre anders gewesen, schon allein weil die meisten dort Intellektuelle und gebildete Leute waren. Frauen wurden respektiert, auch die unverheirateten, mit denen keine engen männlichen Familienangehörigen gemeinsam an der Gruppe beteiligt waren. Ohne enge Familienangehörige zu verreisen, lag weit außerhalb der gewöhnlichen kulturellen Praxis für junge Frauen. „The rest of us was unmarried but we could trust that they value women and our part in the resistance war.“ (ebd.: 61)

Die Angaben über getötete Zivilisten während des Krieges seit 1978 sind sehr ungesichert. Hafizullah Emadi schreibt, dass im Westen Angaben von bis zu 1,5 Millionen Toten für den Zeitraum 1978 und 1987 gemacht wurden (vgl. Emadi 2002: 115). Diese Angabe macht auch Elaheh Rostami-Povey und nennt die Zahl von 7 Millionen Vertriebenen (vgl. Rostami-Povey 2007: 20). Emadi bezieht sich zudem indirekt auf eine deutsche gemeinnützige Flüchtlingsorganisation, die angab, dass 1986 eine Millionen Zivilisten und 80.000 Mujaheddin getötet worden waren. Dazu kamen etwa 45.000 Vermisste, 65.000 Inhaftierte und 100.000 durch den afghanischen Staat Hingerichtete (vgl. Emadi 2002: 115).

RAWAs FRÜHE WARNUNGEN VOR DEN FUNDAMENTALISTISCHEN MUJAHEDDIN

RAWA erkannte schon zu Beginn der 1980er Jahre die Gefahr, die darin steckte, dass die fundamentalistischen Mujaheddin und die hinter diesen stehenden Organisationen vom Westen aufgerüstet und mit Milliarden-Dollar-Beträgen gestärkt wurden. Die RAWA-Gründerin Meena reiste im Oktober 1981 auf Einladung der sozialistischen Regierung Frankreichs nach Europa. Sie redete für RAWA auf dem Parteikongress der französischen sozialistischen Partei und erzürnte damit die anwesende sowjetische Delegation dermaßen, dass diese den Saal verließ (vgl. RAWA-Website: Meena). Meena blieb für acht Monate in Europa und besuchte viele Länder, um über die afghanische Widerstandsbewegung, über die Rolle von Frauen in Afghanistan und deren Beteiligung am Widerstand wie auch über RAWA zu informieren. Dabei betonte sie die Bedrohung für Frauenrechte und Menschenrechte durch die fundamentalistischen Fraktionen, die zunehmend die afghanische Widerstandsbewegung dominierten. Sie warnte den Westen, dass dieser durch die Unterstützung der fundamentalistischen Fraktionen anstatt der demokratisch gesinnten Fraktionen ein Problem für die Menschen schafft und speziell für die Frauen Afghanistans (vgl. Brodsky 2003: 83).

Die Waffenlieferungen der US-Regierung zur Aufrüstung der Mujaheddin, der heiligen Krieger in Afghanistan, begannen im Januar 1980 als geheime CIA-Aktion. Auch der saudische Geschäftsmann Osama Bin Laden, der 2001 als Führer von Al-Quaeda für die Anschläge vom 11. September in den USA verantwortlich gemacht wurde und Anlass war für die militärische Invasion in Afghanistan, wo er sich 2001 aufhielt, baute 1980 mit CIA-Geldern Waffenlager, Ausbildungs- und Krankenzentren für die afghanischen Mujaheddin auf (vgl. Rostami-Povey 2007). Die Aufrüstungsaktion der USA wurde von 1981-1984 durch den CIA-Bürochef Howard Hart geleitet. Der Auftrag war nicht die Befreiung Afghanistans, sondern möglichst viele sowjetische Soldaten zu töten (vgl. Weiner 2009). Hart war begeistert und bekundete: „Ich war der erste Bürochef, der je mit dem herrlichen Befehl ins Ausland geschickt wurde: ‚Ziehen Sie los und killen Sie sowjetische Soldaten.‘ Man stelle sich das vor! Ich fand das toll.“ (Hart zit. nach Weiner 2009: 507) Jeden Dollar, den Hart an die Mujaheddin leitete, wurde von Saudi Arabien eins zu eins an Unterstützung dazu gelegt. Weitere Waffen im Wert von Millionen Dollar kamen aus China, Ägypten und Großbritannien (vgl. Weiner 2009: 507). Später erreichten allein die CIA-Zuschüsse ein jährliches Budget von 700 Millionen Dollar (vgl. ebd.: 550). Die Ausrüstung umfasste unter anderem Stinger-Flugabwehrraketen. Damit konnten auch Kampfhubschrauber abgeschossen werden. Howard Hart freute sich: „Einen nach dem anderen brachten wir sie um. [...] Das war eine terroristische Unternehmung.“ (Hart zit. nach Weiner 2009: 550) Die Abwicklung der Lieferungen fand über den pakistanischen Geheimdienst ISI

statt, der diese, nachdem ein guter Anteil für sich selbst abgezweigt war, an die im Exil in Peshawar, Pakistan, lebenden Führer des afghanischen Widerstandes weiterleitete. „Die Leiter des pakistanischen Geheimdienstes [...] begünstigten [...] die am stärksten islamistischen [Fraktionen].“ (Weiner 2009: 508)

Zbigniew Brzezinski, der bis 1981 Nationaler Sicherheitsberater des US-Präsidenten Jimmy Carter war, sagte nach 9/11, dass er nicht wüsste, was es an dieser CIA-Aktion zur Aufrüstung der afghanischen Mujaheddin zu bedauern gäbe. „The secret operation was an excellent idea.“ (Brzezinski zit. nach Rostami-Povey 2007: 20) Sie hätten der Sowjetunion ihr eigenes Vietnam gegeben und damit Weltgeschichte geschrieben. „What is more important to the history of the world? The Taliban or the collapse of the Soviet empire? A few crazy Muslims or the liberation of Central Europe and the end of the Cold War?“ (Ebd.: 20)

Auch nach dem Abzug der letzten sowjetischen Soldaten aus Afghanistan im Februar 1989 hörte die Unterstützung der radikalsten afghanischen Islamisten nicht auf. Unter diesen nahm Gulbuddin Hekmatyar eine herausragende Rolle ein. Hekmatyar hat vom US-Auslandsnachrichtendienst CIA Waffen im Wert von Hunderten Millionen Dollar erhalten und davon einen großen Teil als Vorrat gehortet (vgl. Weiner 2009: 551). Hekmatyar hatte gegenüber dem CIA-Chef William Webster bekundet, dass sein unumstößliches Ziel die Machtübernahme und Errichtung eines „islamischen Gemeinwesens [sei und] wenn das eine Million weitere Leben koste, dann sei das nicht zu ändern“ (ebd.: 552).

Bereits während des anti-sowjetischen Widerstandes verfolgte Gulbuddin Hekmatyar eine harte Machtpolitik und gab den Befehl an seine Leute, alle anderen am Widerstand beteiligten Gruppen, die gerade von keinem Nutzen für ihn waren, zu ermorden (vgl. Emadi 1997: 103; siehe auch im Kapitel zu Hezbe Hambastagi: 190). Viele Teilnehmer*innen der links-revolutionären Widerstandsgruppen wurden durch Mitglieder von Hekmatyars Partei Hezbe Islami getötet oder verschwunden gemacht. Dazu gehörte auch 1986 Dr. Faiz Ahmad, der Ehemann von RAWA-Gründerin Meena (vgl. Brodsky 2003). Faiz Ahmad war selber politisch aktiv an der Gründung revolutionärer linker Organisationen beteiligt (siehe Kapitel Hezbe Hambastagi: 189). RAWA ging keine organisatorischen Verbindungen zu gemischtgeschlechtlichen, linken Organisationen ein. „Aber er persönlich, und seine Organisation als Ganze, haben RAWA unterstützt, und zwar nicht aus Freundschaft oder Gefälligkeit zu mir, sondern weil sie unsere Werte teilten. Er hat mir nie Steine in den Weg gelegt, sondern war mir ein echter und starker Partner.“ (Meena, zit. nach Benard/Schlaffer 2002: 46)

Auch RAWA-Mitglieder wurden zu Todesopfern von Gulbuddin Hekmatyar, einschließlich der Gründerin und informellen, sehr charismatischen Führungsperson Meena (vgl. Emadi 2002). „In a country like Afghanistan and especially in a women's organization, it is not easy to have such a position against such a person like Gulbuddin [Hekmatyar] and the other fundamentalists. That is what caused

RAWA to lose its leader“, erklärt Zarlusht von RAWA (zit. nach Brodsky 2003: 93), warum einige Mitglieder der Frauenorganisation den Druck und die Todesangst nicht aushielten, die Organisation verließen und in andere Länder als Afghanistan oder Pakistan flüchteten.

BASISORGANISIERUNG IN DEN FLÜCHTLINGSLAGERN

Seit etwa 1982 hat RAWA angefangen, die soziale und politische Arbeit auf die Flüchtlingslager in Pakistan auszuweiten. Meena und andere RAWA-Frauen, die selbst gezwungen waren, Afghanistan zu verlassen, sahen die dramatischen Probleme afghanischer Flüchtlinge und wollten nicht untätig sein. Zunehmend baute RAWA eine Doppelstruktur auf, in der die Bereiche ihrer Organisationsarbeit zwischen Afghanistan und Pakistan aufgeteilt und im ständigen Austausch waren und bis heute sind. Pakistan war dabei keine beruhigte Zone, denn die islamistischen Organisationen bauten dort bereits seit 1974, als der damalige afghanische Präsident Daoud einige ihrer Führer und 200 Mitglieder verhaftet hatte, eine Exilstruktur auf (vgl. Schetter 2010; Brodsky 2003) und arbeiteten eng mit dem pakistanischen Geheimdienst zusammen.

„By 1981 Pakistan had become home to 1.7 million Afghan refugees, and Peshawar was among the most popular for both Afghan civilians and fundamentalist mujahiddeen factions. [...] [T]he fundamentalist parties, with the complicit support of the Pakistani government and especially ISI, the Pakistani special intelligence unit, carried out their own purges of Afghan resistance opposition in Pakistan, pursuing leftist, centrists, and intellectuals who had fled similar death threats in Afghanistan.“ (Brodsky 2003: 84-85)

In den Flüchtlingslagern in Peshawar nahmen die islamisch-fundamentalistischen Warlords und ihre Anhänger viel repressiven Einfluss auf das alltägliche Leben. „In jenen Jahren lebten die meisten afghanischen Flüchtlinge in Pakistan entweder in Quetta oder in Peshawar, aber Quetta war für demokratische Aktivisten wie meinen Vater sicherer“, schreibt Malalai Joya, die auf einer RAWA-Schule in Quetta eingeschult wurde (Joya 2009: 29). Deshalb hat RAWA ihre Projekte in Pakistan zuerst in Quetta etabliert. Dazu gehörten ein Handarbeitszentrum, das Witwen und anderen Frauen ein Einkommen ermöglichte und die weitere Arbeit von RAWA mit Nährarbeiten, Ausbildung und Geld unterstützte. Das Handarbeitszentrum war auch ein Ort für Gemeinschaftsleben. Im Weiteren wurden Internatsschulen für Mädchen und für Jungen aufgebaut und ein Krankenhaus betrieben, in dem auch ausgebildet wurde. „Malalai[-Krankenhaus] war kein normales Krankenhaus. In den Schränken dort hingen RAWA-Poster, und die Mitarbeiter klärten Patientinnen über ihre Rech-

te auf und ermutigten Analphabetinnen, lesen und schreiben zu lernen.“ (Zoya/Follain/Cristofari 2002: 100)

OFFENSIVE SCHRITTE FÜR ÖFFENTLICHE SICHTBARKEIT

Im Februar 1987 wurde Meena, die eine wichtige Rolle in der Frauenorganisation einnahm, in Pakistan durch die Organisation von Gulbuddin Hekmatyar ermordet. Monatelang blieb sie zunächst verschwunden ohne Nachrichten zu ihrem Verbleib. „Wenn wir wirklich an unser Ziel glauben, darf auch die Angst uns nicht zurückhalten“, hatte Meena zu ihren Lebzeiten öfters gesagt. Ihre Genossinnen beschlossenen, sich an diesen Satz zu halten.“ (Benard/Schlaffer 2002: 50) Nach ihrem Tod wurden die Sicherheitskonzepte von RAWA überprüft und erweitert. Zum einen betraf das die konspirativen Regeln und neue, noch stärker dezentrale Organisationsstrukturen wie der elfköpfige gewählte Führungsrat. Zum anderen wurde die öffentliche Präsenz durch Demonstrationen, Medienberichterstattung und auch große Feiern, beispielsweise zum Internationalen Kampftag der Frauen, in Pakistan neu aufgebaut. Es wurde eingeschätzt, dass es den Fundamentalisten erleichtert hätte, weitere Morde zu begehen, wenn sie sich nach dem Mord an der Führungsperson RAWAs still verhalten hätten.

„After Meena was killed there was a grave lack of security, but we knew there would be more assassinations and imprisonment and torture if we kept silent. If we had a public face and could make ourselves more known, we could scare the enemy. [...] We learned from the history of our country's situation and our acquaintance with the enemy that the more we remained silent, the wilder the fundamentalists would react and the more we would be their victims.“ (Zarlasht, RAWA, zit. nach Brodsky 2003: 98)

Der Neustart der RAWA-Zeitung Payam-e Zan, nach einer Unterbrechung von mehreren Jahren, war eine erste Reaktion auf die Nachricht von der Ermordung. In dieser Ausgabe wurde Meena geehrt und es wurden neben dem Verbrechen an ihr auch weitere Ermordungen von anti-fundamentalistischen Aktivist*innen in Pakistan dokumentiert. Es wurde über die Aktivitäten von RAWA berichtet und die Solidarität mit Frauenbewegungen weltweit, insbesondere in Lateinamerika, sowie auch mit anderen anti-sowjetischen Bewegungen ausgedrückt (vgl. Brodsky 2003). Von diesem Zeitpunkt an wurde die Zeitung sowohl in Pakistan als auch in Afghanistan verbreitet, was in Pakistan nicht ungefährlich, in Afghanistan jedoch sehr bedrohlich war. Deshalb wurde die Zeitung für den Schmuggel nach Afghanistan hinein und für die Verbreitung dort auf Handflächengröße verkleinert (vgl. Brodsky 2003).

RAWAs erster öffentlicher Protest in Pakistan war eine kleine Kundgebung vor dem Haus des Gouverneurs in Quetta. Diese Kundgebung fand an einem verregneten Tag im August 1987 statt, nachdem in der Zeitung eine Meldung über Meenas Ermordung erschienen war. Im darauffolgenden Dezember wurde eine große Demonstration zum Jahrestag der Invasion des sowjetischen Militärs in Afghanistan organisiert. Zu diesem Jahrestag sowie zu weiteren Anlässen fanden regelmäßig Demonstrationen statt.

„These marches, in Quetta, Peshawar, Islamabad, and Rawalpindi, Pakistan, draw thousands of women and male supporters who carry banners and chant slogans to publicly mark their condemnation of the political and humanitarian situation in Afghanistan, demand justice and democracy, and declare their solidarity with RAWA and its cause.“ (Brodsky 2003: 97)

Neben den Demonstrationen und später auch Straßentheateraufführungen waren öffentliche Veranstaltungen in großen Sälen mit Reden, Liedern, Gedichten und Sketchen wichtige Schritte, die RAWA eine Sichtbarkeit als Organisation gaben, die sie zuvor nicht hatte. Eine der ersten Feiern, die RAWA organisierte, fand am 4. Februar 1988 statt, dem ersten Todestag von Meena. Seither hat RAWA nicht aufgehört an diesem Tag und am 8. März, dem Internationalen Tag der Frauen, Feiern durchzuführen. Ihre öffentlichen Aktivitäten und die dort vertretenen Positionen wurden in pakistanischen und internationalen Medien aufgegriffen. RAWA hat dadurch weitere Unterstützer*innen gefunden. Es trug auch dazu bei, dass die Organisation in ihrer Mitgliederzahl wuchs.

Insgesamt fand Ende der 1980er Jahre eine Ausweitung von RAWA-Aktivitäten statt: Alphabetisierungskurse wurden nun auch in den Flüchtlingslagern angeboten und für Flüchtlingsgemeinschaften in den pakistanischen Städten. Weitere Schulen, Waisenhäuser, Einkommensmöglichkeiten, humanitäre Hilfe und mobile Gesundheitsteams wurden geschaffen (vgl. Brodsky 2003).

DOKUMENTATION DER VERBRECHEN DER JIHADIS AN DER MACHT

Nach dem Abzug des sowjetischen Militärs 1989 konnte sich die 1987 eingewechselte sozialistische Najibuallah-Regierung noch einige Jahre an der Macht halten. Sie gab sich ein islamisches Image, doch verhalfen ihr vor allem die Hilfe von gut bezahlten und außerhalb des Militärs agierenden Milizen und die Zerstrittenheit der verschiedenen Mujaheddin-Gruppen weiter zu bestehen (vgl. Schetter 2010). Doch 1992 trat ein, was RAWA lange befürchtet hatte: Die fundamentalistischen Mujaheddin-Gruppen marschierten in Kabul ein. Für RAWA ist dieser

Tag, der 28. April 1992, seither ein zutiefst düsterer Tag in der Geschichte des Landes. „Since the black day of April 28, 1992 when fundamentalist savages seized control of our country our people have daily been witness to untold crimes the fundamentalist traitors have perpetrated [...]“. (RAWA-Erklärung, 28.04.1999) RAWA hat aus Anlass des Jahrestages dieser Machtübernahme immer wieder Demonstrationen durchgeführt. Dabei wurde die Verurteilung des einen Tag davor liegenden Jahrestages der Machtübernahme der Khalq/Parcham (PDPA)-Regierung am 27. April 1978 einbezogen. Bereits 1992 haben die RAWA-Aktivistinnen dafür den Slogan formuliert: „Der 28. April ist düsterer als der 27. April.“ (RAWA-Erklärung, 28.04.2002) Mit dieser Aussage zogen sie großen Hass und Drohungen der Fundamentalisten auf sich. Zoya von RAWA berichtet wie sie den 28. April 1978 als Kind erlebte:

„Der 28. April 1992 war ein schwarzer Tag, den ich niemals in meinem Leben vergessen werde. Ich frühstückte gerade mit meiner Großmutter, als im Radio verkündet wurde, dass die Mudschaheddin, die sich ausnahmsweise einmal miteinander verbündet hatten, in Kabul die Macht übernommen hätten. Großmutter zeigte keinerlei Freude darüber, dass die Russen nun endgültig besiegt waren, sondern warnte mich, dass nun ein neuer, noch schlimmerer Teufel über unser Land bekommen sei. In dieser Zeit begann sich die Redensart zu verbreiten: ‚Befreit uns von den sieben Affen, wir wollen die Kuh wiederhaben!‘ Die sieben Affen standen für die sieben Fraktionen der Mudschaheddin, die Kuh für das russische Marionettenregime.“ (Zoya/Follain/Cristofari 2002: 62)

Es wurde offiziell eine Regierung gebildet, zuerst, für zwei Monate, mit Sebqatullah Mojaddedi und danach mit Burhanuddin Rabbani als Präsidenten. Diese Regierung blieb jedoch ohne ordnenden Einfluss. Die Machtkämpfe zwischen den verschiedenen militärischen Parteien, die in der Regel auch an ethnische Identitäten gebunden waren, bestanden lange zuvor. Auch nach der Eroberung der Stadt, an der aus verschiedenen Richtungen die verschiedenen Organisationen beteiligt waren, fanden die insgesamt sieben Fraktionen zu keiner Einigung. Zeitweilige Bündnisse einiger Parteien brachen nach kurzer Dauer wieder auseinander (vgl. Schetter 2010). Während sich im Großteil des Landes die verschiedenen regionalen Warlords zunächst ihre Einflussgebiete mit großer Autonomie im Sinne von Kleinstaaten aufbauten (vgl. ebd.), wurde von 1992 bis 1996 ein erbitterter Kampf um Kabul geführt. Es gab keine Rücksichtnahme für die Bewohner*innen der Stadt. „Die Kriegsparteien legten die Stadt, die unter kommunistischer Herrschaft nahezu unversehrt geblieben war, in Schutt und Asche.“ (Ebd.: 119)

Als Salina zu dieser Zeit der Jihadis, wie die Mujaheddin auch genannt werden, in Kabul aus Sicherheitsgründen nicht mehr die Schule besuchen konnte, war sie begeistert, als sie mit ihrer ersten Ausgabe der RAWA-Zeitung in Kontakt kam:

„The most impressive part of Payam-e Zan were the report pages. These were most important because I had lived there and had heard these reports through other ways. I was impressed by how accurate the reports were; the pages of Payam-e Zan were the only pages that reflected and reported reality. I wondered how can they do this in secret? I was also impressed by the analysis of the political situation.“ (Salima, RAWA, zit. nach Brodsky 2003: 22)

RAWA dokumentierte die Verbrechen, die in den Jahren seit 1992 durch die verschiedenen Fraktionen der islamistischen Mujaheddin begangen wurden, die nun gegeneinander und gegen die Bevölkerung Gewalt ausübten. Mit 17 Jahren wurde Salina RAWA-Mitglied, hat ihre Familie verlassen und an einer RAWA-Schule in einem Flüchtlingslager in Pakistan ihre Schulausbildung beendet. In der RAWA-Gemeinschaft hat sie viel persönliche Stärke gewonnen. Sie ging zurück nach Kabul und war unter der Taliban-Regierung im Komitee für Bericht und Dokumentation aktiv (vgl. ebd.). Die Dokumentation der Verbrechen der fundamentalistischen Parteien stellte vor allem in den 1990er Jahren einen bedeutenden Teil der Arbeit von RAWA dar.

Auf einer Pakistanreise im Jahr 1993 war Sohaila durch Zufall einer RAWA-Demonstration begegnet und nahm Exemplare der Zeitung Payam-e Zan mit. Sohaila wurde bald darauf zu einer der Journalistinnen für die RAWA-Zeitung. Sie hatte die mitgebrachten Exemplare gelesen, eine intensive Korrespondenz in Briefen begonnen und wurde schließlich Mitglied und für RAWA in Afghanistan im Untergrund aktiv. „Ich verstand zuvor nichts vom Fotografieren, aber weil wir es so wichtig fanden, die Ereignisse und die Verstöße zu dokumentieren, wurde mir die Verantwortung für drei Bezirke gegeben.“ (Sohaila, RAWA, zit. nach Benard/Schlaffer 2002: 84) Sie hat die Aktivitäten der fundamentalistischen Milizen und später auch der Taliban gefilmt und fotografiert. „Diesen Auftrag finde ich sehr spannend und wichtig. Ich weiß, dass RAWAs Bilder wichtiges Beweismaterial über die Verbrechen der Fundamentalisten liefern und dass diesen Unterlagen viel Aufmerksamkeit geschenkt wird.“ (Ebd.: 84) RAWA hat viel Arbeit auf die Dokumentation der Verbrechen der fundamentalistischen Jihadi-Gruppen in deren Regierungszeit verwandt.

Neben der Verbreitung in Payam-e Zan erfolgte später die Veröffentlichung umfangreicher Dokumentationsbücher – in den Landessprachen und auch auf Englisch für eine internationale Öffentlichkeit. Ein englischsprachiges 122-seitiges (in der 2. Auflage, erste Auflage mit 96 Seiten) Magazin wurde herausgebracht: *The Burst of the „Islamic Government“ Bubble in Afghanistan* (RAWA o.J.) mit Bildern und Berichten zu den Verbrechen der Fundamentalisten zwischen April 1992 und September 1996. Später wurde von RAWA auch ein Buch zur Dokumentation der Verbrechen während dieser Zeit herausgegeben: *Afghanistan: Some Documents of the Bloody and Traitorous Jehadi Years 1992-1994* (RAWA 2012). Auf 344 Seiten werden Bilder und Dokumente präsentiert.

„It carefully and thoroughly exposes and condemns those murderers who looted the honor of the Afghan nation. It discloses the destroyers of the country and the most dreadful acts of the monstrous traitors. Every conscious Afghan, after reading this soul-raking book, will condemn these bestial men (Sayyaf, Rabbani, Gulbuddin, Dostum, Ahmad Shah Massoud, Qaseem, Fahim, Khalili, Qanooni, Mazari, Muhaqiq, Anwari, Chakari, Dr. Abdullah and a hundred others) and the followers and supporters of these disgraceful lackeys of foreigners.“ (Dr. Abdul Rahim Aziz, zit. nach RAWA Website: Buchankündigung)

Diese Dokumentationen haben bis heute eine große Bedeutung, denn eine Aufarbeitung der Verbrechen, unter Aspekten der Wahrheitssuche, der Versöhnung und Wiedergutmachung und auch der strafrechtlichen Aufarbeitung, hat bisher nicht stattgefunden.

„Despite attempts by the government to suppress reports, RAWA knew that their insertion in ‚Payam-e-Zan‘ and other media would have historical value. [...] RAWA’s publications, even according to its enemies, were counted as the most important source of news of the destructive and treacherous actions of religious fascist gangs.“ (RAWA 2012: 8)

Das hat das RAWA-Publikationskomitee bereits im Juni 2007 als Vorwort für die erste Auflage von *Afghanistan: Some Documents of the Bloody and Traitorous Jehadi Years 1992-1996* geschrieben. Zu diesem Zeitpunkt wurde gerade das allgemeine Amnestiegesetz gegen die Bemühungen um Schritte zur Aufarbeitung durchgesetzt. In den folgenden Absätzen beschreibe ich einige der Verbrechen und der gesellschaftspolitischen Veränderungen während dieser „Zeit der Jihadis“, um einen, wenn auch begrenzten, Eindruck davon zu vermitteln.

Die Mujaheddin-Regierung führte das islamische Recht ein. Ganz offiziell wurden von der Übergangsregierung gleich zu Beginn 1992 Verhaltensvorgaben für Frauen eingeführt, deren erster Punkt vorschreibt, dass der Schleier den ganzen Körper verhüllen muss. Sie durften nicht in der Mitte der Straße gehen, durften das Haus nicht ohne Erlaubnis des Ehemannes verlassen, durften Fremde nicht ansehen, mit fremden Männern nicht sprechen, mussten, wenn es notwendig ist zu reden, leise und ohne Gelächter sprechen, keine Geräusche beim Gehen machen und vieles mehr (vgl. Joya 2009). „Einige der frauenfeindlichsten Gesetze wurden [...] schon in der Zeit des Bürgerkriegs erlassen und von den Taliban beibehalten.“ (Ebd.: 246)

„[E]s gab nichts und niemanden, an den die Menschen sich zu ihrem Schutz hätten wenden können – keine Gesetzesmacht, keine Gerichte, gar nichts. Im Gegenteil, die Gewalt wurde von der Regierung noch gesetzlich verankert. Sie führte das islamische Recht ein und verordnete Strafen [...] wie Amputationen von Füßen oder Händen, Auspeitschungen und Steinigungen.“ (Zoya/Follain/Cristofari 2002: 67)

Öffentliche Schulen, Universitäten und Bibliotheken wurden niedergebrannt, das Nationalmuseum von Kabul mit wertvollen Sammlungen und das Nationalarchiv wurden geplündert und zerstört. Afghanische Hindus und Sikhs wurden gezwungen, zur Kennzeichnung ein gelbes Tuch am Arm zu tragen, Männer wurden zwangsweise beschnitten (vgl. Joya 2009).

Junge Mädchen wurden entführt, vergewaltigt und getötet. Auch viele Männer gerieten in willkürliche Gefangenschaft. Zu den immer wieder angewandten Praktiken gegen Gefangene gehörte es, Brüste, Nasen und Ohren abzuschneiden, lange Nägel in Köpfe zu hämmern oder die Kehle auf- bzw. den Kopf abzuschneiden, mit heißem Öl auf den Schnitt den Blutfluss zu stoppen und dem noch einige Zeit sich zuckend bewegenden Körper als sogenannte „Tanzende Leiche“ zuzuschauen und dazu zu tanzen (vgl. Zoya/Follain/Cristofari 2002; Joya 2009; Interviews, u.a. Ahmady, 19.05.2009). „Die Mudschaheddin waren auch bekannt dafür, Menschen zu blenden, indem sie ihnen eine brennende Zigarette in die Augen stießen.“ (Zoya/Follain/Cristofari 2002: 67)

Mich traf völlig unvorbereitet bei meinem ersten kurzen Aufenthalt in Kabul die Erzählung der Mutter eines zum Zeitpunkt der Ereignisse 14-Jährigen, der psychisch nicht verarbeiten konnte, was er in der Zeit seiner Gefangenschaft beim Warlord Abdul Ali Mazari der Partei Hezbe Wahdat erlebt hatte, in die er auf einer Reise durch die Provinz Bamiyan nordwestlich von Kabul geriet.

„It is the memory of my son. He told me: Because we were the youngest, soldiers came and said: ‚You can work that much, so we take you for some [leisure-time amusement].‘ When we went there we saw Abdul Ali Mazari, who is the biggest warlord in the head of this organization, he was cutting people’s heads and he was putting boiled oil on the neck and they were kind of dancing. He and his soldiers were laughing, clapping, singing songs for them. Every day about two or three dead bodies like this.“ (Zainab Ahmady, Interview in Kabul, 19.05.2009)

Die Bevölkerung Kabuls litt besonders unter den Kampfhandlungen der Hezbe Islami von Gulbuddin Hekmatyar. Diese bildete eine Angriffsfront im Süden der Stadt und bombardierte Kabul fortlaufend. „Gulbuddin, the cannibal, fired more than a thousand rockets in a single day.“ (RAWA-Erklärung, 27.04.2012) Sohaila erzählt: „[I]ch [ging] zur Schule bis 1995; dann wurden die Schulen und Büros geschlossen. In unserer Region kämpfte Gulbuddin, und er hatte weder Sorge um die normalen unschuldigen Menschen, noch kannte er einen Funken Gnade.“ (Sohaila zit. nach Benard/Schlaffer 2002: 88) Allein durch diese Dauerbombardierungen durch Hekmatyars Truppen, die bis Ende 1994 fortgesetzt wurden, kamen etwa 40.000 Menschen ums Leben (vgl. Schetter 2010).

Die Rücksichtslosigkeit und Brutalität gegen die Bevölkerung war bei den anderen Fraktionen nicht minder. „Folter und Vergewaltigung von Kabuler Zivilisten,

die die Mujaheddin als Kommunisten und Städter verachteten, waren an der Tagesordnung.“ (Ebd.: 119) Ein Ereignis hat sich besonders tief eingebrannt in die Erinnerungen – nicht nur für die betroffenen Menschen. Am 11. Februar 1993 wurde im Kabuler Stadtteil Afshar ein Massaker ausgeführt, bei dem die dort lebende Hazara-Bevölkerung, eine ethnische Gruppe, die lange als Unterschicht diskriminiert wurde, einem Massenmord und der Massenvergewaltigung unter der Führung von Ahmad Shah Massud (Shorae Nizar zuvor Jamiat-e Islami) und Abdul Rasul Sayyaf zum Opfer fiel (vgl. Afghan Justice Project 2005, Schetter 2010). „[I]t appears that the attack was intended to drive the civilian population from Afshar – which it succeeded in doing. The number killed in the assault [...] is not known. [...] the numbers of women raped is not known.“ (Afghan Justice Project 2005: 86-88) Zunächst wurden in der Nacht vom 10. auf den 11. Februar 1993 die Wohnviertel mit einer großen Dichte an Raketen und Artillerie beschossen. Ab dem Nachmittag des 11. Februar und auch am darauf folgenden Tag wurde der Stadtteil Straße-für-Straße eingenommen (vgl. UN Mapping Report 2005: 212).

„The first time I went to Afshar, I saw a woman telling her story. During the time of Sayyaf and Masood, a women was forced to give up her gold ring. When she refused, they cut her fingers, and raped her. She bared a child from the rape. Being born from a mother who has been raped, the child became a reminder of the horrors of war.“ (Weeda Ahmad, Direktorin SAAJS, Interview von Paiwandgäh.af, 10.12.2014)

Die Häuser wurden geplündert und Hunderte Männer und Frauen wurden entführt, von denen zwischen 80 und 200 gegen Lösegeld oder nach Jahren freikamen. Schätzungsweise über 700 Personen überlebten die Gefangenschaft nicht, in der Folter, Vergewaltigung, miserable Unterbringung und sklavenähnliche Arbeit stattfanden. Viele wurden unter diesen Bedingungen geisteskrank (vgl. Human Rights Watch 2005: 70-72). Als Reaktion auf das Massaker haben Hazara-Milizen in anderen Stadtteilen ethnische Säuberungen gegen Nicht-Hazara durchgeführt (vgl. Schetter 2010). „Ich hörte von einem Kontrollposten, an dem ein Kommandant der Hazara einen Haufen menschlicher Augen gesammelt hatte. Die Augen stammten von toten Paschtunen, dem Volksstamm, zu dem auch ich gehöre.“ (Zoya 2002: 65)

Viele Bewohner*innen von Kabul betrachteten die Ereignisse in Afshar als einen besonderen Einschnitt, denn von da an war die ethnische Komponente hinter den Kämpfen für jede*n ersichtlich. Vor allem zeigte sich auch das Ausmaß in dem die verschiedenen Mujaheddin, die zuvor lange Zeit gegen die Sowjets gekämpft hatten, nun bereit waren ihre Landsleute zu töten (vgl. Human Rights Watch 2005: 73).

Die langjährigen Machtkämpfe zwischen den nun Jihadi genannten islamistischen Mujaheddin-Parteien forderten allein in Kabul insgesamt zwischen 60.000 und 80.000 Menschenleben (ebd.). Auch in anderen Teilen des Landes setzten sich

zunehmend vor allem ab 1994 diese Machtkämpfe fort. In den verschiedenen Regionen herrschten lokale Fürstentümer der jeweiligen Lokalherrscher, meist Mujaheddin-Führer, mit jeweils sehr verschiedenen Bedingungen. Während in einigen repressive Ruhe etabliert wurde, beispielsweise in Herat, herrschten in anderen Durcheinander, Willkür und äußerst brutale Verhältnisse während dieser vierjährigen Phase. Für Farah berichtet die damals 14-jährige Malalai Joya:

„[D]ie Lage wurde so schlimm, dass wir kaum noch das Haus verlassen konnten. [...] Selbst zu Hause waren wir nicht sicher. Nachts kamen oft bewaffnete Angehörige krimineller Mudschaheddin-Gruppen bis in die Häuser. [...] Wir hatten furchtbare Angst, durften aber nicht schreien, während wir zuhörten, wie diese Männer im Haus herumschrien und alles verwüsteten; was immer ihnen gefiel, nahmen sie einfach mit.“ (Joya 2009: 40)

Zu den fünf Millionen Flüchtlingen aus der Zeit des Krieges mit den Sowjets kamen nach 1992 weitere Hunderttausende hinzu. „In Farah konnten wir nicht bleiben, und binnen Kurzem waren wir wieder zurück im Flüchtlingslager Peshawar in Pakistan. [...] Das Lager wurde von noch mehr Flüchtlingen überschwemmt, besonders aus der Hauptstadt Kabul“, erzählt Joya von ihrer Familie (Joya 2009: 40). RAWA machte sich die Hilfe für die Opfer dieser Gewalt und für die neuen Flüchtlinge zur einer ihrer Aufgaben.

Es bleibt noch mitzuteilen, dass die oben erwähnten linken, anti-islamistisch orientierten, am anti-sowjetischen bewaffneten Widerstand beteiligten Mujaheddin sich nicht an den beschriebenen Machtkämpfen beteiligten. Sie sagen, dass sie davon kein Teil sein wollten. Sie haben die Waffen nicht mehr eingesetzt (Ahmad, persönliches Gespräch, Kabul im März 2011). Die Frauenrechtlerin Malalai Joya, deren Vater einer der links-demokratischen Mujaheddin war, erklärt, was „[f]ür Außenstehende [...] schwer nachvollziehbar [ist], aber unser Volk teilt die Mudschaheddin in zwei Arten ein: die wahren und die kriminellen. [...] [A]m 28. April 1992 legten die wahren Mudschaheddin die Waffen nieder, aber die Extremisten und machthungrigen Gruppen begannen an diesem Tag ihren Bürgerkrieg.“ (Joya 2009: 37)

IM WESTEN IGNORIERT: KAMPF GEGEN DIE FUNDAMENTALISTEN AN DER MACHT

RAWA hatte bereits Anfang der 1980er Jahre die Katastrophe gesehen, die es bedeutete, dass die fundamentalistischen Mujaheddin mit Milliarden-Dollar-Beträgen und Waffenlieferungen über viele Jahre vor allem von den USA und Saudi Arabien aufgerüstet wurden.

„From 1992 on, Meena and RAWA's predictions came true: life in a country under the control of fundamentalist factions became a disaster for democratic values as well as human and women's rights.“ (Brodsky 2003: 99) Das Leben für Frauen war in dieser Zeit in Kabul der reine Horror. Ihnen wurde von den fundamentalistischen Kämpfern keine andere Rolle in der Gesellschaft zugestanden als der, Männern gefügig zu sein. Erzwungene Ehen mit bis zu vier Frauen boten den Jihadi eine legitime Form der Vergewaltigung. Solche „Ehen“ wurden mit vorgehaltenem Gewehr und sofortiger Wirkung vor der Haustür erzwungen, nachdem der Gotteskrieger dem Mädchen bis dorthin gefolgt war, weil es ihm attraktiv erschien. Andere wurden gleich entführt. Frauen und Mädchen waren der Willkür und Brutalität der Jihadi noch weit mehr ausgesetzt als die männliche Bevölkerung. Viele Mädchen konnten nicht mehr die Schule besuchen, weil der Weg dorthin zu gefährlich war. Frauen gaben aus dem gleichen Grund ihre Arbeit auf.

„Das System der privaten Schulen gab es schon vor dem Einzug der Taliban in Kabul im Jahr 1996, allerdings aus anderen Gründen: Die verschiedenen Fraktionen der Mudschaheddin, die von 1992 bis 1996 in der Hauptstadt herrschten und jetzt einen großen Teil der neuen Regierung stellen, machten mit ihren blutigen Kämpfen auf Kabuls Straßen Schulbesuche fast unmöglich. Frauen und Mädchen trauten sich auch aus Angst vor Vergewaltigungen kaum auf die Straße. Also wurden die Kinder zu Hause unterrichtet.“ (Jung, 10.12.2001)

RAWA beschreibt die Situation in Afghanistan seit 1992 in einem öffentlichen Brief von 1997 an die Delegierten der OIC, Organization of the Islamic Cooperation:

„The killings of thousands of people; the destruction of Kabul and other cities; the raping and ‚disappearance‘ of women and young girls and boys; looting; closing of the educational institution; famine and unprecedented price-hike; fueling of the ethnic and religious wars; threat to the country's integrity and so forth are the gifts of the ominous entrance of the criminal Islamic parties in our land.“ (RAWA, 23.03.1997)

Seit deren Anfangszeit hatte RAWA sich gegen islamischen Fundamentalismus ausgesprochen und auf die Bedrohung von Frauenrechten und Menschenrechten durch diese fundamentalistischen Organisationen hingewiesen. Die Kritik wurde während der Zeit des gegen die PDPA-Regierung und die sowjetische Besatzung gerichteten Widerstandes beibehalten und hatte seit der Machtübernahme der islamistischen Mujaheddin 1992 eine zentrale Bedeutung.

Doch nach der Niederlage der Sowjetunion interessierte sich die Weltöffentlichkeit nicht mehr für die Taten dieser vermeintlichen Helden Afghanistans. „[T]he Western media had glorified the mujahideen so much that it was hard to convince anyone that they were fundamentalist, antidemocratic, anti-women's rights.“ (Majid, RAWA, zitiert nach Brodsky 2003: 101) Auch die Frauenrechtlerin

Malalai Joya betont, dass die Jahre 1992-1996 zu den blutigsten und düstersten der vergangenen drei Kriegsjahrzehnte gehören und trotzdem damals die internationale Öffentlichkeit kein Interesse am Schicksal der Afghan*innen zeigte (vgl. Joya 2009: 44).

Die fehlende internationale Beachtung der sozialen und politischen Verhältnisse in Afghanistan und der begangenen Verbrechen durch die herrschenden, islamistischen Organisationen änderte sich auch nicht mit dem Sieg der von Pakistan massiv unterstützten Taliban, die 1994 bereits die Provinz Kandahar und 1996 Kabul eroberten. Doch RAWA wurde immer geschickter und erfolgreicher darin, die gesammelten Informationen und Bilder von Verbrechen, die politischen Analysen, die Kritik, die Ziele und Aktivitäten von RAWA auch international bekannt zu machen. Seit Ende 1996, demnach wenige Monate nach der Machtübernahme der Taliban in Afghanistan, betreibt RAWA sehr erfolgreich eine internationale Website: www.rawa.org. Dort veröffentlichen die Aktivistinnen ihre Organisationsgeschichte, ihr Selbstverständnis, aber vor allem auch aktuelle Nachrichten und Analysen zur Lage der Frauen in Afghanistan sowie Dokumentationen von Menschenrechtsverbrechen auch gegen Männer.

RAWA MACHT WEITER UNTER DER HERRSCHAFT DER TALIBAN

Ohne Zweifel war RAWA eine der schärfsten Kritiker*innen der Taliban-Regierung. RAWA hat unter anderem mit Demonstrationen und Pressekonferenzen in Pakistan die Praktiken der Taliban wie auch der anti-Taliban Milizen der Nordallianz angeprangert. „Down with the Taliban and jehadi fundamentalists!“ war ein zentraler Slogan in ihren Erklärungen (bspw. RAWA-Erklärung, 08.03.1997).

„The ultimate solution of the Afghan imbroglio lies only in the annihilation of all religious fundamentalist parties of all brands and marks, be they Taliban or be they with Rabbani, Khalili, Hekmatyar, Masoud, Mohsini or Sayyaf figureheads“ (RAWA-Rede, 28.08.1997).

RAWA kritisiert das rigide Strafsystem, mit dem die Taliban ihre weitreichenden Restriktionen für Frauen kontrollieren und jede Freiheit und jeden Widerspruch eindämmen. Die Frauen von RAWA kritisieren die frauenfeindliche, antidemokratische, reaktionäre Politik der Taliban, deren Feindlichkeit gegenüber Wissenschaft, Technologie und Bildung und die ethnischen Diskriminierungen und Massaker der Taliban gegen Hazara. RAWA erklärt, dass die Gewalt auf ethnischer Grundlage, die in der Jihadi-Regierungszeit ihren tausendfachen brutalen Ausdruck fand, unter der Taliban-Regierung weiter geht – sowohl von den Taliban als auch

von den Anti-Taliban-Fraktionen, die nun wieder eine (Nord-)Allianz bilden (RAWA-Erklärung, 10.12.2001; RAWA-Erklärung, 08.03.2001).

„The Taliban executed about 400 innocent civilians in Yakawlang and the same atrocities have been committed by Hizb-e-Wahdat who suck the blood of non-Hazara and non-Shiite. Our Hazara people are being squeezed between the claws of two dinosaurs, from one side the bloodthirsty Taliban bleed their hearts and from the other side the Wahdati criminals tighten the noose around their neck by fanning the flames of ethnic and religious fire.“ (RAWA-Erklärung, 08.03.2001)

Die Taliban wurden ab ca. 1994 von pakistanischen Geheimdienst ISI massiv aufgerüstet und finanziert, um die Macht in Afghanistan zu übernehmen, nachdem Gulbuddin Hekmatyar, der zuvor diese Rolle hatte, nicht den entsprechenden Erfolg brachte. Entsprechend waren RAWA-Aktivitäten auch in Pakistan zunehmend gefährdet. RAWA-Demonstrationen wurden von pakistanischen Taliban angegriffen, die Polizei erklärte, sie nicht schützen zu können (Shah, 27.12.1998). Trotzdem machte RAWA weiter, mit dem erklärten Ziel, nicht aufzuhören gegen fundamentalistischen Terror und für Demokratie und Frauenrechte zu kämpfen solange die Jihadi-Fraktionen und die Taliban noch in der politischen Landschaft Afghanistans aktiv sind (vgl. RAWA-Erklärung, 27.03.1999).

RAWA organisierte illegale Mädchenschulen und verbreitete ihre Zeitung im Afghanistan der Taliban. In den Flüchtlingsgemeinschaften wurden zudem zahlreiche Projekte humanitärer Hilfe, allgemeine Bildungsarbeit sowie politische Bildung organisiert. Die Taliban, die die Ausweitung frauenfeindlicher religiös begründeter Gesetze zu den allerersten Handlungen ihrer Regierung machten, erklärten die RAWA-Frauen ausdrücklich zu Feinden. In einem Drohbrief, der sich an eine kanadische Unterstützerin richtete, heißt es:

„You better cut your relations with these besoms [...] The punishment for RAWA women is clear and Inshallah soon their courtesans will be shut down and they will face the result for what they have done against Islam and Taliban. [...] [T]hey will be stoned to death [...]“ (Wa Rahmatullah/Taliban o.J., vermutlich 1999, zit. nach RAWA Website).

Die Taliban-Regierung erließ eine Fatwa, ein islamisches Rechtsgutachten, gegen RAWA. Damit wurden die Taliban-Sicherheitskräfte angewiesen, jedes RAWA-Mitglied sofort zu verhaften und öffentlich zu Tode zu steinigen (vgl. BBC News, 23.03.2001).

Zoya erzählt in einem Buch zu ihrer Lebensgeschichte, wie sie kurz vor dem ersten Jahrestag der Eroberung von Kabul durch die Taliban zusammen mit einer weiteren RAWA-Aktivistin von Pakistan nach Kabul reiste. Die Reise war nur mit der Begleitung durch einen männlichen Unterstützer möglich, dem vermeintlichen

Mahram, der nach Taliban-Vorgaben als enger männlicher Verwandter Frauen in der Öffentlichkeit begleiten musste. Dieser RAWA-Unterstützer hatte sich bereits seit Wochen den notwendigen Bart wachsen lassen.

„Ich sollte herausfinden, ob wir Frauen aus Afghanistan für eine Straßendemonstration herausholen konnten, die wir bald in Pakistan veranstalten würden – das Ziel war, ein- bis zweitausend Frauen aus Kabul herauszubringen, ohne dass die Taliban eine von ihnen entdeckten, weder auf dem Hin- noch auf dem Rückweg.“ (Zoya/Follain/Cristofari 2002: 127)

Am Tag der Ankunft der oben genannten Aktivistinnen wurde es spät:

„Ich war bis drei Uhr nachts auf, trank zahllose Tassen Tee und sprach mit Zeba und anderen RAWA-Mitgliedern, bis sie plötzlich aufstand und sagt: ‚Schluss jetzt, ab ins Bett. [...] Ihr werdet allen Schlaf brauchen, den ihr kriegen könnt. In zwei Tagen findet im Stadion eine öffentliche Straffaktion statt, bei der Dieben die Hände abgehauen werden, und ich möchte, dass ihr mitkommt und mir hilft, Fotos zu machen.‘“ (Ebd.: 132)

Die Dokumentationsaktivitäten waren ein weiterer wichtiger Aufgabenbereich der Frauenorganisation. Die Frauen von RAWA haben viel über die frauenfeindlichen Praktiken und andere Verbrechen der Taliban berichtet und zahlreiche Fotos von öffentlichen Bestrafungen durch Amputation von Händen oder Füßen, durch Auspeitschen oder Hinrichtung auf ihrer Internetseite veröffentlicht.

1999 gelang es RAWA, die öffentliche Hinrichtung von Zarmeena im Sportstadion von Kabul heimlich zu filmen und zu veröffentlichen. Salima, die damals in Kabul im Dokumentationskomitee von RAWA mitarbeitete, erzählt:

„We knew this execution wouldn’t be documented by any news agency. Taliban wouldn’t do it and they wouldn’t let others. So it was our responsibility. [...] we knew this member would be killed and the camera taken if it was discovered.“ (Salima zit. nach Brodsky 2003: 15-18)

Unter der blauen Burka verhüllt, auf dem Boden kniend wurde Zarmeena, Mutter von sieben Kindern, von hinten in den Kopf geschossen. Die Familie ihres Ehemannes, der sie massiv körperlich misshandelt hatte und dessen Ermordung ihr angelastet wurde, hatte ihr vergeben, was nach islamischen Recht als ein Freispruch gilt. Trotzdem wurden Tausende Menschen, ausdrücklich auch Frauen, im Stadium versammelt, viele Kinder waren anwesend, um der Exekution zuzuschauen, als Ermahnung an die Frauen, ihren Männern ergeben zu sein.

Die Informationen zum Hintergrund der Hinrichtung von Zarmeena sind zusammen mit dem Video auf der Internetseite von RAWA zu finden. Der Video-Film von der Hinrichtung wurde nach Pakistan geschmuggelt und unmittelbar auf der Website

veröffentlicht. RAWA hat diese Video-Dokumentation auch internationalen Medien angeboten, doch diese waren nicht interessiert – nicht zu diesem Zeitpunkt.

Ende der 1990er Jahre hatte RAWA durch ihr öffentliches Auftreten jedoch erreicht, dass zunehmend internationale Solidaritätsbeziehungen, beispielsweise zu Frauenorganisationen in den USA, entstanden. RAWA-Vertreterinnen wurden zu Veranstaltungen eingeladen. Daraufhin entstand innerhalb der RAWA-Strukturen 1997 das Komitee für auswärtige Kontakte, in dem mehrsprachige RAWA-Mitglieder aktiv sind (vgl. Brodsky 2003). Über öffentliche Reden, Konferenzbeiträge, Medieninterviews und auch über die Internetpräsenz von RAWA entstanden ein zunehmendes Interesse, weitere Kontakte und schließlich ein großes Netzwerk weltweiter Unterstützer*innen. Am Ende einer im US-Fernsehen live gesendeten Show von Winfrey Oprah im Jahr 1999, zu der eine RAWA-Repräsentantin eingeladen war, gab die Show-Masterin die Internetadresse von RAWA bekannt und rief dazu auf, Geld und Kameras zu spenden. Das führte noch am gleichen Abend zu über 300.000 Aufrufen der Website (vgl. Schlagenwerth 2001). Die Website brach daraufhin zusammen und wurde mithilfe von internationalen Unterstützer*innen gespiegelt, um die Unterbrechung möglichst kurz zu halten.

RAWAs AUFRECHTER GANG DURCH DAS JAHR 2001

Die zweite Hälfte des Jahres 2001 hat RAWA sehr viel internationale Beachtung, Auszeichnungen, Medienauftritte und Spenden eingebracht. RAWA hatte jedoch mehr mitzuteilen, als allein die Fakten über die Verbrechen der Taliban, den nun nach den Terror-Anschlägen des Al Quaeda-Netzwerkes in den USA und der darauf folgenden militärischen Intervention der USA in Afghanistan gefragt waren. Die politischen Analysen und insbesondere die Warnungen der Feministinnen vor der Nordallianz als Verbündeter des Westens waren nicht erwünscht. RAWA wurde erneut delegitimiert und allmählich wieder in die Nicht-Beachtung zurückgedrängt.

Exkurs: Ausbeutung des Wissens von RAWA

Vor dem 11. September 2001, dem Tag der Al Quaeda-Anschläge in New York und Washington, waren die meisten internationalen Medien wie BBC oder CNN nicht bereit, die Videoaufzeichnung von Zarmeenas Hinrichtung zu zeigen, weil diese „zu grafisch“ sei und die Zuschauer nicht ansprechen würde (vgl. Fluri 2006). Doch nach dem 11.09.2001 lief dieser RAWA-Film in immer erneuten Wiederholungen auf diesen großen Sendern und weitere Sender griffen ihn auf. Manchmal wurde RAWA dazu genannt. Oft wurde RAWA als Quelle aber auch nicht erwähnt und deren Analysen des Ereignisses wurden meist unterschlagen.

„Thus, the appropriation of RAWA's images of corporeal violence and chadori-clad women are neither accompanied by RAWA's textual descriptions nor juxtaposed with these counter-images of women demonstrating in public space or operating in the spaces of RAWA's social projects.“ (Fluri 2006: 103)

Es wurde nicht gezeigt, welche praktischen Gegenaktivitäten RAWA seit vielen Jahren als politische Strategie aufbaut. Das Gegenbild zu der mit Burka verhüllten Afghanin waren schon wenige Wochen später unverschleierte Frauen, die angeblich durch die US-Militärintervention befreit wurden: „Zahlreiche Fotos von ‚glücklich entschleierten‘ Frauen säumen dabei die Berichterstattung über das Ende des Krieges und belegen die erfolgreiche ‚Befreiung‘ Afghanistans von den Taliban.“ (Nachtigall 2012: 99)

Der Kriegszug in Afghanistan nach den terroristischen Anschlägen am 11. September 2001 war geprägt von der Einbettung in eine Diskussion um die Notwendigkeit der Befreiung der Frauen Afghanistans. Die Kriegslegitimation konnte dabei an Debatten einiger Frauenorganisationen insbesondere in den USA anknüpfen. Doch auch beispielsweise das deutschsprachige feministische Autorinnenpaar Cheryl Benard und Edit Schlaffer sieht den Weg hin zur militärischen Intervention in Afghanistan als „eine Fallstudie [...] für das sehr erfolgreiche Lobbying durch und für Frauen“ (Benard/Schlaffer 2002: 10), denn Frauen hätten schon lange eine Einmischung befürwortet. Zeitgenau zum bevorstehenden Kriegszug in Afghanistan führten Benard und Schlaffer eine Forschung *Inside the Afghan Women's Resistance* (Benard 2002) innerhalb der RAWA-Strukturen durch. Die deutschsprachige Veröffentlichung bekundet gleich auf den ersten Seiten, dass Diskussionen der Frauenbewegung um einen falschen Interventionismus und Neokolonialismus irrelevant seien. „Afghanistan ist der obskure Ort, an dem die Frauen dieser Welt ihren Feinden endlich eine Entscheidungsschlacht lieferten – und siegten.“ (Benard/Schlaffer 2002: 216) Die Autorinnen bejubeln den militärischen Erfolg der Entmachtung der Taliban-Regierung, den sie dem Druck der Frauenbewegung zuschreiben.

„Embedded feminism“ (Hunt 2006) ist in diesem Fall nicht nur eine Vereinnahmung der Argumente und des Materials von Frauenorganisationen durch die US-Kriegsstrategie. Cheryl Benard steht in Person für eine Verbündelung zwischen Feminismus und Kriegslegitimation. Heute ist Benard Senior Analyst der RAND Corporation am Center for Middle East Public Policy innerhalb der RAND National Security Research Division (NSRD), die Forschungen für das US-Verteidigungsministerium und die verschiedenen Abteilungen des US-Militärs und den US-Geheimdienst durchführt (www.rand.org). Ihr Ehemann, Zalmay Khalilzad, hat in den 1980er Jahren das Programm zur Unterstützung der afghanischen Mujaheddin für die US-Regierung mit entwickelt, war in den 1990ern im US-Verteidigungsministerium und als Direktor bei RAND tätig und hat in dieser Zeit auch als Berater für das Unocal Pipeline-Projekt in Afghanistan gearbeitet

(vgl. Chang, 06.01.2006). Ende 2001 hat Khalilzad den Petersberger Afghanistan-Gipfel zur Bildung der Übergangsregierung gesteuert (vgl. u.a. Joya 2009). Er hat Ende 2002/Anfang 2003 als Sonderbeauftragter des US-Präsidenten für Afghanistan bzw. ab 2003 als US-Botschafter für Afghanistan eine Hauptrolle bei der Ausarbeitung der afghanischen Verfassung eingenommen und den Prozess „mittels massivem Druck und Einschüchterung“ (Baraki 2004: 16) beeinflusst. „[E]r wurde oft nur halb im Scherz der ‚echte Präsident‘ Afghanistans genannt.“ (Joya 2009: 146) Seit 2009 berät Zalmay Khalilzad US-Unternehmen, die in Afghanistan oder im Irak Geschäfte machen wollen. Gemeinsam werden mindestens seit 2012 „[d]ie ‚Beschuldigten Zalmay Khalilzad und Dr. Cheryl Benard‘ [...] der ‚Geldwäsche in Bezug auf einen Gesamtbetrag von EUR 1.152.486,49‘ verdächtigt“ (Nikbakhsh, 09.09.2014). Das Geld stammt von Bau- und Ölunternehmen aus dem Irak und den Vereinigten Arabischen Emiraten.

Die Forschung von Benard und Schlaffer über die Organisation RAWA stellt ebenso wie die Verwendung des Videos über die Hinrichtung Zarmeenas eine Ausbeutung von Wissen für die Kriegslegitimation dar. In einem weiteren Fall, bei dem RAWA-Material direkt im US-geführten Interventionskrieg benutzt wurde, hat RAWA eine Klage eingereicht. Ein unter großen Risiken heimlich durch eine RAWA-Aktivistin in Kabul aufgenommenes Foto, das zeigt wie eine in Burka gekleidete Frau von der Religionspolizei der Taliban öffentlich ausgepeitscht wird, tauchte auf einem Flugblatt auf, das US-Militärflugzeuge im November 2001 über mehreren afghanischen Städten abwarfen. Mit dem Flugblatt wurden die Frequenzen des neu gestarteten Radiosenders Radio Free Afghanistan bekannt gemacht, der durch die US-Regierung finanziert wird. RAWA verklagte die US-Behörden, die das Foto, ohne eine Genehmigung einzuholen, benutzt hatten. Entgegen dem deutlichen Hinweis, dass die Bilder nicht ohne Erlaubnis benutzt werden dürften, war das Foto von der RAWA Online-Fotogalerie gestohlen worden, wie auch mindestens drei weitere Bilder (vgl. The News International, 20.12.2001). Das zuständige Komitee für Auswärtige Angelegenheiten (Foreign Affairs Committee) von RAWA wurde schlicht übergangen.

RAWA ist über dieses Komitee gut vorbereitet auf Kontakte zu Nicht-Afghan*innen. Das fängt bei Kontakten mit Pressevertreter*innen aus Pakistan an, schließt aber auch Vortragsreisen in die USA, in europäische Länder, nach Japan und Australien ein. Zwischen dem 11. September 2001 und dem 1. November 2001 hat RAWA mehr als 300 Interviews gegeben (vgl. Javed, zit. nach Benard/Schlaffer 2002: 121). 2002 hatten RAWA-Vertreterinnen bereits mehr als 20 Länder in fünf Kontinenten besucht (vgl. Brodsky 2003). Sie geben Interviews für lokale Medien und angereiste Journalist*innen oder betreuen internationale Unterstützer*innen, die zu Besuch kommen. Auch die Internet-Präsentation und die E-Mail-Kommunikation, seit 2009 auch soziale Medien wie Facebook und

Twitter, die zusammen die größte Rolle für RAWAs internationale Wahrnehmung und Unterstützung einnehmen, fallen in den Aufgabenbereich dieses Komitees.

RAWAs Warnungen vor der Nordallianz

Noch als die Kampfhandlungen zur Absetzung der Taliban-Regierung im Gang waren bekundete RAWA, dass die Nordallianz bereits bewiesen habe, dass sie als Regierungsmacht inkompetent und korrupt ist (vgl. RAWA, 31.10.2001) und eine erneute Herrschaft der Nordallianzparteien „die ethnischen und religiösen Konflikte auf grauenvolle Weise verstärken [wird]“ (RAWA-Erklärung, 13.11.2001). In einer Anhörung mit dem Titel „Afghan People vs. the Taliban: The Struggle for Freedom Intensifies“ vor dem House of Representative der US-Regierung, Unterkomitee für Internationale Einsätze und Menschenrechte, erklärte Tahmeena Faryal als Vertreterin von RAWA am 31. Oktober 2001:

„The political situation is made ever more precarious by what many Afghans perceive to be US aggression against our country and our civilians, even as we cheer the possibility of the Taliban’s demise. And, continued and increasing foreign assistance to the reviled Northern Alliance has plunged our people into a horrific anxiety and fear of re-experiencing the dreadful years of the Jihadis’ ,emirate’ of the 1990’s.“ (RAWA, 31.10.2001)

Zur Begründung für die große Angst vor einer erneuten Macht der Fraktionen der Nordallianz gibt Tahmeena Faryal die Aussage einer afghanischen Flüchtlingsfrau wieder:

„In the words of one refugee in Peshawar (Sept 25th of this year), many many of the people say that, ,All of them, Taliban and Taliban opposition, are criminals, and we don’t want them ruling Afghanistan. For the past 20 years they have all given the people only bullets instead of food and graves instead of houses.“ (Ebd.)

RAWA bekundet in vielen Interviews und politischen Stellungnahmen, dass es sich bei der Nordallianz um erklärte Anti-Demokraten und Frauenfeinde handelt, die alle erdenkbaren Formen von Verbrechen gegen die eigene Bevölkerung zu verantworten haben. Weil es ihrer Macht diene, seien sie nach der Intervention 2001 zu „Wende-Demokraten“ (RAWA-Erklärung, 08.03.2002) geworden. Mit ihrer Erklärung von Mitte November 2001 reagiert RAWA auf die Einnahme von Kabul durch die Nordallianz-Milizen. „Das afghanische Volk akzeptiert keine Dominanz der Northern Alliance!“ (RAWA-Erklärung, 13.11.2001) Mit diesen Worten überschreiben die Frauen die Erklärung, die kurz vor den Verhandlungen zur Bildung der Übergangsregierung erscheint.

„Die Welt sollte begreifen, dass sich die Northern Alliance [NA] aus einigen Banden zusammensetzt, die, während sie von 1992 bis 1996 Afghanistan regierten, ihr wahres, kriminelles und unmenschliches Gesicht gezeigt haben [...] Obgleich die NA gelernt haben, gegenüber dem Westen als ‚demokratisch‘ zu posieren, und sich sogar als Befürworter von Frauenrechten darstellen, haben sie sich keineswegs geändert, genausowenig, wie ein Leopard die Flecken auf seinem Fell verändern kann.“ (Ebd.²¹)

RAWA wendet sich mit dieser Erklärung „an die UN und die Weltgemeinschaft“ (ebd.). Sie fordern diese auf, ihre Anerkennung für die islamische Regierung unter Vorsitz von Burhanuddin Rabbani, die aus der Zeit von 1992-1996 fortbesteht, zurückzuziehen. Die UN solle „bei der Etablierung einer auf breiter Basis stehenden Regierung mit demokratischen Grundwerten helfen“ (ebd.). Weniger als einen Monat später, anlässlich des internationalen Tages der Menschenrechte, stellt RAWA im Rahmen einer ausführlichen Stellungnahme zur politische Lage fest, „dass die UN es unglücklicherweise [...] verfehlt haben, unserem Volk dabei zu helfen, die verrotteten Reste der Höllenhunde der ‚Nord-Allianz‘ loszuwerden“ (RAWA-Erklärung, 10.12.2001). Inzwischen war die Übergangsregierung mit einer Dominanz der Führer der Nordallianz gebildet worden. Mehr als die Hälfte der Ministerien wurde Vertretern der Nordallianz zugesprochen, sie konnten ihre Waffen behalten und verfügten seither über viel Geld und Macht.

RAWA mitten in der internationalen Öffentlichkeit

Tahmeena Faryal, die Ende Oktober 2001 bei der Anhörung des Unterausschusses des US House of Representatives ausgesagt hatte, fand unerwartet viele Zuhörer*innen während ihrer Veranstaltungsreise in den USA.

„[A] few months ago her organization [RAWA] was relatively unknown outside activist circles. [...] As it did with so many other things, Sept. 11 changed that. Now Faryal – a pseudonym she uses as a safety precaution – is a big draw on college campuses across the United States, where eager crowds gather to hear what a women’s rights activist from Afghanistan has to say.“ (Kalson, 05.12.2001)

Ähnlich populär war in dieser Phase die RAWA-Vertreterin Shala, die sich im November 2001 in Deutschland aufhielt. Im Herbst 2001 zeigten sich nicht nur Studierende, Medien und ein Gremium der US-Regierung interessiert, sich an der Seite von RAWA zu zeigen. Unter anderem besuchte eine Delegation von 25 Abgeordneten des

21 Im Original fehlende Umlaute (z.B. ae statt ä) wurden hier und in weiteren Zitierungen durch Umlaute ersetzt.

Europäischen Parlaments RAWA in den pakistanischen Flüchtlingslagern (vgl. Brodsky 2003). Vertreter der Grünen Partei der USA bezogen sich auf RAWA als eine Hoffnung für Frieden in Afghanistan (Common Dreams News Center, 25.10.2001). Die Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen der SPD setzte sich für RAWA ein. Die Friedensinitiative Nottuln entwickelte die „Zivile Allianz gegen den Terror“, die sich an der Seite von RAWA sah und der sich Politiker*innen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen anschlossen. Der schwedische Schriftsteller Hennig Mankell stiftete ein Honorar und katholische Pfadfinder haben Waffeln für RAWA gebacken als das Magazin Stern eine Spendenkampagne initiierte (vgl. Franz, 04.12.2001). Eine prominent besetzte Weihnachts-Benefiz-Gala für RAWA wurde von der Sängerin Nina Hagen gemeinsam mit der Bundesvorsitzenden der Grünen, Claudia Roth, am 20.12.2001 im Tempodrom in Berlin organisiert (vgl. Netzzeitung, 19.12.2001). Zahlreiche bekannte Künstler und Persönlichkeiten beteiligten sich direkt oder stifteten persönliche Dinge für den anschließenden Verkauf (vgl. Franz, 04.12.2001; Die Welt, 20.12.2001).

In dieser Zeit bekam RAWA auch zahlreiche Auszeichnungen überreicht. RAWA hat am 6. Oktober 2001 den Emma Humphries Memorial Prize in London, der Engagement gegen Gewalt gegen Frauen auszeichnet, mit der Bemerkung erhalten, dass gerade angesichts der gegenwärtigen internationalen Lage die Arbeit von RAWA wahrgenommen werden sollte. Am Tag darauf wurde der US-Kriegszug begonnen. Ende Oktober erhielt RAWA eine der „Women of the Year“-Auszeichnungen des Glamour Magazin in New York, im November 2001 den ZDF-Mona-Lisa-Preis „ML Frau(en) des Jahres“ in Berlin sowie eine Ehren-Auszeichnung von der Stadt San Francisco. Im Dezember 2001 bekam RAWA den Asian Human Rights Award in Tokio sowie den Isimbardi Award der Provinz Milano, Italien. Bereits im April 2001 hatte RAWA in Washington D. C. den SAIS-Novartis International Journalism Award für die Mitarbeit an dem Dokumentarfilm „Beneath the Veil“ über das Leben unter der Taliban-Herrschaft erhalten (vgl. RAWA Website: Awards).

RAWA nutzte die Gelegenheiten für öffentliche Auftritte und Medienberichte geschickt. „In den USA avancierte eine schon vor dem 11. September zu einer kleinen Fundraising-Tour eingereiste junge Rawa-Aktivistin regelrecht zum Medienstar.“ (Schlangenwerth, 03.12.2001) Sahar Saba von RAWA, die für einen ZDF-Beitrag interviewt wurde, sagte zu der Aufmerksamkeit, die ihnen erst nach den Terroranschlägen in den USA entgegen gebracht wurde: „Immerhin ist jetzt die Gelegenheit gut, den Frauen unseres Landes Gehör zu verschaffen, der Welt und unseren Feinden zu zeigen, dass wir Widerstand leisten und für unsere Rechte kämpfen können.“ (Thurau, 30.09.2001) In einem Spiegelartikel wird neben den Organisationen Terre des Femmes – Menschenrechte für die Frau e. V. und UNIFEM (Entwicklungsfonds der Vereinten Nationen für Frauen) auch RAWA zitiert in Bezug auf die Forderung nach der Beteiligung von Frauen an der zukünftigen demokratischen Regierung.

RAWA wurde zudem mit ihren deutlich umfangreicheren Zielen dargestellt: Alle ethnischen Gruppen und Religionen müssten an der Übergangsregierung beteiligt sein und die „hungrigen Wölfe“ der Nordallianz dürften in keinem Fall weiter gestärkt werden (vgl. Ströbele, 06.11.2001). In vielen Beiträgen schaffte es RAWA, ihre Argumente, die sich nicht nur gegen die Taliban, sondern auch gegen Nordallianz-Vertreter wie Burhanuddin Rabbani richteten, deutlich einzubringen. Es gelang RAWA auch beispielsweise, Äußerungen des Nordallianz-Vertreters Younis Qanooni, den nun Innenminister Afghanistans war, zu entlarven, der beteuerte, dass die Erneuerung der Rechte der Frauen eines seiner Ziele sei (vgl. Tiscali, 26.11.2001).

An vielen Stellen wurde auf die Internetpräsenz von RAWA hingewiesen und zu Spenden für die Organisation aufgerufen wie beispielsweise im Stern Magazin (Heft 46/2001) und in der Berliner Zeitung (Schlangenwerth, 03.12.2001). Während RAWA zuvor durchschnittlich 50 bis 100 E-Mails pro Tag erhielt, steigerte sich das Aufkommen nach dem 11. September 2001 für einige Monate auf etwa 1000 E-Mails täglich (vgl. Brodsky 2009: 188).

RAWA ausgegrenzt aus der Übergangsregierung

Doch diese Phase internationaler Beachtung und Förderung war zeitlich sehr begrenzt. RAWA hatte eine klare politische Linie und ist davon nicht abgerückt, um als Partner der Interventionsmächte eingebunden zu werden. Spätestens beim Afghanistan-Gipfel zur Bildung der Übergangsregierung in Bonn (27.11.-05.12.2001) wurde deutlich, dass RAWA als Organisation zur Vertretung der afghanischen Bevölkerung, insbesondere der Frauen, nicht (mehr) akzeptabel war. Am 24. November wird in der Berichterstattung zur Verleihung des Mona-Lisa-Preises des ZDF an RAWA noch gesagt, dass die 27-jährige Shala von RAWA, die für die Entgegennahme des Preises bereits in Deutschland war, an der bevorstehenden Afghanistan-Konferenz teilnehmen werde (vgl. AP, 24.11.2001). Kurz vor Beginn des Treffens ging es nur noch darum, dass Frauen dabei sein sollten, wenn die afghanischen Ministerien verteilt werden. RAWA kommentierte: „Es gibt auch fundamentalistische Frauen.“ (Tiscali, 26.11.2001) Zu diesem Zeitpunkt hoffte RAWA noch, über die Delegation des Ex-Königs Sahir Shah an dem Gipfeltreffen beteiligt zu werden (vgl. ebd.). Erst am Tag des Beginns der Verhandlungen wurde dann endgültig klar: Keine Vertreterin von RAWA oder einer anderen unabhängigen Frauenorganisation konnte teilnehmen (vgl. Benard/Schlaffer 2001). „Dort waren wohl politisch gemäßigte Vertreterinnen gefragt.“ (Schlagenwerth, 03.12.2001) Shahala (Shala) von RAWA sagte dazu im Interview: „Der Name RAWA durfte in Bonn auf keiner Gästeliste auftauchen, dafür war der Druck der Fundamentalisten zu stark.“ (Pauli, 12.12.2001)

In der Tageszeitung Die Welt war zum Beginn des Bonner Afghanistan-Gipfels ein Artikel von Cheryl Benard und Edith Schlaffer erschienen, in dem diese beklagen,

dass die Stimme von RAWA und der afghanischen Frauen bei den Verhandlungen über die Zukunft des Landes fehlten. Sie hielten RAWA für fähig, Afghanistan zu regieren und aufzubauen, denn diese afghanische Organisation hätte mit ihrem jahrzehntelangen Kampf nicht nur den nötigen Mut gezeigt, sondern auch die Fähigkeit zur Errichtung von Infrastruktur, zur Organisierung sozialer Dienste und zur Durchführung von Selbsthilfe bewiesen (vgl. Benard/Schlaffer 2001). In der österreichischen Tageszeitung *Der Standard* wurde bereits Anfang Oktober 2001 ein Artikel über RAWA veröffentlicht, der eine Leserdiskussion auslöste über die Möglichkeit, die neue afghanische Regierung mit RAWA anstatt der Nordallianz oder dem König zu bilden (abgedruckt in Benard/Schlaffer 2002: 253-257). „Es wäre ein interessantes Experiment, mittels internationaler Unterstützung einer revolutionären Frauenorganisation die Macht zu übertragen.“ (Michael Kolzow, Leserbeitrag in *Der Standard*, zit. nach ebd.: 254)

„Wen kann die klassische Politik sich problemlos als neue Regierung Afghanistans vorstellen? Eine Kriegerallianz, die das Land schon einmal in den Ruin geführt hat, mit einer Vorgeschichte nachgewiesener, dokumentierter schlimmer Menschenrechtsverstöße, ohne Akzeptanz in der breiten Bevölkerung, einer aggressiven, ablehnenden Haltung zur Außenwelt und einer erwiesenen Unwilligkeit zu Demokratie. Und einen König, 87 Jahre alt, krank, der vor Jahrzehnten gestürzt wurde, zu Amtszeiten als unfähig und desinteressiert galt und seither im römischen Exil lebt. Diese zwei Kandidaten kann die westliche Diplomatie sich als Kandidaten vorstellen [...] [um] absichtlich und künstlich einen solchen Machthaber zu installieren. Fakt ist, dass weder die Nordallianz noch der König im Entferntesten davon hätten träumen können, Afghanistan aus eigener Kraft und Leistung zu regieren. [...] RAWA hatte so etwas Ähnliches wie eine funktionierende Exilregierung etabliert [...] Sie übten alle klassischen Funktionen einer Regierung aus. Sie hatten nicht Menschenrechtsverletzungen ausgeübt, sondern Menschenrechtspreise verliehen bekommen [...] Sie waren eine funktionierende politische Partei, von Männern wie Frauen in gleichem Maße anerkannt. [...] Warum können die ‚Macher‘ sich die Nordallianz und den König, so absurd sie beide sind, problemlos als Regierung vorstellen, und RAWA nicht?“ (Helmut Kirisits, Leserbeitrag in *Der Standard*, zit. nach Benard/Schlaffer 2002: 255-257)

Doch die Frauenorganisation RAWA, die willens und vorbereitet war, sich an den Verhandlungen für die Neugestaltung Afghanistans zu beteiligen, wurde ausgegrenzt. Für die angereiste Repräsentantin von RAWA blieben die Türen des Gipfeltreffens auf dem Petersberg in Bonn verschlossen.

Der Afghanistan-Gipfel in Bonn: Keine Grundlage für eine Demokratie

Bereits zum Zeitpunkt seiner Durchführung zeigte sich, dass auf dem Gipfeltreffen in Bonn keine Grundlagen für eine Demokratie gelegt wurden. In der Woche vor dem Gipfeltreffen hatten in Kabul Frauen dafür demonstriert, dass in Bonn Frauen (-rechtlerinnen) an der Zukunftsplanung Afghanistans beteiligt werden. Die Beteiligung von Frauen an Friedensprozessen ist mit der UN-Resolution 1325 verbindlich geregelt. Nichtsdestotrotz hatte der UN-Sonderbeauftragte Francesc Vendrell, der davon sprach, dass „jede Stimme [...] Gehör finden [werde]“ (Benard/Schlaffer 2001), alleinig mit einer Versammlung von ausschließlich Männern gesprochen. Vendrell handelte als Ausführender für Lakhdar Brahimi, der das Bonn-Treffen zusammenstellte. Daraufhin rief die Frauenrechtlerin Soraya Parlika zu einer Demonstration von Frauen zur UN auf, um dort eine Resolution zu überreichen. Die Versammlung auf einem zentralen Platz in Kabul wurde von Soldaten der provisorischen Machthaber der Nordallianz verboten und aufgelöst. Vendrell ließ es geschehen (vgl. Benard/Schlaffer 2001). „Vendrell unternahm keinen Versuch, sie zu treffen und die Petition anzunehmen.“ (Benard/Schlaffer 2002: 218)

Die Frauenrechtlerin Malalai Joya beschreibt das Gipfeltreffen folgendermaßen: „Ende 2001 flogen dann die westlichen Alliierten führende Exilafghanen, darunter viele berühmte Warlords, zu einer Konferenz auf den Petersberg bei Bonn [...]. Die meisten Afghanen glaubten inzwischen, dass damit eine neue Phase des Desasters begann.“ (Joya 2009: 75) Weiter betont sie die im Hintergrund steuernde Rolle der „neokonservative[n] Ikone“ (ebd.: 75) Zalmay Kahlilzad vom US State Department, der „hinter verschlossenen Türen [verhandelte], um einige brutale Warlords in Schlüsselpositionen in der neuen Regierung zu installieren“ (ebd.: 75-76).

„Der afghanischstämmige Khalilzad ist seit 1984 US-Bürger und war führender politischer Berater sowohl für die Reagan- als auch die Bush-Regierung. Er hatte die Interessen der Warlords gefördert, indem er die US-Regierung drängte, sie als Mudschaheddin zu unterstützen. In den Neunzigerjahren war er außerdem Berater von UNOCAL und setzte sich für den Gas-Pipeline-Deal mit den Taliban ein.“ (Ebd.: 75)

Wenige Tage nach den Beschlüssen des Bonner Gipfels für die Bildung der neuen Regierung erklärte RAWA, dass ihre Organisation nicht mit dieser Regierung zusammenarbeiten werde.

„Wir werden im Untergrund bleiben und darüber aufklären, wie diese Regierung zusammengesetzt ist. Drei der vier Gruppen sind Fundamentalisten – und die kennen wir gut. [...] Wenn diese Leute in Deutschland wären, säßen sie vor einem Gericht für Kriegsverbrecher, in Kabul

werden sie stattdessen mit Entwicklungshilfe aufgepäppelt.“ (Shala, RAWA, zit. n. Oestreich, 12.12.2001)

Nur eine weiterhin verdeckte Organisierung ermöglicht RAWA aufzuzeigen, für welche konkreten Verbrechen die neuen Amtsinhaber Verantwortung tragen. Die Kriegsverbrecher beim Namen zu nennen, ist lebensgefährlich. Gerade weil sie sich für Frauenrechte und Demokratie einsetzen, stellen die Frauen von RAWA ein rotes Tuch für die neue Regierung dar (vgl. Schahla, RAWA, 25.05.2002).

RAWA ist nicht korrumpierbar

Im Jahr 2001 hat RAWA in einem großen Umfang Spendengelder erhalten, sodass sie unter anderem ein Krankenhaus wiedereröffnen konnten. RAWA ist für ihre Arbeit, die unter anderem humanitäre und Bildungsprojekte sowie auch ihre Zeitung und weitere politische Aktivitäten umfasst, neben eigenen Einnahmen auch auf finanzielle Hilfe durch Spenden angewiesen. Doch RAWA macht deutlich, dass sie durch die finanzielle Unterstützung nicht politisch beeinflussbar sind: „We accept politically unconditional help. ... We don't want to be the tool of a government, person, organization, anyone.“ (Mushtari, RAWA, zit. nach Brodsky 2003: 161) Obwohl RAWA sehr viele humanitäre Projekte durchführt, bis hin zur Ausgabe von Grundnahrungsmitteln an Bedürftige, beschreiben sie sich selbst vor allem als politische Organisation. Obwohl die Projekte darunter leiden, machen sie finanzielle Unterstützung nicht von politischen Zugeständnissen abhängig.

„For example, if someone says we will support you with millions of dollars, but you must change your policy towards the Northern Alliance, or not expose the U.S. as a supporter of fundamentalists or soften your stance, we would not accept even if it were important to keep our work alive. [...] The first priority is maintaining the main goals and principles of RAWA because we can never put an end to the principles we have had for 25 years [at the time of interview; Brodsky] just for money... The other help we will refuse [...] we don't want to be misused by anyone.“ (Yalda, RAWA, zit. nach Brodsky 2003: 183)

Die politischen Umstände veränderten sich, doch für RAWA blieb diese Haltung konstant, was vor allem durch das Jahr 2001 nicht einfach war. Es wurde versucht, RAWA als politischen Partner im wahrsten Sinne des Wortes einzukaufen.

„You know, RAWA was promised Millions of Dollars just to not be committed to what they say. We were promised Millions of Dollars to not say against them by different organizations or even government. To not say anything against Ahmad Shah Massoud. But we say, no, we

cannot sell our wishes or hopes for our commitment with Dollars.“ (Friba, RAWA, Interview in Kabul, 18.05.2009)

Insbesondere wurde RAWA bedrängt, doch ihren Namen zu ändern und das Wort „revolutionär“ zu entfernen. Die einen redeten freundschaftlich „der Bewegung gut zu, sich doch eine andere Bezeichnung einfallen zu lassen“ (Benard/Schlaffer 2002: 15). Das Wort „revolutionär“ sei nicht mehr zeitgemäß und erschwere Bemühungen um Projektförderung bei „Botschaften, Regierungsbüros, auch internationale[n] Organisationen“ (ebd.: 14). „Partizipation“ oder „Zivilgesellschaft“ wurden als modernere Begriffe vorgeschlagen. Andere boten hohe Geldbeträge an, um RAWA zur Veränderung des Images zu bewegen. Der britische Premierminister Tony Blair hatte RAWA wissen lassen, dass er bereit wäre, sie zu unterstützen, wenn sie das Wort „revolutionär“ aus ihrem Namen streichen würden (vgl. Oestreich, 12.12.2001).

„We were promised with Dollars and Dollars if we take out the word ‚revolutionary‘ from the name. So, we will not sell! – our commitment or our hopes or wishes with Dollar. We say, o.k., if you don’t support us with what we say or what we are committed with – so, no problem. This is the point.“ (Friba, RAWA, Interview in Kabul, 18.05.2009)

Zu keinem Zeitpunkt hat RAWA Fördergelder beispielsweise von der UN für irgendeines ihrer Projekte erhalten, obwohl die UN schon lange weltweit die Gleichstellung von Frauen unterstützt (vgl. Giorgi 2009). RAWA verzichtet lieber auf große Geldgeber, als sich abhängig zu machen oder zu korrumpieren. Bereits Ende der 1990er Jahre hatte RAWA in einem Appell an internationale Unterstützer*innen deutlich gemacht, dass Spenden an ihre Organisation auch eine politische Aussage und Positionierung bedeuteten. Mit der Förderung von RAWA würden deren anti-fundamentalistischen Ziele und deren Projekte insbesondere für Frauen, die zu Flüchtlingen und Opfern des fundamentalistischen Terrors wurden, unterstützt. Der Appell „to all partisans of justice and human rights“ (RAWA-Appell, März 1998) fordert dazu auf, RAWA finanziell zu fördern, statt humanitäre Hilfe über vermeintlich unpolitische und religiöse Organisationen abzuwickeln. „Support for RAWA is homage to the overlooked, decimated, yet tenacious movement of secular pro-democracy forces in Afghanistan and shall be a concrete expression of solidarity with the movement of the most miserable, most tyrannized women in the today’s world.“ (Ebd.)

Die Arbeit der Mitglieder wird ohne Bezahlung durchgeführt. Wer kann, zahlt fünf Prozent des Einkommens an RAWA. Für Vollzeitaktive, die meist in RAWA-Gemeinschaften leben, wird der Lebensunterhalt übernommen. Es wird sehr stark auf eine einfache Lebensweise ohne jeden Komfort oder Verschwendung geachtet. Einkünfte entstehen durch das Handarbeitszentrum und andere Einkommen erwirtschaftende Betriebe von RAWA (u.a. Hühnerfarm, Teppichweberei). Weitere finanzielle Unterstützung erhält RAWA durch ihr internationales Unterstützer*innennetzwerk. Beispielsweise wurde das Malalai-Krankenhaus wiedereröffnet mit

Spendengeldern, die durch die US-amerikanische Organisation Afghan Women's Mission eingeworben wurden (vgl. Brodsky 2003). Auch in Deutschland wurde, wie bereits erwähnt, Ende 2001 durch prominente Künstler*innen Geld für das Krankenhaus gesammelt (vgl. Die Welt, 20.12.2001).

Durch ihre gesamte lange Geschichte – unter welchen Bedingungen auch immer – ist RAWA nicht von ihren politischen Zielen und ihrer Verbindung zu den einfachen Menschen, vor allem den Frauen, abgewichen. Mit der militärischen Intervention der USA und ihren Verbündeten im Jahr 2001 schien sich eine Tür zu öffnen: Plötzlich ging es den Verlautbarungen nach um Frauenrechte, um Demokratie, um Befreiung und gegen den Terror. Für diese Werte trat RAWA schon lange entschlossen ein. Es klingt zunächst im ersten Eindruck erfreut, als Zoya von RAWA sich dazu im Interview äußert: „In 2001, the U.S. and its allies occupied Afghanistan under the beautiful slogans of ‚war on terror‘, ‚women’s right‘, ‚liberation‘ and ‚democracy‘.“ (Zoya, RAWA, Interview mit Elsa Rassbach, AfterDowningStreet, 22.05.2009) Doch dann setzt sie fort: „But when they installed the brutal and criminal warlords after the fall of the Taliban, everyone knew that Afghanistan had once again become a chessboard for world powers.“ (Ebd.) Sie erklärt weiter: „We don’t want their so-called liberation and democracy.“ (Ebd.) Zoya verweist dabei auf die Geschichte von RAWA: Sie haben für Demokratie gekämpft, als das ein schweres Schimpfwort war und weiter an ihrem Kampf für Demokratie und Frauenrechte festgehalten, als jede*r diese Begriffe in den Mund nahm, aber nicht danach handelte.

In ihrer Selbstdarstellung erklärt RAWA, dass „[d]er USA-geführte ‚Krieg gegen den Terror‘ zwar im Oktober 2001 das Taliban-Regime [stürzte], jedoch nicht den religiösen Fundamentalismus – die hauptsächliche Ursache all unseren Elends“ (RAWA Website: About RAWA). Es sei nur ein fundamentalistisches Regime gegen ein anderes ausgetauscht worden, indem die Führer der Nordallianz und andere Warlords wieder an die Macht gebracht wurden. Diese seien „ebenso brutal und frauenfeindlich wie die Taliban“ (ebd.). RAWA hat zu keinem Zeitpunkt gezögert, die Kooperation mit den Nordallianz-Führern massiv zu kritisieren. Sie hätten an einer so entscheidenden Positionierung niemals Kompromisse gemacht. RAWA erklärt dies mit Eindeutigkeit: „Since RAWA has always had the courage to face the worst realities and fight them, RAWA will never distort or assuage the bitter facts.“ (RAWA-Erklärung, 02.10.2004) Damit schlugen sie auch die Gelegenheit aus, sich als die Vertretungsorganisation der von außen zu rettenden afghanischen Frauen und Opfer der Taliban an der Seite der Interventionsmächte einzurichten.

Unbequeme Partnerinnen

Weil die Aktivistinnen von RAWA nicht aufhörten, ihre Analysen zur Geschichte des Krieges und zur Gegenwart der neuen Eliten zu artikulieren, waren sie unbe-

queme Partnerinnen für die am Staatsaufbau beteiligten Akteure – für die internationalen, aber auch für die afghanischen Akteure der NGO-Neugründungen, die an den Aufbaugeldern teilhaben wollten. RAWA wurde zunehmend als extrem, als unwillig zur konstruktiven Mitarbeit oder als unbedeutend bezeichnet und damit immer stärker delegitimiert. Die ganz konkreten und zahlreichen Sicherheitsprobleme der Frauenrechtlerinnen, die nicht offen arbeiten konnten, wurden dabei nicht beachtet, sondern noch gegen sie benutzt.

„[Die Gruppe RAWA wird] mit großem Misstrauen beobachtet [...], weil sie, auch jetzt noch, verdeckt arbeitet.“ (Bauer 2002: 45) Die Studie von Antje Bauer für das Berghof Forschungszentrum für konstruktive Konfliktbearbeitung zum Thema *Handlungsspielräume und Hindernisse für die Beteiligung von Frauen am demokratischen Aufbau in Afghanistan* sammelt im Unterkapitel 4.3 zu RAWA vor allem Gerüchte über RAWA auf, statt deren Analysen und politische Arbeit darzustellen. RAWA falle unter einen „pauschalen Kommunismusvorbehalt“ (ebd.: 45), „Gerüchte kursieren, sie [die Gruppe RAWA] werde vom ISI, dem pakistanischen Geheimdienst, unterstützt“ (ebd.: 45), „[es] wurde der Verdacht geäußert, die Verdienste von RAWA beschränkten sich auf die Öffentlichkeitsarbeit“ (ebd.: 45), in den Waisenhäusern würden auch Kinder leben und unterrichtet, die noch Verwandte hätten.

Die Sicherheitsprobleme von RAWA sind sehr real und haben sich seit 2002 nicht verbessert. Im Juli 2014 teilte die RAWA-Repräsentantin Mehek einer Seminargruppe in Österreich mit: „When we work in the open, we will not survive a day.“ (Mehek, 10.07.2014) Mariam von RAWA erklärte auf einer Konferenz in Berlin („Auf dem Weg zu einem Afghanischen Frühling?“, 05.11.2015), dass „RAWA zu so etwas wie einer Marke geworden [ist]: Wer sich heute in Afghanistan lautstark gegen die Besatzung ausspricht, wird als RAWA-Anhänger*in gebrandmarkt.“ (Network Afghanistan/Bildungswerk Berlin 2016: 26) Auch Antje Bauer hatte in der Berghof-Studie (Bauer 2002) Hinweise bekommen, warum sie oft abgrenzenden Äußerungen zu RAWA erhalten hat:

„Mitarbeiterinnen afghanischer Frauen-NGOs in Pakistan waren auffällig zurückhaltend, wenn sie um ihre Meinung zu RAWA befragt wurden und sprachen häufig erst, wenn das Mikrofon ausgestellt war. Fast alle räumten ein, dass die RAWA-Frauen sehr mutig seien.“ (Ebd.: 45)

Ein weiteres Beispiel ist der erste Band der *Schriften zur Demokratieförderung unter Bedingungen fragiler Staatlichkeit* der Heinrich-Böll-Stiftung, der Afghanistan, nach eigenen Angaben unter Beachtung von Genderaspekten, behandelt (vgl. Heinrich-Böll-Stiftung 2006). Eine der Studien beschäftigte sich spezifisch mit Organisationen von Frauen. Dort ist in der Schlussfolgerung zu lesen:

„Die afghanischen Frauen stellen sich weiterhin tot und warten darauf, dass ihnen andere Sicherheit verleihen – oder sie ihnen nehmen. Sie haben nicht versucht [...] jene in die Pflicht zu nehmen, die für die Unsicherheit verantwortlich sind. Internationale feministische Gruppen [...] [konnten] die afghanischen Frauen nicht ermutigen [...], die Militarisierung und ihre unausweichlichen Folgen für die afghanische Gesellschaft zu thematisieren.“ (Moghaddam 2006a: 45)

Obwohl in der Studie eine Analyse der Frauenbewegung in Afghanistan gemacht wird, wird RAWA ausdrücklich – ein erstaunlich offensichtlicher Ausdruck überheblicher, eurozentrischer, epistemischer Gewalt – nicht einbezogen. „Die Organisation RAWA ist nicht Teil dieser Studie.“ (Ebd.: 38, Fußnote). Diese Aussage und die Begründung für den Ausschluss ist nur in einer Fußnote zu finden: RAWA sei ein „heikler Entwicklungspartner – man kann ihn nicht einschätzen“ (ebd.: 38, Fußnote), wird erklärt. Weiter heißt es: „RAWA in der Frauenbewegung zu verorten, ist ein schwieriges Unterfangen [...]“. (Ebd.: 38, Fußnote) Der Organisation wird zudem die erzwungene Klandestinität als „Vorliebe für spektakuläre Inszenierungen“ (ebd.) zum Vorwurf gemacht. Die englische Textversion ist an dieser Stelle noch deutlicher und spricht von „Possen der Geheimnistuerei“: „[T]he organisation’s penchant for ‘cloak and dagger’ antics makes it a difficult development partner to assess and have a transparent relationship with.“ (Moghaddam 2006b: 36, Fußnote) Die Autorin der Studie, Sippi Azerbaijani Moghaddam, kommt dann nach der Ignorierung von RAWA und auch von anderen aktiven Basisorganisationen und Einzelpersonen zu der seltsam anmutenden Schlussfolgerung, dass die Auswirkungen der Militarisierung der afghanischen Gesellschaft und die weitverbreitete Gewalt gegen Frauen von afghanischen Aktivistinnen nicht thematisiert werde.

Ganz konkret hatte RAWA, wie schon seit vielen Jahren, anlässlich des Internationalen Tags der Menschenrechte auch am 10. Dezember 2001, demnach fünf Tage nach den Beschlüssen des Bonner Afghanistan-Gipfels, eine Demonstration durchgeführt. Dieses Mal hatte die Demonstration, die in Islamabad, Pakistan, stattfand, die UN-Niederlassung zum Ziel. Die Frauen beklagten sich über das nicht repräsentative Treffen in Bonn und akzeptierten die Beschlüsse zur Regierungsbildung mit überwiegend Nordallianz-Vertretern nicht. „Das sind genau die Leute, die Demokratie und Wahlen als blasphemische, ketzerische Konzepte bezeichnet haben. (RAWA-Erklärung, 10.12.2001)

„[D]as Gerede von ‚Demokratie‘ und ‚Frauen- Rechten‘ kann ihre angeborene fundamentalistische, terroristische Natur nicht reinwaschen oder verbergen. ‚Wenn man die sanften, hochglanzpolierten Erscheinungen gewisser Jihadi-Führer im Fernsehen sieht‘, kommentiert eine noch in Trauer befindliche Mutter, von Jahren des Leides und der Qualen vorzeitig gealtert: ‚Ich sehe das Blut meines Sohnes auf den makellosen Anzügen und Krawatten dieser ‚Nord-Allianz-Führer.‘“ (ebd.)

Auch die zwei in Bonn vertretenen Frauen wurden als Vertreterinnen frauenfeindlicher Fraktionen (Hezbe Wahdat und Parcham) abgelehnt. Es wurde gefordert, dass die UN die für Verbrechen verantwortlichen Personen vor ein Internationales Strafgericht bringen sollte. Auch sollte anstatt der Nordallianz-Führer besser die afghanische Bevölkerung unterstützt werden. Diejenigen, die die eigene Bevölkerung massakriert haben, würden zur Führung des Landes gemacht. Es wurden Puppen von Rabbani, Dostum, Khalili, Mullah Omar, Hekmatyar and Sayyaf symbolisch gehängt (Nawaz, 11.12.2001; Gul, 10.12.2001; Dawn, 11.12.2001).

„The women protestors holding banners and placards in their hands inscribed upon with slogans ‚Afghan women demand their basic rights‘, ‚Stop victimization of women‘, ‚Let women to be the equal partner in nation building‘ chanted high voiced slogans while urging United Nations to play its role in providing justice to the females in Afghanistan.“ (Pakistan Observer, 11.12.2001)

Solche oder ähnliche Demonstration finden bis heute am 10. Dezember jeden Jahres statt. Seit 2007 demonstrieren an diesem Tag die Victims' Organizations in Kabul, um die Amtsenthebung und Strafverfolgung von Kriegsverbrechern der Nordallianz und aus allen anderen Phasen der Kriege zu fordern (siehe dazu im Kapitel zu SAAJS).

DEMASKIERUNG FUNDAMENTALISTISCHER VERBRECHER – EIN KAMPF SEIT ÜBER 30 JAHREN

Seit der Gründung steht RAWA für eine Politik gegen islamisch-fundamentalistische Orientierungen. Doch vor allem nach den Erfahrungen mit den islamisch-fundamentalistischen Mujaheddin-Organisationen ab April 1992 hat RAWA in den weiteren 1990er Jahren und insbesondere im Interventionsjahr 2001 und danach massive Kritik gegen deren Politik formuliert und vor diesen Parteien, ihren Führern und Unterstützer*innen gewarnt.

2012 schreibt RAWA in einer Erklärung zum Jahrestag des Einmarsches der Mujaheddin-Führer in Kabul: „The same people who once said democracy was equivalent to blasphemy and elections, parliament and women's rights were symbols of paganism were propagated by the west to be the innate heroes in the field of democracy.“ (RAWA-Erklärung, 27.04.2012) In einem neu gestalteten Erscheinungsbild mit Anzug und Krawatte wurden die damaligen Mujaheddin-Führer zum zweiten Mal mit Hilfe von westlichem Geld und westlichem Militärgerät zu Machtfiguren aufgebaut.

Auch die Frauenrechtlerin Malalai Joya beschreibt diese Täuschung nach außen:

„Die meisten Menschen im Westen haben die Meinung übernommen, dass Intoleranz, Brutalität und die grausame Unterdrückung der Frauen in Afghanistan mit dem Taliban-Regime begonnen haben. Aber das ist eine Lüge – noch mehr Sand, den die Warlords, die die US-gestützte, sogenannte demokratische Regierung Hamid Karzais dominieren, der Welt in die Augen streuen. In der Wirklichkeit wurden einige der schlimmsten Gräueltaten unserer jüngeren Vergangenheit während des Bürgerkriegs von den Männern begangen, die jetzt wieder an der Macht sind.“ (Joya 2009: 41)

Noch bevor die ersten Luftangriffe durch das US-Militär geflogen wurden, verteilte die Central Intelligence Agency (CIA) der USA zusammen mit den bereits in Nordafghanistan anwesenden US-Spezialeinheiten Millionen Dollar, Waffen und Satellitentelefone an die Kommandeure der Nordallianz – an dieselben Warlords, die Afghanistan zwischen 1992 und 1996 verwüstet hatten (vgl. ebd.: 73). Der Aufbau ehemaliger Jihadi-Machtkämpfer zur zukünftigen Staatselite durch die an der Intervention beteiligten Regierungen war in den ersten Monaten in Bezug auf die Parteien der „Nationalen Islamischen Vereinigten Front zur Rettung Afghanistans“, bekannt als Nordallianz, unübersehbar. Der US-geführte Kriegszug vom 7. Oktober bis 8. Dezember 2001 wurde gemeinsam mit den seit 1996 im Rückzugskampf gegen die Taliban-Milizen zur Nordallianz zusammengeschlossenen Jihadi-Führern und deren Milizen durchgeführt. Bei der Bildung der Übergangsregierung am 5. Dezember 2001 auf dem Petersberg in Bonn wurden bereits die Ministerien aufgeteilt. Mehr als die Hälfte der zu vergebenden Posten ging an Warlords der Nordallianz, nachdem diese sich über erste Vorschläge beschwert hatten und für ihre Rolle bei der Vertreibung der Taliban-Regierung den politischen Preis einforderten (vgl. Kolhatkar/Ingalls 2006): Mohammed Qasim Fahim wurde Verteidigungsminister, Abdullah Abdullah wurde Außenminister, Junus Ghanuni übernahm das Innenministerium, Mohammed Mahaqeq wurde Planungsminister, Abdul Qadir wurde Minister für Städtische Angelegenheiten, Mir Wais Saddiq, Sohn des einflussreichen Warlords Ismail Khan, wurde Arbeits- und Sozialminister. „In Bonn verhandelte Khalilzad [vom US State Department] hinter verschlossenen Türen, um einige brutale Warlords in Schlüsselpositionen in der neuen Regierung zu installieren.“ (Joya 2009:75) Amrullah Saleh, der ab 1997 das internationale Verbindungsbüro der Nordallianz in Dushanbe, Tadjikistan, leitete und damit unter anderem die Kontakte zu ausländischen Geheimdiensten koordinierte (vgl. BBC, 12.09.2008), nahm nach den Angriffen des 11. September 2001 an führenden Geheimdienstoperationen der Nordallianz an der Seite des CIA-Einsatzleiters Henry Crumpton zur Niederschlagung des Taliban-Regimes teil (vgl. CBSNews, 02.08.2010) und wurde 2004 zum Direktor des afghanischen Geheimdienstes ernannt (bis 2010). Auch der 2001 eingesetzte und von 2004 bis 2014 gewählte Präsident Hamid

Karzai stand der Nordallianz nahe. Zur Zeit der Herrschaft und Machtkämpfe der Mujaheddin-Gruppen war er Vize-Außenminister von 1992-1994.

RAWA beschreibt die Aufwertung der anti-demokratischen Jihadi-Führer mit verbrecherischer Vergangenheit mit diesen Worten: „Thanks to the military presence of the US and NATO, the Jehadi wolves have ministries, provinces, the parliament, senate and other positions to pillage our people and continue their mayhems and oppression in new ways.“ (RAWA-Erklärung, 27.04.2012) Die Führer islamistischer Organisationen werden als Söldner bezeichnet, ihnen seien bereits in der Zeit des Mujaheddin-Krieges gegen die sowjetische Besatzung die Taschen mit Millionen von Dollar gefüllt worden. Damals sei dies humanitäre Hilfe genannt worden (vgl. ebd.).

Zum Internationalen Tag der Menschenrechte am 10. Dezember 2002 richtete sich RAWA nicht erneut, wie im Jahr davor, an die UN, sondern an die Bevölkerung des Landes, denn diese selbst müsse gegen Fundamentalismus kämpfen, um Menschenrechte zu erreichen. Menschenrechte dürfen kein sinnentleertes Werkzeug in den falschen Händen werden.

„Wir sollten die Verletzung von Menschenrechten und demokratischen Rechten durch Verbrecher in unserer Regierung bloßstellen und wir sollten nicht zulassen, dass ‚Menschenrechte‘ ein Werkzeug in den Händen der Fundamentalisten werden, mit denen sie ihre makaberen, schmutzigen Gesichter reinigen und verschönern können.“ (RAWA-Erklärung, 10.12.2002)

Im Verlauf der weiteren Jahre wurden zunehmend Vertreter von außerhalb der Nordallianz an der Regierung beteiligt, beispielsweise ehemalige PDPA-Mitglieder. Seit der Wiederwahl Präsident Karzais 2009 hat dieser sich insbesondere mit Vertretern des legalen Flügels der Partei Hezbe Islami von Hekmatyar Gulbuddin umgeben (vgl. NBCNews, 23.06.2011). RAWA erklärte 2012 zu dieser Regierung der Einheit, die perspektivisch auch die Taliban einschließen soll: „Today the US and west are trying to broker reconciliation between the 28th and 27th April slaughterers and mercenary Taliban, and impose a united government of all traitors upon our people.“ (RAWA-Erklärung, 27.04.2012) Politiker zunächst auf ihre Verantwortung für Kriegs- und schwere Menschenrechtsverbrechen zu überprüfen und im gegebenen Fall von einflussreichen Ämtern auszuschließen – eine der am meisten unterstützten Forderungen der 2004 durchgeführten Bevölkerungsbefragung der Afghan Independent Human Rights Commission (vgl. AIHRC 2005) – wurde nicht praktiziert.

In einem seltenen Fall gab es kritische Anmerkungen auch auf internationaler Ebene durch westliche Diplomaten, nachdem die Neubesetzung eines Amtes nach der Wiederwahl Karzais 2009 bekannt wurde: Quasim Fahim wurde zum Stellvertreter Hamid Karzais ernannt. Fahim war offensichtlich nicht nur für die Tötung Hunderter seiner Gegner, unter anderem auf dem Kabuler Flughafen, während der bewaffneten Machtkämpfe um Kabul zwischen 1992 und 1996 be-

kannt. Auch seine gegenwärtige Rolle als Kopf einer kriminellen Struktur, die Ausländer entführt, Banken ausraubt, mit Waffen und Drogen handelt, war den Diplomaten kein Geheimnis. Auch der UN-Beauftragten für Afghanistan von 2008 bis 2010, Kai Eide, kritisierte die Besetzung des Vize-Präsidenten-Postens mit Fahim. RAWA empörte sich über die scheinheilige Kritik von Kai Eide, die eine Person heraus hebe und gleichzeitig die vielen anderen Politiker mit krimineller Vergangenheit (und Gegenwart) in zentralen Ämtern anerkenne. „The warlord-mafia regime of Karzai would not be uncontaminated with criminal Fahim flushed down the toilet! ... you ignore Karim Khalili, Ahmad Zia Massud, Rabbani, Qanooni, Abdullah, Sayyaf, Dostum, Mohaqiq, and other treacherous bands and storm against one of their parallels“, lautete der ausführliche Titel der Erklärung von RAWA dazu (RAWA-Erklärung, 13.05.2009). RAWA fragt:

„Has the world really ended and has a doomsday arrived that a puppet like Karzai has chosen a world-known corrupt and notorious criminal as his vice-president? Has this wild animal from another planet suddenly landed on earth that all the Western diplomats especially Mr. Kai Eide doesn't know him before?“ (Ebd.)

Wie oben erwähnt, war Fahim bereits von Ende 2001 bis 2004 Verteidigungsminister der Übergangsregierung und diente in dieser Zeit zudem bereits als einer von fünf Stellvertretern des Präsidenten. Ab 2006 kehrte er als Berater des Präsidenten zurück in die Regierung. RAWA stellt in ihrer Erklärung fest, dass die kriminellen Aktivitäten Fahims den Diplomaten und internationalen Organisationen schon lange sehr genau bekannt waren. Dieselben westlichen Regierungen seien die Erschaffer seiner islamistischen Partei, Jamit-e Islami, zu deren Führer neben ihm selbst unter anderem Ahmad Shah Massud, Burhanuddin Rabbani, Abdullah Abdullah und Younis Qanooni zählen (vgl. ebd.). Es würde kaum etwas gesagt über seinen „Zwilling-Kriminellen“ (ebd.) Abdullah Abdullah, der Präsidentschaftskandidat war, und keine Bemerkung werde über den Sprecher des Parlaments, Qanooni, gemacht, der ihm so schändlich ähnlich sei. RAWA fragt, warum dutzende Drogenbarone und Gangster wie Fahim alle hohen Posten in Beschlag nehmen. Immer wieder listet RAWA die Namen auf. Die Frauen von RAWA erklären, dass es genauso beleidigend und qualvoll für die Menschen sei, wenn ein brutaler Rohling wie Amnullah Guzar zum Polizeichef von Kabul ernannt werde, wie Fahim als stellvertretenden Präsidenten auszuwählen (vgl. ebd.). RAWA entwirft auch ein utopisches Bild davon, wie es anders hätte laufen können:

„Mr. Kai Eide, maybe our people would consider you a friend if you would have declared to United Nations: ‚I am not willing to serve a government whose head, with unparalleled shamelessness has appointed traitors like Ismail, Anwar Jagdalak, Sarwar Danish, Khudaidad, Sabaoon, Farooq Wardak, Ismael Khan, Jabbar Sabit, Abdul Salam Azimi, Dr. Amin Fatimi,

Amir Sangeen, Hanif Atmar, Karim Khuram and other terrorist Jehadi mafias and Khalqis and Parchamis on high positions; I am not eager to work with a government whose ministers, governors, ambassadors and generals are directly or indirectly connected to murderous bands, busy sucking blood and committing treachery against miserable and pained people of Afghanistan and each cell and fiber of their bodies stink with embezzlement and debauchery; I consider working with a government who publicly defend the rapists and enforcing of anti-women laws, as treason to the most grieved people on earth. ““ (RAWA-Erklärung, 13.05.2009)

Es ist wichtig, die Namen anzugeben, denn damit wird die Kultur der Straflosigkeit untergraben. In Afghanistan ist es heute ein Tabu, die Verbrecher der vergangenen Kriegsjahrzehnte beim Namen zu nennen. „Einen Warlord beim Namen zu nennen, wird mit Schwierigkeiten bis hin zu Todesdrohungen quittiert. Viele Journalisten erzählen von lebensnotwendiger Selbstzensur.“ (Joya 2009: 210) Die Frauenorganisation RAWA, die seit ihrer Gründungszeit auf klandestine Organisation angewiesen war, kann auch im Afghanistan nach der Intervention 2001 nicht offen arbeiten. Die Untergrundorganisation macht vieles sehr viel schwerer oder unmöglich. Doch in ihren politischen Stellungnahmen können sie genau das ausdrücken, was zu sagen ihnen wichtig ist – ohne mögliche repressive Folgen einzubeziehen. Gegen eine andere Organisation, die Solidaritätspartei Afghanistan, die die Namen von Kriegsverbrechern offen ausgesprochen und Strafermittlungen gefordert hat, wurde beispielsweise ein Verbotsverfahren eingeleitet. Auch die Anwendung physischer Gewalt zur Einschüchterung oder Bestrafung von zu direkten Äußerungen über die Verbrechen der Jehadis ist keine Seltenheit. RAWA zieht aufgrund der Radikalität ihrer Analysen und der konsequenten Bezugnahme auf Frauenrechte, zumal als eigenständige Frauenorganisation, den Hass der islamischen Fundamentalisten auf sich. Die Mitglieder von RAWA sind aufgrund ihrer Vorsichtsmaßnahmen jedoch nicht physisch greifbar.

Zu den Präsidentschaftswahlen 2009 hatte RAWA für zehn der Kandidaten begründet, warum diesen nicht erlaubt sein dürfe, ein Staatsamt zu übernehmen (vgl. RAWA-Erklärung, 29.06.2009). Die beschriebenen Gründe decken ein weites Spektrum ab: Beteiligung an der Ermordung und Vergewaltigung der Bevölkerung in der Jihadi-Zeit 1992-1996, Tätigkeit als Kommandeur der Taliban-regierung einschließlich dem Auspeitschen von Frauen und der Kontrolle der Bärte von Männern, aktuelle Mordverbrechen, Tätigkeit für die CIA, terroristische Aktivitäten an der Seite von Gulbuddin Hekmatyar und Mord an Intellektuellen und Freiheitskämpfern unter der Khalq/Parcham Regierung. Auch der von 2001 bis 2014 amtierende Präsident Hamid Karzai wurde zurückgewiesen, unter anderem, weil dieser immer wieder Fundamentalisten privilegiert hatte und weil er mit zwei kriminellen fundamentalistischen Führern, Fahim und Khalili, als Vizepräsidenten kandidierte (vgl. ebd.). Die Independent Election Commission of Afghanistan wird von RAWA kritisiert, nicht neutral und unabhängig zu sein, da

sie Kandidaten zur Wahl zulässt, die Morde und andere Verbrechen begangen haben (vgl. RAWA-Erklärung, 13.05.2009). Nach der Einschätzung von RAWA wäre der angemessene Platz dieser Kandidaten hinter Gittern und nicht im Präsidentenpalast: „If the decision would be in the hands of Afghan people, instead of creating ‚Election Commission‘ they would create ‚Commission for investigating the crimes of the last 30 years‘ and record their names in that list.“ (RAWA-Erklärung, 29.06.2009)

Die Erklärungen von RAWA zu den Wahlkandidaten entsprechen in etwa dem, was einige Jahre zuvor von Human Rights Watch (HRW) als einzuführendes Beschwerdeverfahren empfohlen worden war. Diese Empfehlungen an die afghanische Regierung wurden im Zusammenhang mit einer eigenen Studie zu vergangenen Gewalttaten gemacht (vgl. Human Rights Watch 2005). HRW schlägt vor, dass die Wahlkommission (Independent Election Commission of Afghanistan) öffentliche Anhörungen durchführt, auch auf regionaler Ebene, bei denen Beschuldigungen in Bezug auf schwere Menschenrechtsverbrechen, Verletzungen des Humanitären Völkerrechts, Verbrechen gegen die Menschlichkeit wie auch Verstöße gegen das Wahlgesetz vorgebracht werden können. Ein öffentlicher Bericht mit den vorgebrachten Beweisen sollte für strafrechtliche Ermittlungen an die Staatsanwaltschaft weitergeleitet werden. Für die gerichtliche Verfolgung wurde ein Sondergericht empfohlen, das aufgrund der Gefahr politischer Manipulation durch die äußerst machtvollen Angeklagten mit einer Mehrheit von internationalen Richtern und internationalen Anklägern besetzt sein müsse. HRW hatte 2005 auch der Regierung nahegelegt, keine Amnestie oder andere Immunitäten zuzulassen für Personen, die in Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit oder andere schwere Verletzungen des Humanitären Völkerrechts verwickelt sind (vgl. ebd.). Als RAWA zu den Wahlen im Jahr 2009 ihre Beschuldigungen vorbrachte, war eine Generalamnestie trotz internationaler Proteste und Karzais Versprechen, das Gesetz nicht zu unterzeichnen, bereits kurz danach gesetzlich wirksam.

DAS MILITÄR BRINGT KEINE LÖSUNG

In den ersten Monaten nach dem Machtwechsel 2001 sah RAWA in UN-geführten militärischen Truppen zum Friedenserhalt (Peacekeeping) die Möglichkeit zur notwendigen Entwaffnung bestehender, berüchtigter Milizen und zum Schutz vor willkürlicher Gewaltausübung.

RAWA forderte in einem „Appell an die UN und der Weltgemeinschaft“ (RAWA-Erklärung, 13.11.2001), unter anderem, dass friedenserhaltenden Blauhelm-Soldaten eingesetzt werden, vor allem zum Schutz vor der Wiederholung brutaler Taten gegen die Bevölkerung durch die erneute Regierungsmacht der Führer der

Nordallianz. Noch am Tag der militärischen Einnahme der Hauptstadt durch die Einheiten der Nordallianz erklärte RAWA: „Wir möchten die UN ausdrücklich darum bitten, ihre wirksamen Friedenstruppen ins Land zu entsenden, bevor die NA [Nordallianz-Banden] die unvergesslichen Verbrechen wiederholen können, die sie während der oben erwähnten Jahre [1992-1996] begangen haben.“ (Ebd.)

Diese Befürwortung einer bestimmten Form von internationaler Militärpräsenz wurde von Beginn an mit Skepsis formuliert und später korrigiert. „Das heißt aber noch lange nicht, dass wir der UNO vollkommen vertrauen. Wir haben die westlichen Staaten schon lange vor dem 11. September immer wieder vor den Fundamentalisten gewarnt, ohne Erfolg.“ (Shahala, RAWA, in Pauli, 12.12.2001)

Der ISAF-Einsatz – International Security Assistance Force zur Sicherung der afghanischen Übergangsregierung und der UN-Mitarbeiter*innen – war zu keinem Zeitpunkt ein Peacekeeping-Einsatz, wurde jedoch häufig von außen als solcher charakterisiert. Die Nordallianz wehrte sich gegen eine Kontrolle durch internationale militärische Einheiten, sie wollten die alleinige militärische Macht im Land sein. Die anfängliche Reduzierung des Einsatzgebietes von ISAF auf die – ohnehin relativ sichere – Hauptstadt Kabul und deren nähere Umgebung und das zu Beginn äußerst geringe Kontingent von 5000 Soldat*innen war ein Ergebnis dieser Gegenwehr (vgl. Kolhatkar/Ingalls 2006: 98). Erst ab 2003 wurde ISAF schrittweise bis 2006 auf das ganze Land ausgeweitet und veränderte damit auch seine Aufgaben hin zur Aufstandsbekämpfung.

Damit blieben circa zwei Jahre Zeit, in der die verschiedenen Warlords mit ihren privaten Milizen ihre jeweiligen Machtbereiche etablierten bzw. sich in Machtrivalitäten gewaltsam darum stritten. Ismail Khan beispielsweise beherrschte nun wieder Herat und die Provinz Farah, nahm willkürliche und politische Verhaftungen vor, folterte, bedrohte Journalisten mit dem Tod oder verhaftete sie und erzeugte bewusst Angst in der Bevölkerung, um damit Gehorsam und Ergebenheit zu erreichen (vgl. Kolhatkar/Ingalls 2006). Vor allem Frauen wurden massiv eingeschüchtert und mit Taliban-ähnlichen Vorgaben reglementiert: Frauen sollten möglichst im Haus bleiben, sie mussten den ganzen Körper verhüllen, durften ohne Begleitung keine Taxis benutzen und nicht mit Männern reden. Ihre Arbeitsmöglichkeiten wurden stark eingeschränkt. Eine Religionspolizei und eine Jugendpolizei kontrollierte die Einhaltung der Regeln und zwang junge Frauen zu gynäkologischen Untersuchungen, um festzustellen, ob sie Geschlechtsverkehr hatten. Khan hatte den Posten des Gouverneurs von Herat bei der Regierungsbildung erhalten und weitete sein Einflussgebiet insbesondere auf den wichtigen Handelsweg nach Iran aus. Seine durch ihn allein verwalteten Zolleinnahmen betrugen 100 Millionen US Dollar im Jahr und damit eine Summe, die mehr als ein Fünftel des damaligen Staatshaushalts von Afghanistan umfasste (vgl. ebd.: 109). Khan verfügte 2002 über schätzungsweise 30.000 private Milizionäre – doppelt so viele wie die Afghan National Army zu dieser Zeit (vgl. ebd.: 105).

Ismail Khan war keine Ausnahme. Der Kommandeur Abdul Rashid Dostum, der sich Ende 2001/Anfang 2002 mit der Tötung von Tausenden Taliban-Gefangenen durch Erstickung in Containern und Massenhinrichtungen hervorgetan hatte, kontrolliert/e die Provinzen im zentralen Norden. General Mohammed Daud übernahm die Kontrolle des Nordostens und der Kommandeur Gul Agha Sherzai beherrschte die südlichen Provinzen, einschließlich Kandahar, bis er dieses Einflussgebiet an Yusuf Pashtun weitergab im Tausch gegen einen Posten in der Zentralregierung (vgl. Kolhatkar/Ingalls 2006: 105). Um wirtschaftliche Macht zu erhalten, wandten sich sowohl die Warlords der Zentralregierung wie die örtlichen Kommandeure dem Diebstahl von Land (vgl. Gall, 21.10.2003) und dessen Kontrolle, Diebstahl von Steuern und Zöllen bzw. Einnahmen an beliebig errichteten Kontrollstellen, Diebstahl humanitärer Hilfsgüter und Drogenhandel zu (vgl. Kolhatkar/Ingalls 2006: 108). Auf humanitäre Lieferungen wurden illegale Wegezölle erhoben oder die Hilfsgüter wurden durch die Warlords gestohlen. Im Winter 2001/02 etwa erreichten dringend benötigte Hilfslieferungen, die nach dem Sturz der Taliban ins Land kamen, nicht die Bedürftigen, weil sie gestohlen wurden (vgl. ebd.). Es mussten mit den Warlords Kommissionen von 10-15 Prozent vereinbart werden, damit Hilfsgüter verteilt wurden – an diejenigen, die versprochen, den örtlichen Warlord zu unterstützen.

Das US-Militär war nach eigenen Angaben in beinahe jeder der privaten afghanischen Armeen US-Spezialeinheiten involviert (vgl. Rumsfeld, 08.05.2002). Es löste bereits 2002 Unverständnis und Unzufriedenheit der einfachen Bevölkerung aus, weil die US-Soldaten dabei waren und zusahen, wenn tödliche Schlachten zwischen verschiedenen Warlord-Milizen stattfanden. Ein Mann, der dabei seinen Bruder verlor, klagte: „The Americans talk about the Taliban and al-Qa’eda. What is al-Qa’eda to me? This is my home, my children, my land and it is all in danger because of these fighters [the Northern Alliance] who are with the Americans.“ (Zit. nach Kolhatkar/Ingalls 2006: 108)

Als Präsident Hamid Karzai im April 2002 ein Gebiet Afghanistans besuchte, das von einem Erdbeben betroffen war, stellte er fest, dass selbst dort die Hauptforderung der Menschen nicht Hilfsgüter, sondern Sicherheit und Frieden war (vgl. AFP, 22. April 2002). Am 10. Dezember 2002, zum Internationalen Tag der Menschenrechte, erklärte RAWA, warum die Organisation es falsch findet, wenn in den USA und dem Westen von einem Krieg gegen den Terrorismus geredet und dieser Einsatz als relativer Erfolg gewertet wird:

„Nun, nahezu tägliche Terroraktionen, die Ermordung von zwei Ministern, ein Attentat auf Karzai, die Fortsetzung von Übergriffen und Raub, die Streitigkeiten zwischen den Warlords und der Stillstand des Aufbauprozesses widersprechen dieser Einschätzung. Sie sollten wissen, dass der Terrorismus der Al-Quaida und ihrer Brut, ob in Afghanistan oder anderswo, nicht beseitigt werden kann, ohne die Unterstützung fundamentalistischer Regierungen und Gruppen in

allen Winkeln der Welt zu unterbinden und stattdessen die demokratischen Kräfte zu unterstützen. Und als ersten Schritt dahin sollten sie die Unterstützung der Jehadi Verbrecher beenden. [...] Die Erfahrung der letzten 23 Jahre hat gezeigt, dass die USA und der Westen sich in ihrer Herangehensweise und ihrer Stellung zu den Menschenrechten hauptsächlich von ihren eigenen politischen Interessen leiten lassen. Die Wiedereinsetzung religiös motivierter Verbrecher in Afghanistan nach dem Terroranschlag des 11. Septembers ist ein kristallklares Beispiel für die Achtlosigkeit und Ignoranz des Westens hinsichtlich Menschenrechte, Frauenrechte und Demokratie in unserem Land. Wie können sie hoffen, dass solch verdorbene Elemente ‚menschlich‘ und ‚zivilisiert‘ werden?“ (RAWA-Erklärung, 10.12.2002)

Insgesamt betont RAWA immer wieder die negativen Folgen der Wiedereinsetzung fundamentalistischer Führer, die bereits in der Vergangenheit schwerste Menschenrechtsverbrechen gegen die eigene Bevölkerung begangen hatten und damit auch nach 2001 nicht aufhörten. Die fortwährende Unterstützung dieser Personen wird von RAWA als der Kern des Problems betrachtet. RAWA äußerte sich in den ersten Jahren nach der militärischen Intervention 2001 selten mit direktem Bezug auf die internationale Militärpräsenz. Doch dann bekundet RAWA zunehmend, dass das Militär keine Lösung bringt (vgl. Friiba, RAWA, Interview in Kabul, 18.05.2009).

Bereits 2002 und 2003 fanden in Afghanistan die ersten Demonstrationen gegen die Anwesenheit der US-Truppen statt. Am 06. Mai 2003 demonstrierten 300 Personen, einschließlich Regierungsangestellte und Studierende, in Kabul, um gegen die zunehmende Unsicherheit wie auch gegen den langsamen Wiederaufbau und die verzögerte Bezahlung staatlicher Gehälter zu protestieren (vgl. Reuters, 06.05.2003). Ein Slogan der Demonstrierenden war „We don’t want the Brits and the Americans! We want security. [...] [W]e want them out!“ (ebd.).

Demonstrationen durchzuführen war zu dieser Zeit lebensgefährlich, weil die Polizei sich vor allem aus den Milizen der Nordallianz-Führer zusammensetzte, die in solchen Protestformen gleich Feindschaft vermuteten, die nicht geduldet werden durfte. Als im November 2002 Studenten protestierten, um ihren Hinweisen an die Verwaltung Nachdruck zu verleihen, weil ihnen Nahrung, Elektrizität und trotz bevorstehendem Winter auch Fensterscheiben im Wohnheim fehlten, wurden der Medizinstudent Abdul Ghaffar und der Jura-Student Abdul Rahim erschossen sowie viele weitere schwer verletzt. Bereits Verwundete und Festgenommene wurden weiter brutal geschlagen. Die Protestierenden wurden zur Legitimation dieser Gewalt als Pro-Al-Quaeda bezeichnet. Der Vater des getöteten Rahim, Qazi Abdul Hakim, sagte wütend:

„That boy was my light, and now he is gone. I sent him to Kabul to study, and instead he was killed. Not by the communists or the Taliban, but by the police of a democracy. My son was a good Muslim from an educated family. They killed him, and then they announced he was al Qaeda.“ (Hakim, zit. nach Washington Post, 24.11.2002)

„Al-Queda ist solch eine leichte und billige Entschuldigung geworden!“ (RAWA-Erklärung, 24.11.2002), empörte sich RAWA. Der Druck sei groß, sich einem der machtvollen politischen Führer bzw. politisch-militärischen Fraktionen zuzuordnen, die an den afghanischen Universitäten mit Gangs Kontrolle ausüben, so RAWA, die den Studierenden riet, eine Einheit zwischen Studierenden aus allen Provinzen zu bilden und sich die iranische Studentenbewegung zum Vorbild zu nehmen, die sich nicht verleiten lasse, sich an einflussreiche Personen oder Organisationen zu binden.

Als Anfang 2003 der Angriffskrieg der USA und einiger Verbündeter gegen den Irak kurz bevor stand, stellte sich RAWA in den Zusammenhang der weltweiten Antikriegsproteste und führte eine Demonstration in Pakistan durch. Eine Demonstration in Afghanistan wäre nicht möglich gewesen:

„Nach 25 Jahren Krieg hasst das afghanische Volk den Krieg mehr als die meisten anderen Nationen. Doch es kann sich in seinem Protest gegen den Krieg nicht mit den Stimmen von Millionen Kriegsgegnern in aller Welt verbinden, weil es von fundamentalistischen Diktatoren beherrscht wird.“ (RAWA-Erklärung, 24.02.2003)

Die Menschen in Afghanistan wüssten sehr gut, wie Begründungen zu verstehen sind, dass ein Krieg gegen den Terrorismus und im Namen der Demokratie geführt wird (vgl. ebd.). Die irakische Bevölkerung leide bis an die Grenzen unter den Verbrechen von Saddam Hussein, doch sie hätte die US-Regierung und ihre Verbündeten nie um eine militärische Intervention und um Rettung gebeten. „Die Abschaffung einer Regierung ist das Vorrecht des betreffenden Volkes in welchem Land auch immer. Ansonsten wird das Ergebnis auf lange Sicht weder stabil noch haltbar sein.“ (Ebd.)

Zunehmend deutlicher richtete RAWA ihre Kritik auch gegen die internationale Truppenpräsenz im eigenen Land, sowohl in Bezug auf die (vor allem US-)Anti-Terrorismus-Einheiten (OEF) als auch in Bezug auf die Internationale Sicherheitsunterstützungstruppe, ISAF. Die US-Truppen würden nur gegen diejenigen Gruppen kämpfen, die neben Afghanen auch US-Bürger umgebracht hätten. Demgegenüber würden weder ISAF noch die US-Truppen den Banden der Nordallianz Einhaltung gebieten, die keine US-Amerikaner, jedoch viele Afghanen getötet haben (vgl. RAWA-Erklärung, 02.10.2004). RAWA weist auf die hohe Zahl ziviler Opfer durch amerikanische Streitkräfte hin und darauf, dass das rücksichtslose Vorgehen den Zorn der Menschen schüre (vgl. RAWA-Erklärung, 28.04.2007). „[W]e witness that they are killing thousands of our innocent people under the name of ‚fighting terrorists‘ [...]“ (RAWA-Erklärung, 08.03.2008)

Auf einer Kundgebung in Barcelona, Spanien, am 15. März 2008, sagte eine Vertreterin von RAWA: „The ‚war on terror‘ is in fact a war against Afghan people. The US and NATO troops have committed many war crimes against

defenseless people. Thousands of innocent were killed while the destroyers and murderers were even further empowered.“ (RAWA Website: Tours)

RAWA vermutet zudem, dass die Taliban nicht ernsthaft durch das US-Militär bekämpft werden, sondern eher einen Anlass bieten, um die militärischen Aktivitäten und deren Ausweitung in immer weitere Gebiete zu rechtfertigen.

„The day to day expansion of the power of Taliban reflects the real nature of the ,war on terror‘ which has empowered the roots of fundamentalist terrorism more than ever. This is only a showcase to justify the long military presence of the US in our country and in the region. The result of this war has been such a huge failure that even political and military officials of the US and other countries have mentioned it very explicitly several times.“ (RAWA-Erklärung, 07.10.2008)

RAWA weist im Zusammenhang mit den seit 2010 offiziell geführten Versöhnungsverhandlungen mit den Taliban darauf hin, dass der US-Vizepräsident Joseph Robinette Biden bekannt gab: „Taliban are not our enemies.“ (RAWA-Erklärung, 08.03.2012) Biden hatte dies in einem Interview mit Newsweek bekundet, in dem er auch ausdrückte, wie wenig es der US-Regierung um die Bevölkerung in Afghanistan geht: „[I]f Afghanistan ceased and desisted from being a haven for people who do damage and have as a target the United States of America and their allies, that’s good enough.“ (Gelb, 19.12.2011) Während US-Militär die Taliban nicht ernsthaft bekämpft, sind von den Bombardierungen jedoch immer wieder Zivilisten betroffen sind:

„Instead of removing the cancerous lump of the Taliban and their Jehadi brothers from the framework of Afghanistan, the troops of the US and its allies are bombarding wedding and joy parties and showering bullets on our oppressed people, especially women and children. Furthermore, when such crimes are exposed they shamelessly and haughtily deny them, and when the matter is proved, an arrogant ,sorry‘ is offered, which pours more salt on the wounds of the people.“ (RAWA-Erklärung, 07.10.2008)

Die Anzahl getöteter Zivilisten hat mit jedem Jahr zugenommen, mindestens für die Jahre 2005 bis 2010 auch diejenigen, die durch Einsätze des US-Militärs und deren Verbündeter getötet wurden (vgl. Haid/Schürkes/Wagner 2011: 36). Als am 5. Mai 2009 ein Dorf im Bezirk Bala Baluk der Provinz Farah aus der Luft von US-Flugzeugen bombardiert wurde, starben mindestens 140 Zivilisten (164 nach Angaben des Studenten Hemayon Iam). 94 der Getöteten waren Mädchen unter 18 Jahren, die in einem Haus Schutz gesucht hatten vor den Kämpfen mit einer Taliban-Gruppe, die zum Zeitpunkt der Bombardierung bereits beendet waren (vgl. Straziuso/Faiez, 10.05.2009; AFP, 10.05.2009). Aufgrund der Verletzungen wurde zudem angenommen, dass Phosphor eingesetzt wurde (vgl. Malalai Joya, Interview in

Kabul, 20.05.2009). Als am nächsten Tag Dorfbewohner*innen 25 der nicht verschütteten Leichen zum Gouverneursbüro brachten, dort jedoch die Anzahl massiv herunter gespielt und zudem von getöteten Taliban geredet wurde, entstand aus Wut über die Lügen eine Protestdemonstration in der Stadt Farah. Der Landwirtschaftsstudent Hemayon Iam hatte 19 Angehörige durch die Luftbombardierung verloren und war aus Kabul angereist. Er erzählte mir eine gute Woche später, dass Dorfbewohner*innen auch nach dem Verschwinden der Taliban vom Militär gehindert wurden, ihre Häuser zu verlassen. Die Taliban waren schon weit entfernt als aus der Luft ihr Dorf bombardiert wurde.

„Während der Demonstration haben die Leute aus Farah gesagt, diejenigen die solche Kriegsverbrechen begehen, die amerikanischen Truppen und auch die, die als Marionetten mit diesen arbeiten, afghanische Marionetten, die müssen vor das internationale Strafgericht gebracht werden, ICC. Die Afghanen aus Farah sehen das als Kriegsverbrechen. Die Amerikaner haben so viel Hochtechnologie eingesetzt, wie kann es sein, dass sie nicht erkennen, ob dort Taliban sind oder nicht. Bei ihren Überwachungen können sie vier Inch Plätze erkennen, die Amerikaner haben so viel technische Möglichkeiten.“ (Hemayon Iam, Interview in Kabul, 20.05.2009, Übers. d. A.)

Obwohl Sicherheitskräfte auf diese erste Demonstration in der Stadt Farah geschossen und Menschen verletzt hatten, fand wenige Tage später eine weitere Demonstration von Studierenden in Kabul statt. Im Wohnheim redeten sie über ihre Trauer. Einige der Studierenden kamen aus der Provinz Farah, doch auch Student*innen aus anderen Provinzen wollten etwas tun. Kurzentschlossen führten sie die Demonstration gemeinsam durch und erklärten: Solange wie die USA mit ihren Truppen im Land bleibt und mit solchen „blinden Bombardierungen“ (Hemayon Iam, Interview in Kabul, 20.05.2009) fortfahren und Zivilisten töten, solange werden sie ihre Stimme erheben und mit solchen Demonstrationen weitermachen. Sie erklärten, die Türen der Universität zu schließen und auch nicht zur bevorstehenden Präsidentenwahl zu erscheinen. Weit mehr als 1000 Menschen nahmen an der Demonstration teil. Es sei nicht möglich, zu studieren und dort an der Universität die Politik draußen zu lassen, wie der Bildungsminister es verlange. In den Wohnheimen würden sie sich treffen und viel miteinander reden.

„Immer wieder denken die Student*innen darüber nach, wie Demokratie entstehen kann und Freiheit in diesem Land. Wir machen uns ständig Gedanken und Sorgen. [...] [W]ir gehören keiner politischen Organisation an. Als gebildete Leute und als junge Generation machen wir uns Sorgen um die Zukunft. [...] Aber es ist schwer [die Bildung fortzusetzen]. Wenn du Examen hast und du machst dir so viele Sorgen und du hast gerade Angehörige durch Bombardierungen verloren, wie kannst du deine Prüfungen machen. Wir leiden so viel. Ich habe

19 Angehörige verloren. Ich bin Opfer. Ob ich will oder nicht, ich muss es politisch nehmen. So viele Fragen entstehen [...]“ (Ebd.)

Hemayon Iam möchte seine Bildung fortsetzen, er braucht diese, sagt er. Dafür müsse er aber entspannt sein. „Wenn ich jetzt lesen will, ist es so viel schwieriger als zuvor. Seht, welch negativen Effekt es auf die Studierenden hat. Diejenigen, die sagen, die Studenten sollten nichts tun, liegen falsch. Sie sind nicht ehrlich. Für die Studenten war es [die Demonstration] eine starke Stimme voller Hoffnung.“ (Ebd.)

RAWA dokumentierte Berichte über die Bombardierung in Bala Baluk und deren Opfer sowie von der Demonstration der Studierenden auf ihrer Website und verfasste eine Erklärung, in der die Frauenorganisation nun von Besatzern spricht, die sie ablehne wie sie die Taliban und die Nordallianz ablehne. „The only way our people can escape the occupant forces and their obedient servants is to rise against them under the slogans of: ‚Neither the occupiers! Nor the bestial Taliban and the criminal Northern Alliance; long live a free and democratic Afghanistan!‘“ (RAWA-Erklärung, 07.05.2009). RAWA nimmt in der Erklärung Bezug auf die neue Strategie der Regierung von Barack Obama, der gerade die ersten 100 Tage im US-Präsidentenamt absolviert hatte. Die massive Aufstockung der US-Truppen bringe die Bevölkerung in eine größere Gefahrenzone, mit noch mehr Toten und Unterdrückung. Zoya von RAWA erklärte im Mai 2009, dass das internationale Militär die Situation in Afghanistan noch komplizierter mache, weil nicht nur die Warlords Millionen Dollarbeträge zugeschoben bekommen, sondern auch die Taliban und andere terroristische Gruppen immer stärker geworden sind. Die USA und die NATO seien nicht wirklich interessiert an Frieden und Stabilität in Afghanistan. Solange terroristische Gruppen aktiv sind, könnten sie ihre Dauerpräsenz in Afghanistan begründen. Die USA verfolgen geopolitische und ökonomische Interessen und möchten Afghanistan zu einer starken Militärbasis für die Region umwandeln (vgl. Zoya, Interview mit Elsa Rassbach, AfterDowningStreet, 22.05.2009).

Zoya, die im Komitee für Auswärtige Angelegenheiten von RAWA aktiv ist, vertritt auch die Forderung, dass die internationalen Truppen so schnell wie möglich abgezogen werden sollten. „If these troops do not withdraw, we are sure that the Afghan people will have no other option but to rise up against them [...] because occupation is not a solution.“ (Ebd.). Frauen könnten nicht ihre grundlegenden Rechte haben in einem Land, das nicht unabhängig ist „and whose people are captives in the chains of colonialism and despotism“ (RAWA-Erklärung, 08.03.2013). Der Abzug der Truppen könne ein erster Schritt sein, um Freiheit und Demokratie zu erreichen. Die afghanischen Menschen müssten sich selbst von den internen Feinden – der Nordallianz und den Taliban – befreien. Doch in der gegenwärtigen Situation würden die internen Feinde von den externen Feinden – den USA und der NATO – gedeckt und unterstützt.

„Instead of defeating Al-Qaeda, Taliban and Gulbuddini terrorists and disarming the Northern Alliance, the foreign troops are creating confusion among the people of the world. We believe that if these troops leave Afghanistan, our people will not feel a kind of vacuum but rather will become more free and come out of their current puzzlement and doubts. In such a situation, they will face the Taliban and Northern Alliance without their ‚national‘ mask, and rise to fight with these terrorist enemies. Neither the US nor any other power wants to release Afghan people from the fetters of the fundamentalists.“ (RAWA-Erklärung, 10.12.2007)

Weil es nicht im Interesse der USA liege, könnten sich nur die afghanischen Menschen selbst von ihren internen Feinden, den islamischen Fundamentalisten verschiedener Erscheinungsformen, befreien. „Afghanistan’s freedom can be achieved by Afghan people themselves. Relying on one enemy to defeat another is a wrong policy [...]“. (Ebd.) Auch Friba von RAWA machte im Interview deutlich, dass sie schon lange vom internationalen Militär nichts Positives mehr erwarte. Im Gegenteil würden sich mit der US-Besatzung die Verhältnisse immer weiter verschlechtern.

„This is true that military is not the solution at all. Because as experience showed the world and in Afghanistan beside this seven years we are not optimistic for the military in the country, because we haven’t seen any real change in the country since this US-occupation, the US and its allies occupation in the country. Things go worse day by day. The Taliban get much more strong in the countryside, even in Kabul. The kidnapper groups they get stronger day by day, [despite] the existence of the foreign troops in the country. We think that military is not the solution at all. We really want all the foreign troops to go out of the country.“ (Friba, RAWA, Interview in Kabul, 18.05.2009)

Friba legt dabei großen Wert darauf, dass es nicht allein um die Präsenz von Truppen geht, sondern dass das Problem insgesamt in der äußeren Einmischung durch andere Staaten und insbesondere in der Unterstützung der fundamentalistischen Organisationen liegt, die gestärkt werden. „But the point is that the US government and its allies and the neighbouring countries, like Pakistan, Iran and other neighborhood countries, they should stop their interfer in the country, they shouldn’t support of the Taliban [and others].“ (Ebd.)

Diese Unterstützung für die Taliban und für andere islamistische Organisationen hat eine Geschichte. Ohne diese Unterstützung von außen hätten diese Organisationen nicht viel Macht, denn im Land selbst haben sie keine starke Basis, so Friba:

„Who created the Taliban? This is the point. Who created all these fundamentalist parties? Again, the answer is very clear: Everybody knows, every Afghan child knows that these fundamentalist parties were created or supported by the United States government through the Pakistani government. So if the Taliban don’t have the support of any country, they will not get, why they get, how they can get the government? Because they don’t have the people with

them. You know, they are not back to the people. This is the point. If the foreign countries they stop, especially the neighborhood countries, they stop their interference in the country, so they don't support the Taliban, they don't support for the commanders ...“ (Friba, RAWA, Interview in Kabul, 18.05.2009)

Von Jahr zu Jahr hat in Afghanistan die Unzufriedenheit mit dem internationalen Militär und insbesondere mit dem US-Militär zugenommen. Als ich 2010 im Sommer in Afghanistan war, konnte ich beinahe jede Woche in der Zeitung von Protestdemonstrationen lesen, die anlässlich von zivilen Toten durch Luftbombardierungen oder andere Militäraktionen, dem gewaltsamen und respektlosen Eindringen in Privaträume bei nächtlichen Hausdurchsuchungen, Schändungen des Koran, Respektlosigkeit vor der Kultur und dem Islam oder tödlichen Verkehrsopferten durch US-Botschaftsfahrzeuge stattfanden. RAWA legt großen Wert darauf, dass der Protest gegen Besatzungskräfte verbunden wird mit dem Protest gegen die Taliban und die Nordallianz (vgl. RAWA, 07.05.2009), weil ansonsten gerade die islamistischen Organisationen wieder gestärkt würden. „Combating against the armed and alien forces in the country without being loud-mouthed against the Talibi and Jehadi enemies would mean welcoming the misfortunes of fascism and religious mafia“ (RAWA-Erklärung, 07.10.2008)

KEINE „BEFRIEDETE FAMILIE“ MIT DEN TALIBAN

Schon viele Jahre bevor es offiziell wurde, hat RAWA die geheimen Verhandlungen der USA mit den Taliban und anderen illegalen fundamentalistischen Gruppen offen benannt und sich radikal ablehnend positioniert. Eine erste Erklärung verfasste RAWA 2007 als offenen Aufruf an die Vereinten Nationen und überreichte diesen mit einer Demonstration am 28. April 2007 an die UN-Vertretung in Islamabad. Darin greifen sie aus der Tagespresse eine Äußerung des UN-Gesandten für Afghanistan und Leiter der UN-Mission UNAMA (United Nations Assistance Mission in Afghanistan), Tom König, auf, in der er erklärte hatte, auch mit beschuldigten Kriegsverbrechern zu reden, einschließlich den Taliban. „He said this included the Taliban, which he described as ‚a movement that includes terrorists and uses terrorist methods but that also has a political foundation‘.“ (RAWA-Erklärung, 28.04.2007) Ein solcher Plan zu Verhandlungen mit den Taliban wird von RAWA mit aller Kraft verurteilt. Wenn die UN nicht bereit seien, die pro-demokratischen und freiheitsliebenden Kräfte Afghanistans zu unterstützen und auch nicht Kriegsverbrecher der Taliban und der Nordallianz vor ein internationales Strafgericht bringen möchten, so sollten sie doch zumindest Unternehmungen verhindern, die die Dominanz der anti-demokratischen, frauenfeindlichen und grausamen Terroristen der Tali-

ban und der Nordallianz über Afghanistan ausweiten wollen (vgl. ebd.). „If the plan for talks with the Taliban is realized, it will be tantamount to tightening the grasp of brutal fundamentalists around the necks of our mournful people.“ (Ebd.)

Die vom 2. bis 4. Juni 2010 in Kabul von der afghanischen Regierung durchgeführte National Consultative Peace Jirga (NCPJ) sollte den Auftakt der offiziellen Phase des Friedens- und Versöhnungsprozesses mit den sogenannten regierungsfeindlichen Gruppen markieren. Während Burhanuddin Rabbani, der afghanische Ex-Präsident von 1992 bis 96 (bzw. nach seinem Selbstverständnis bis 2001), den Vorsitz der NCPJ hatte, wurde die organisatorische Leitung der Regierungskonferenz an Ghulam Farooq Wardak übertragen (vgl. CSIS, 27.05.2010), der dem legalen Arm der islamistischen Hezbe Islami von Gulbuddin Hekmatyar angehört (vgl. AAN, 24.12.2009). Weitere legal arbeitende Parteivertreter von Hekmatyar und den Taliban waren gefeierte Mittelpunkte für die Medienöffentlichkeit. Nichtsdestotrotz war die Eröffnung der Konferenz begleitet von Raketenangriffen der Taliban, die nur knapp das Versammlungszelt verfehlten (vgl. Boone, 02.06.2010). RAWA stellt fest, dass Karzai und andere Sprecher davon redeten, ihre „entfremdeten Brüder“ wieder zurückzuholen, während die illegalen Taliban ihre Angriffe mit Explosionen und Raketen, die keine Rücksicht auf die Zivilbevölkerung nehmen, weiter steigerten. Die von Jahr zu Jahr zunehmenden Bombenexplosionen und Selbstmordattentate, die Tausende zivile Opfer fordern, die Zerstörung von Mädchenschulen, die Ermordung von Lehrer*innen und Schulkindern und andere Angriffe auf Frauen und Mädchen wurden in der Konferenz-Rhetorik zu „Problemen“, die sie mit „nationaler Einheit“ bald hinter sich lassen würden (vgl. RAWA-Erklärung, 01.06.2010).

RAWA kritisiert die Hinwendung zur Gruppe von Gulbuddin Hekmatyar und zu den Taliban, denen eine freundliche Hand für Verhandlungen entgegengestreckt werde. Bereits zwei Monate vor der Consultative Peace Jirga war eine Delegation hochrangiger Vertreter der illegalen Hezbe Islami von Hekmatyar mit einem 15-Punkte-Plan, der unter anderem eine Regierungsneubildung und eine neue Verfassung vorsah, in Kabul empfangen worden (vgl. USA Today, 21.03.2010). Zahlreiche gefangene Taliban-Führer wurden bereits vor und auch nach der Peace Jirga aus der Haft entlassen und Namen wurden von den UN-Listen gesuchter Terroristen gestrichen (vgl. Hasht-e Sobh Daily, 14.10.2010; Rah-e-najat Daily, 17.10.2010; Daily Mandagar, 02.04.2013). „There were hundreds released – not just in Kabul, but across the country – Jalalabad, Kandahar, Zabul ... in Kabul, they included [some of] those still under investigation, as well as those who'd been convicted“ (Agha, zit. nach Clark, 24.06.2010), erklärte der 2009 entlassene Akbar Agha, führender Taliban-Kommandant einer Splittergruppe, 2004 verurteilt wegen der Entführung von drei UN-Angehörigen. Der im Sommer 2010 gebildete High Peace Council (HPC), zuständig für die Koordinierung des Verhandlungsprozesses mit den Taliban und der Hekmatyar-Gruppe, unterstützt durch die NATO (bzw. ISAF), die US- und weitere westliche Regie-

rungen wie auch die UN, erklärte, zu politischen und finanziellen Konzessionen bereit zu sein (vgl. Hasht-e Sobh Daily, 24.10.2010). „Mr. Kshaf [spokesperson of HPC] said the Taliban want concessions and we are prepared to grant. [...] Decent return would include granting government posts, residence and salaries to them by the High Peace Council.“ (Afghanistan Daily, 23.10.2010) Auch einfache Kämpfer und Kommandeure sollten Arbeit, Land und Häuser erhalten (vgl. Sorosh-e-Mellat Daily, 18.10.2010). Straffreiheit und Sicherheit für die Rückkehrwilligen sollten durch nationale und internationale Sicherheitskräfte gewährleistet werden (vgl. Afghanistan Daily, 23.10.2010).

Immer wieder werden die verharmlosend als „verärgerten Brüder“ (HPC-Sprecher Kshaf zit nach Afghanistan Daily, 23.10.2010) bezeichneten Taliban freundlich eingeladen, sich an nationalen und internationalen Konferenzen zur Zukunft Afghanistans zu beteiligen, etwa zur Consultative Peace Jirga Kabul 2010 und zum Afghanistan-Gipfel in Bonn 2011. Auch ohne deren Anwesenheit dort werden Angebote für die Rückkehr in Ämter und über mögliche Machtbeteiligung gemacht. Konkrete Ministerien und andere Einflussbereiche werden genannt. RAWA empört sich, dass ausgerechnet das Justizministerium und das Oberste Gericht den Taliban angeboten wurden. Die Konsequenzen für Frauen seien absehbar: „The US is scarificing our women once more for furthering its colonial policies. For the US what only matters is that these cancerous, traitorous and mercenary tumors, pave the way for the hegemony of the US and its allies [...] to maintain their bases“ (RAWA-Erklärung, 08.03.2013) Statt einer Machtbeteiligung müssten die Taliban und Hekmatyar und auch die Nordallianz-Vertreter vor Gerichte gestellt werden. Die Billionen an Werten, die sie von den Menschen gebrandschatzt haben, müssten von ihnen zurückgeholt werden (vgl. RAWA-Erklärung, 08.03.2010).

Ähnliche Einschätzungen werden zwei Jahre nach dem offiziellen Beginn der Friedensverhandlungen auch von verschiedenen Bündnissen zivilgesellschaftlicher Gruppen ausgedrückt, beispielsweise in einem „Collective Statement of the Afghanistan Women’s 50% Campaign and 21 Women’s rights, Human rights, Civil society and media organisations and networks for the 101st International Women’s Day“:

„Both the international community and the government of Afghanistan are visibly appeasing the armed opposition groups by returning the society to the conditions of 11 years ago [Taliban-Regierungszeit] and trading away the human and civil rights of women. The only thing that is not important to them is their pledge to us and to themselves. They have forgotten that the liberation of women in Afghanistan was the most basic reason for their presence in this country.“ (Afghanistan Women’s 50% Campaign et. al., 08.03.2012: 14)

Rena von RAWA betonte im Gespräch (Rena, Interview in Kabul, 01.10.2012), dass die US-Regierung die Taliban nicht als ihre Feinde sehe. Gemeinsam mit Pakistan hätten sie die Taliban erschaffen und immer mit ihnen

kooperiert. Die Taliban wären nie unabhängig gewesen. Pakistan stehe hinter den Taliban und hinter Hekmatyar, während die Nordallianz mehr auf der Seite der westlichen Mächte sei. Pakistan betreibe sein eigenes Spiel und wolle seinen Anteil in Afghanistan. „It is a bargaining: how many ministries etc.“ (Ebd.) In der RAWA-Erklärung zur Consultative Peace Jirga bezeichnet die Frauenorganisation den Konflikt zwischen den USA, den Taliban und der Nordallianz als eine Familienangelegenheit, die diese früher oder später beilegen würden (vgl. RAWA-Erklärung, 01.06.2010).

„[T]hey may still not call the Taliban criminals, and their acts as crimes, because despite having some differences, in the final stage they regard themselves from the same ranks and deem it necessary to become united in order to run the state machinery in front of people’s wrath.“ (Ebd.)

Nach Einschätzung von RAWA sind die USA bestrebt, mit diesem Versöhnungsprozess eine Einheit zwischen allen Fraktionen von Gewaltherrschaft herzustellen und sich diese gefügig zu machen. Sie hätten dagegen kein Interesse an einer vereinten Bevölkerung. Weil sie diese fürchteten, würden sie bewusst Spaltungen und Feindseligkeiten zwischen verschiedenen Stämmen und ethnischen Gruppen erzeugen. „Today if the Taliban once again comes to power, the US will easily ‚work‘ with them and prefer their bloody and suffocation rule of Afghanistan to an independent, pro-democracy and pro-women’s rights government [...]“ (Ebd.)

Die Consultative Peace Jirga der Regierung und der damit offiziell eingeleitete Friedens- und Versöhnungsprozess (Afghanistan Peace and Reconciliation Program), einschließlich der Zusammensetzung des High Peace Council, wurde von zahlreichen Menschenrechts- und Frauenorganisationen kritisiert (vgl. u.a. Kouvo/Mazoori 2011; Ruttig 2011; Bahrami/Afghanistan Watch, 31.10.2010). Eine Woche vor der Peace Jirga der Regierung versammelten sich am 9. Mai 2010 in Kabul die Angehörigen der Opfer von Kriegs- und Menschenrechtsverbrechen aus allen Teilen Afghanistans mit ihren unterschiedlichen Erfahrungen aus den verschiedenen Phasen des Krieges für eine Victims’ Jirga. Diese Versammlung der Opfer, die Gerechtigkeit forderten und definierten, was sie unter Frieden verstehen, verstand sich als Gegenveranstaltung zur Regierungskonferenz. Die Victims’ Jirga vertrat deutlich und ausnahmsweise auch in den Medien wahrgenommen, dass es keinen Frieden ohne Herstellung von Gerechtigkeit geben kann. Nur die Opfer könnten vergeben und nicht die Regierung. Die Regierungsinitiative sei kein Friedens- und Versöhnungsprozess, obwohl dieser Name benutzt wird, denn ohne einen Prozess von Transitional Justice einzuleiten, werde es keine Zukunft mit Stabilität und Frieden geben können (vgl. TJCG, 09.05.2010; mehr dazu im Kapitel zu SAAJS).

Im Sommer 2013 war es schließlich soweit, dass die Taliban ein eigenes Büro in Doha, Qatar, eröffneten – mit ihrer Fahne und dem Schild „Islamic Emirate of

Afghanistan“. Das Büro dient für die Versöhnungsverhandlungen mit den Regierungen der USA und Afghanistans. Wie ein Taliban-Sprecher erklärte, beabsichtigten sie auch, ihre Auslandsbeziehungen zu pflegen (vgl. Roberts/Graham-Harrison, 19.06.2013). „It’s good news“ (Huffington Post, 18.06.2013), erklärte John Kerry für die US-Regierung. Für die Taliban entwickelt sich alles nach ihren Wünschen. Sie eröffneten das Büro an dem Tag, an dem die NATO die Sicherheitsverantwortung für ganz Afghanistan an die Afghan National Army übergab. Damit konnten sie ihre Vorbedingung als gewährt ansehen, dass das ausländische Militär zustimmt, abzuziehen. „That the Taliban has agreed to negotiations is not surprising. It has much to gain from participating in negotiations – [...] attention, increased legitimacy, and direct channels to the United States.“ (Felbad-Brown, 19.06.2013) Die Verhandlungen finden statt, ohne dass die Taliban ihre bewaffneten Aktionen einstellen müssen. Es macht ihnen keine Schwierigkeiten, auch genau am Tag der Büroeröffnung die Verantwortung für die Tötung von vier US-Soldaten auf dem Luftwaffenstützpunkt Bagram, nördlich von Kabul, zu übernehmen. „[T]he Taliban has absolutely no incentive to come to any deal before 2015. After 2015, it will be militarily in a far stronger position.“ (Ebd.) Tatsächlich fanden im Juli 2015 die ersten offiziellen Face-to-Face-Gespräche zwischen der afghanischen Regierung und der Führung der Taliban in der Nähe von Islamabad, Pakistan, statt (vgl. Stancati, 16.07.2015).

Bedenken bezüglich des möglichen Verlustes demokratischer Rechte und formal verankerter Frauenrechte durch die Wiedereinsetzung der Taliban als politische Akteure auf Regierungsebene werden nicht nur von Menschenrechts- und Frauenorganisationen vorgebracht. Auch beispielsweise das der US-Regierung nahestehende United States Institute of Peace (USIP) kritisiert, dass die Verhandlungen sich an einer engen Agenda der Anliegen der bewaffneten Gruppen orientieren und zivilgesellschaftliche Vertreter*innen ausschließen (vgl. Schirch/USIP Peacebrief, 21.07.2011; auch Waldman/USIP Special Report, Okt. 2010). Die Bedenken werden unter anderem von der Sprecherin des US State Department Jen Psaki damit beantwortet, dass es die Verfassung gäbe, auf die die Taliban sich einlassen müssten – obgleich es keine Äußerungen der Taliban gab, die diese Bereitschaft bekunden (vgl. The Washington Free Beacon, 18.06.2013). Eine Beteiligung von Frauenorganisationen oder anderen basisgesellschaftlichen Gruppen an den allgemein als Friedens- und Versöhnungsprozess bezeichneten Verhandlungen ist nicht vorgesehen, was unter anderem von Human Rights Watch kritisiert wird (vgl. HRW, 05.12.2011).

KATASTROPHE FÜR FRAUEN TROTZ VERFASSUNGSRECHTEN

In Artikel 22 der afghanischen Verfassung heißt es: „Any kind of discrimination and distinction between citizens of Afghanistan shall be forbidden. The citizens of Afghanistan, man and woman, have equal rights and duties before the law.“ (Islamic Republic of Afghanistan 2004: 9) Im Jahr 2003 wurde die Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination against Women (CEDAW) und 2009 ein Gesetz zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen (EVAW) verabschiedet. Nichts davon wurde eingehalten bzw. umgesetzt, wie Human Rights Watch in mehreren Erklärungen 2013 deutlich macht (HRW, 04.09.2013; HRW, 04.07.2013; HRW, 16.07.2013; HRW, 11.07.2013). 85 Prozent der afghanischen Frauen werden mit Bezug auf das Jahr 2006 als Opfer von physischer, sexueller oder psychologischer Gewalt oder einer Zwangsverheiratung angegeben, weder Kinderehen noch häusliche Gewalt werden bekämpft (vgl. HRW, 04.09.2013). „For example Baad, where a family gives a girl to another family as compensation for a wrong, continues even though it is banned by the 2009 Law on Elimination of Violence against Women“ (HRW 2012b: 4), erklärt Human Rights Watch im Jahresbericht 2012.

RAWA macht die katastrophale Lage der Frauen auch viele Jahre nach der Entmachtung der Taliban-Regierung in ihren jährlichen Erklärungen zum 8. März deutlich:

„After the US and allies invaded Afghanistan around seven years ago, they misleadingly claimed of bringing peace and democracy and liberating Afghan women from the bleeding fetters of the Taliban. But in reality Afghan women are still burning voraciously in the inferno of fundamentalism. Women are exchanged with dogs, girls are gang-raped, men in the Jehadi-dominated society kill their wives viciously and violently, burn them by throwing hot water, cut off their nose and toes, innocent women are stoned to death and other heinous crimes are being committed. But the mafia government of Mr. Karzai is tirelessly trying to conciliate with the criminals and award medals to those who should be prosecuted for their crimes and lootings.“ (RAWA, 08.03.2008)

RAWA benennt häufige Fälle von Vergewaltigungen durch Banden, Auspeitschungen, Steinigungen, Säureangriffe und warenförmigem Tauschhandel junger Mädchen und die damit verbundene Straffreiheit für die Täter, die oft zudem öffentliche Ämter innehaben (vgl. RAWA, 08.03.2010; RAWA, 08.03.2013).

„Hundreds of girls and women in our country are victims of rape, while the Afghan law does not even recognize rape officially. The rapists usually belong to militias or powerful figures

who have close ties to Jehadi leaders such as Abdullah, Atta, Dostum, Pirum Qul, Khalili, Sayyaf, Kabir Marzban, and others. “ (RAWA, 08.03.2017)

In der Provinz Balkh wurde Mariam durch den Polizeichef und Akram Zarey, einen von Attas Männern, vergewaltigt; Shakila wurde in der Provinz Bamiyan durch Wahidi Beheshti, Bruder eines Parlamentsabgeordneten und Mitglied des Provinzrates verwaltigt und ermordet; die 12-jährige Ashira, Provinz Sare Pul, wurde durch den Sohn des Parlamentsmitglieds Payinda Mohammad vergewaltigt; der Neffe von Kabir Marzban, Abgeordneter des Parlaments, vergewaltigte und ermordete Zainoora in Takhar (vgl. ebd.). Im Juli 2012 fordern 17 zivilgesellschaftliche Organisationen in einer gemeinsamen Erklärung unter anderem für 52 Morde an Frauen in den vorangegangenen vier Monaten, für die Vergiftung des Wassers von Mädchenschulen in mehreren Provinzen und für Angriffe mit Säure die Strafverfolgung statt der fortgesetzten Kultur der Straflosigkeit (Armanshar Foundation et. al., 24.07.2012).

Häusliche Gewalt und die Verheiratung minderjähriger Mädchen sind traurige, verbreitete Realität. Die Sterblichkeitsraten von Müttern bei der Geburt und von Kindern in den ersten Lebensjahren gehören zu den höchsten weltweit. Frauen werden als wertlose Kreaturen behandelt, deren Aussage vor Gericht nur die Hälfte von der eines Mannes zählt. Aufgrund der häuslichen Gewalt und Rechtlosigkeit ist die Selbstmordrate von Frauen sehr hoch und steigt weiter an (vgl. RAWA, 08.03.2013). „[C]ontrary to the claims of the bogus propaganda by the Western media, Afghan women have not been able to achieve even the most basic rights.“ (Ebd.) Gewalttätige Ehemänner oder Banden blieben auch dann straffrei, wenn sie Frauen ermordeten. „In recent years several high profile women have been assassinated; their killers have not faced justice.“ (HRW World Report 2011: 278) Demgegenüber saßen etwa im März 2013 circa 600 Frauen für das Verbrechen, vor der Gewalt oder Zwangsverheiratung davongelaufen und ihren Mann oder ihr Elternhaus verlassen zu haben, in afghanischen Gefängnissen (vgl. HRW, 21.04.2013; HRW 2012a; RAWA, 08.03.2013). In Bezug auf das EVAW-Gesetz zur Abschaffung der Gewalt gegen Frauen stellt RAWA fest, dass es keine Anwendung fände und keine Konsequenzen gehabt hätte (vgl. RAWA, 08.03.2013). „In this country, laws are just pieces of paper that aid only in deceiving people, and are never practically applied.“ (Ebd.)

Diese Aussage gilt auch für die Verfassung. Friba von RAWA hatte im Gespräch mit mir betont, wie wichtig es sei, genau hinzusehen, wer die Verfassung gemacht hat, in der auch einige sehr schöne Sätze enthalten sind.

„They might put some very nice words and sentences in the constitution, but who put this: again Sayyaf, Rabbani, Mohaqeq, the leader Qanuni, Fahim and [...] Mullah Rakiki, who was a member of Taliban before and many other black minded people. They made the constitution

for Afghan people. You know, again, we can't be optimistic for such kind of constitution. Because they made the constitution for their own favour.“ (Friba, RAWA, Interview in Kabul, 18.05.2009)

Friba betont, dass die Verfassung für diese Verbrecher und Fundamentalisten, die sie gemacht haben, nicht mehr Bedeutung habe als Toilettenpapier. Eine anerkannte Person mit Vorbildfunktion für die Nordallianz-Fundamentalisten hätte gesagt: „I can just clean myself with it and throw it away.“ (Zit. nach Friba, ebd.) Friba vertritt für RAWA, dass es mit der Verfassung nur darum ginge, den Leuten die Augen zu verwischen, „[...] to put stones on the eyes of the afghan people and to show to the world that Afghanistan has a constitution at the moment“ (ebd.).

Im November 2013 bereitete die afghanische Regierung ein neues Gesetz vor, das die Bestrafung durch Steinigung für Ehebrecher*innen vorsah – eine unter Taliban-Herrschaft übliche Praxis. Manizha Naderi von Women for Afghan Women (WAW) kommentiert: „This law shows that the government is slowly going back to Taliban-era justice.“ (Zit. nach Tang, 27.11.2013) Naderi erklärt, dass Frauenorganisationen alles unternehmen werden, um dieses Gesetz zu verhindern – und es wurde verhindert. Dieses Gesetz treffe vor allem die Frauen – auch unschuldige oder vergewaltigte Frauen. Schon jetzt würden jeden Tag Frauen ohne ausreichende Beweise für Ehebruch verurteilt und inhaftiert, während die Männer sich meistens mit Bestechung freikaufen könnten. Es reiche oft aus, in der Öffentlichkeit mit einem Mann gesehen und beschuldigt zu werden (vgl. ebd.). Die Frauenrechtsaktivistin Naderi zweifelt nicht daran, dass damit ein Zugeständnis an die Taliban gemacht werden soll: „I really believe that the government is trying to appease the Taliban by introducing conservative anti-women laws. They are trying to be on the good side of the Taliban.“ (Ebd.)

VORZEIGEFRAUEN

Ein über Wikileaks bekannt gewordenes CIA-Strategiepapier empfiehlt, afghanische Frauen stärker in die Medien zu bringen, um damit der über 80-prozentigen Ablehnung des Militäreinsatzes in Afghanistan durch die deutsche und französische Bevölkerung entgegenzuarbeiten.

„Afghan women could serve as ideal messengers in humanizing the ISAF role in combating the Taliban [...]. Outreach initiatives that create media opportunities for Afghan women to share their stories with French, German, and other European women could help to overcome pervasive skepticism among women in Western Europe toward the ISAF mission.“ (CIA Red Cell, 11.03.2010)

Als am 3. Dezember 2009 wieder eine Mandatsverlängerung für die Entsendung deutscher Soldaten zur Beteiligung am ISAF-Einsatz in Afghanistan im Bundestag bevorstand, sah sich die Heinrich-Böll-Stiftung veranlasst, in einer Eilaktion Ende November afghanische Parlamentarierinnen, Medienvertreterinnen und Organisationsleiterinnen zu einer befürwortenden Stellungnahme aufzufordern. Die Stiftung organisierten dafür ein Treffen in Kabul, dessen Ergebnis ein offener Brief an die Abgeordneten des Deutschen Bundestages war, in dem neun Frauen die Fortführung des Militäreinsatzes als „[w]ir, die afghanischen Frauen“ (Heinrich-Böll-Stiftung, 01.12.2009) forderten. Gleich im zweiten Punkt dieses Schreibens betonten sie dabei zudem, dass die afghanischen Energie-Rohstoffe und Mineralien zur wirtschaftlichen Ausbeutung bereitstehen und Investitionen nötig seien (vgl. ebd.). In der Bundestagsdebatte bezogen sich mehrere Redebeiträge auf diesen offenen Brief, wie die Böll-Stiftung hervorhebt (vgl. ebd.). Auslöser für diese Eilaktion war eine Deutschlandreise der afghanischen Frauenrechtlerin Malalai Joya, Anfang November wurde mit ihr ein Interview in der Wochenzeitung *Die Zeit* geführt (vgl. Tegen, 02.11.2009). Dort hatte Joya die Situation in Afghanistan als eine Katastrophe bezeichnet sowie von der gestiegenen Häufigkeit von Vergewaltigungen, Entführungen und Morden, häuslicher Gewalt und Selbstmorden von Frauen gesprochen. Sie erklärte, dass viele Mädchen aus diesen Gründen nicht die Schule besuchen könnten und, dass die Militärintervention den Frauenrechten nicht dienen würde. Die Nordallianz, die dadurch an die Macht gebracht wurde, wäre schlimmer als die Taliban. Sie hat auch auf die mehr als 8000 Zivilisten hingewiesen, die bis zu diesem Zeitpunkt durch das Besatzungsmilitär getötet wurden. „Diese ganze Masse an Militär bedeutet immer mehr Krieg, Morde, Tragödien.“ (Tegen, 02.11.2009)

Die Heinrich-Böll-Stiftung veranlasste und organisierte nicht nur den Brief der ausgewählten afghanischen Frauen an die Bundestagsabgeordneten mit der Bitte um Fortsetzung des Bundeswehreinsatzes; sie versieht diesen zudem mit einer etwas irritierenden, aufwertenden Beurteilung. Dieses Schreiben sei „kein dem Kontext entfremdetes Argument, welches mit Frauenrechten militärisches Engagement legitimieren will“ (Heinrich-Böll-Stiftung, 01.12.2009).

Zu dem Bild, das den Schein von Frauenförderung aufrechterhalten soll, gehört laut RAWA auch der kleine Kreis von Frauen, die zu Konferenzen eingeladen werden und/oder Sitze im Parlament einnehmen. Sie werden von RAWA als „dolloed-up showpiece women“ (RAWA-Erklärung, 08.03.2013) bezeichnet, deren Münder mit Geld und Luxus versüßt würden. Sie könnten als Nahrungsmittel zur Unterfütterung der US-Propaganda angesehen werden. „[They] do not want to speak a word about the bitter truth of the situation of women, let alone stand up against, stop and prosecute the real perpetrators of the ongoing disaster in support of their fellow women.“ (Ebd.) Diese Frauen wären durch ihren Gleichklang mit den Mördern an der Macht

selber Feinde der afghanischen Frauen geworden. Sie könnten niemals die Mehrheit der Frauen repräsentieren.

„[I]f all the members of the cabinet are made up of reactionary women such as Amina Afzali, Hassan Bano Ghazanfar, Massouda Jalal, Noorzia Atmar, Qadria Yazdanparast, Shukria Barakzai, Fouzia Kofi, Manija Bakhtari and others linked to brutal warlords, still it will not bring any positive change for Afghan women [...].“ (RAWA, 08.03.2010)

Diese Frauen würden sich selbst in der Rolle verstehen, sanfte Kritik vorzubringen und nach ein paar Reformen zu fragen, die auch für die regierenden Kriminellen und deren ausländische Unterstützer akzeptabel sind (vgl. ebd.). In der Erklärung zum 8. März 2013 wurden außerdem Sima Samar, Zahra Nadiri, Shinkai Karrokhail, Fawzia Sadaat, Fatima Giliani und Wazhma Forough genannt. Sima Samar war 1977 ein Gründungsmitglied von RAWA, hat sich jedoch zunehmend von einer feministischen Politik entfernt und stattdessen einer ethnisch-identitären Politik zugewandt. Sie war Vorstandsmitglied der Wahdat-Partei, die als ethnisch orientierte Partei der Hazara gilt, die an den brutalen Auseinandersetzungen der 1990er Jahre beteiligt war und deren Führer für rücksichtslose Verbrechen, einschließlich Vergewaltigungen, mitverantwortlich sind (vgl. Rena, Interview, Kabul, 11.10.2012). Sima Samar war 2001 an den Bonner Verhandlungen beteiligt und wurde in der Übergangsregierung die erste Frauenministerin (2001-2003). Seit 2005 ist sie Vorsitzende der Afghanistan Independent Human Rights Commission (AIHRC), die Transitional Justice Maßnahmen durchsetzen sollte. Dennoch hat Samar dem Druck der afghanischen und der US-amerikanischen Regierung nachgegeben und den Bericht zu den durchgeführten Ermittlungen über die Verbrechen unveröffentlicht gelassen. Sie hat zudem 2013 zusammen mit der Veröffentlichung einer Liste von knapp 5000 Namen von im Jahr 1978 in der Haft Ermordeten, die durch die niederländische Justiz veranlasst wurde, die Opfer dazu aufgerufen, den Tätern zu vergeben (Farzad 2014). Das tat sie inmitten einer neu entbrannten gesellschaftlichen Debatte um die Forderung nach Aufarbeitung von Menschenrechtsverbrechen der Vergangenheit und die Verfolgung der Verantwortlichen. Seit 2011 ist Simar Simar prominentes Mitglied der reformistischen Truth and Justice Party, die für die Versöhnung mit den Taliban und der Hekmatyar-Gruppe eintritt, die Kooperation mit dem im Land präsenten internationalen Militär befürwortet und die permanente US-Militärpräsenz in Afghanistan anerkennt.

Zum Internationalen Frauenkampftag am 8. März 2012 verweist RAWA darauf, dass nach Angaben des Berichts zur Weltlage der Mütter (State of the World's Mothers) von 2011 in Afghanistan jeden Tag 50 Mütter bei der Geburt ihrer Kinder sterben, dass dies jedoch für das Frauenministerium genauso wenig Bedeutung hat, wie für den Rest der Regierung. Diese Ignoranz der Probleme der großen Mehrheit der armen Frauen gelte auch für die „decoration pieces in the parliament, NGOs and

finally the US and west, that occupied Afghanistan under the pretext of women's rights" (RAWA-Erklärung, 08.03.2012).

Die Frauenrechtlerin Malalai Joya, die zum Mitglied sowohl der Verfassungsgebenden Versammlung 2003 als auch des ersten Afghanischen Parlaments (ab 2005) gewählt worden war, vertritt eine ähnliche Position:

„Eigentlich treffen sich die Vertreter des Westens [...] bei ihren flüchtigen Besuchen in meinem Land immer mit einer Gruppe von Regierungslakaien und Frauen, die auf der Seite der Warlords stehen. Diese Frauen repräsentieren nicht die Gesamtheit der afghanischen Frauen und haben auch kein Interesse an deren Problemen. Sie verstecken sich hinter ihren Karrieren und Privilegien und reden nicht mit den Opfern von Gewalt und brutaler Unterdrückung, die außerhalb der bewachten Villenviertel keine Rechte haben. Aber dass diese Vorzeigedamen angeblich für alle afghanischen Frauen sprechen und als Symbole unseres ‚Fortschritts‘ vorgezeigt werden, macht sie selbst zum Teil des Problems.“ (Joya 2009: 238)

Malalai Joya wurde – in Nichtbeachtung des Mandats der Wähler*innen und der Gesetze – sowohl aus der verfassungsgebenden Loya Jirga als auch aus dem Parlament hinaus geworfen und in ihrem Leben bedroht aufgrund ihrer unnachgiebigen Parteinahme für die einfachen Frauen und die Mehrheit der Bevölkerung, deren Bedürfnisse und Wille nicht beachtet werden. Es ist ein dringender Wunsch dieser Menschen, dass die Kommandeure der Jihadis und andere Verbrecher der Vergangenheit keine politische Macht ausüben.

Als Malalai Joya aufgrund ihrer kritischen Reden im Parlament, bei denen ihr immer wieder das Mikrofon abgestellt worden war, aus dem afghanischen Parlament suspendiert wurde und zudem Mordanschläge auf sie verübt wurden, fanden in Afghanistan Demonstrationen von Frauen statt (vgl. Joya 2009): in Farah, Nangarhar, Baghlan, Kabul und in einigen anderen Provinzen. Auch international wurde Kritik an der Suspendierung geäußert, beispielsweise von Noam Chomsky und von Brad Adams von Human Rights Watch. Sechs Frauen, die mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet wurden – Shirin Ebadi, Jody Williams, Wangari Maathai, Rigoberta Menchu, Betty Williams und Mairead Maguire –, haben in Protest gegen ihre Suspendierung und die Mordanschläge gegen sie, im Jahr 2008 den Anna Politkovskaya Award der Initiative Reach All Women In War (RAW) an Malalai Joya vergeben (Nobel Women's Initiative, 07.10.2008). Doch bei der UN, den Botschaften oder den in Afghanistan tätigen Entwicklungsorganisationen löste die Suspendierung, die ohne gesetzliche Grundlage durchgeführt wurde, keinen Protest aus. Renate Künast, die Fraktionsvorsitzende der Grünen, meinte kurz nach Joyas Suspendierung in einer Bundestagsrede, Frau Joya sei selber schuld und hätte „sich selber ins Off katapultiert“ (Deutscher Bundestag, 12.10.2007: 12358 D). Sie hätte sich nicht an die im Parlament angemessene Ausdrucksform gehalten und „[d]ie weiblichen Abgeordneten in Kabul [...] haben [...] ein Problem mit Malalai

Joya“ (ebd.). Künast lehnte ab, Malalai Joya, die sie trotz der fragwürdigen Rechtslage als „frühere Abgeordnete“ (Deutscher Bundestag, 12.10.2007: 12360 B) bezeichnete, als Zeitzeugin zu den Verhältnissen in Afghanistan zu hören und betrachtete sie gar als „zweifelhafte Kronzeugin“ (Deutscher Bundestag, 12.10.2007: 12358 D). Künast argumentierte damit in der gleichen Weise gegen Malalai Joya, wie es die Taliban und Fundamentalisten in Afghanistan tun, merkte Heike Hänsel, Entwicklungspolitische Sprecherin der Fraktion Die Linke, in einer Kurzintervention im Bundestag an (Deutscher Bundestag, 12.10.2007: 12360 B). Parallel zu Joyas Ausgrenzung, Beleidigung und Bedrohung im afghanischen Parlament wurde sie in politischen Experten- und Entwicklungshilfekreisen zunehmend offen als „irrsinnig“, „extremistisch“, „geisteskrank“ und „durchgedreht“ diskreditiert (persönliche Gespräche unter anderem bei einem Treffen des Arbeitskreis Afghanistan der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin im Herbst 2009 und bei der afghanischen Menschenrechts-NGO Afghanistan Watch in Kabul im Sommer 2010).

Ähnlich wird auch RAWA immer wieder als extremistisch und/oder unbedeutend dargestellt. Auf einer Afghanistan-Konferenz in Bonn im März 2010 nannte der Afghanistan-Experte Winfried Nachtwei der Bundestagsfraktion Die Grünen RAWA „eine Sekte“ (Tagung „Wer sind die Taliban?“ der Ev. Akademie Rheinland/Zentrum für Entwicklungsforschung der Universität Bonn). Niamatullah Ibrahim von der afghanischen Menschenrechtsorganisation Afghanistan Watch kritisierte im Juni 2010 RAWA im Gespräch beim täglichen gemeinsamen Mittagessen im Kabuler Büro der Organisation: Diese Frauen wären extremistisch und würden alles kritisieren, ohne sich konstruktiv zu beteiligen. Bei diesen Bewertungen der Beteiligung von RAWA wird ignoriert, dass RAWA aufgrund der Sicherheitsprobleme gezwungen ist, im Untergrund zu arbeiten. Perwin von RAWA erklärt dazu:

„Because RAWA has a lot of security problem. We are working in Afghanistan, but of course not openly. Maybe we do something, but not under the name of RAWA. For example, now we have literacy courses, we have handicraft, lots of projects. And also orphanage we have. But because of security it is not under the name of RAWA. It is under the name of others. And we cannot let anybody know, this is under the name of RAWA. Or maybe we organize some demonstration, some ... or not, it is not organized by us, but we are a part of some organizing, we are a part in some other meeting. But we cannot tell: Oh, RAWA was a part of. Because of security. And for this reason they say: oh, there is no RAWA, RAWA is not... It is not important for us. For us is, to continue our work, continue our struggle. Maybe this time we are very less, nobody want to hear us. But we know in future, our voice is the only true voice.“ (Perwin, Interview in Kabul, 28.06.2010)

Perwin beschreibt auch, wie von vielen Seiten ein negatives Bild von RAWA erzeugt wird. Sie wollen sich damit nicht aufhalten, sondern die Arbeit machen, die sie politisch richtig und wichtig finden. Perwin hält es für eine Schwäche mancher Organisationen, sich nicht im direkten Kontakt mit RAWA auseinanderzusetzen und stattdessen negative Propaganda zu verbreiten.

„There are a lot of, a lot of things about RAWA: RAWA is extremist organization, RAWA is communist, RAWA is maoist, RAWA is ... Sometimes the fundamentalist say: They are not Muslim women, they are prostitutes. Lots of things about us. It is just useless. It is just nothing for us. We just try to continue our struggle. And all of these things is just ... Because sometimes they are very, very weak to come with us and discuss with us about the political point. And then they try to say these kind of, this propaganda about RAWA.“ (Ebd.)

Die Frauen von RAWA prüfen sehr genau, mit wem sie zusammenarbeiten können. Auch das wird ihnen unter Umständen als Verweigerung, sich konstruktiv einzubringen, oder als Selbstisolation vorgeworfen.

GEGEN ETHNISCHE SPALTUNGEN UND KONSUMVERSPRECHEN

RAWA möchte sich mit anderen zu einer breiten Bewegung zusammenschließen: „We want to make a democratic movement and anti-occupation-movement in Afghanistan. Antifundamentalist and anti-occupation movement in Afghanistan. It is very important.“ (Perwin, Interview in Kabul, 28.06.2010) Dabei achtet RAWA darauf, dass die Gruppen keine ethnischen Spaltungen betreiben, indem beispielsweise eine Gruppe der Pashtunen zwar Rabbani, Massud und andere Vertreter der Nordallianz kritisieren, aber nicht über die Taliban reden. Andere vertreten die Interessen der Tadjiken oder der Hazara:

„Sometimes we see some people from the Hazara party. They say women rights and human rights; they criticize all the other kind of Pushtun and Tadjik fundamentalists, but not Hazara fundamentalists. And even when we talk about Tadjik, it is the same. Now we cannot work with these kind of people.“ (Ebd.)

Es ist für RAWA sehr wichtig, ein ethnisches Spaltungsdenken nicht zuzulassen. Diese Trennungen würden bewusst geschürt, um die Menschen zu schwächen. Dem stellt RAWA die nationale Einheit als Afghanen*innen gegenüber. In der Geschichte von RAWA war eine patriotische Argumentation immer wieder von großer Bedeutung. Sie reden von einer Pflicht, sich für das eigene Land, für die Nation

einzusetzen – gegen die Fundamentalisten und gegen die machtpolitische Einmischung von außen.

„For the moment, if every region becomes more independent, then – you know we have neighbors, like Pakistan, Iran, Tatjikistan – it will lead to the division of Afghanistan. First of all: We need to become a nation, a united nation. Because until now we are not a united nation.“ (Perwin, RAWA, Interview in Kabul, 20.02.2011)

RAWA möchte erreichen, dass die Menschen sich über ethnische Zuordnungen hinweg gegen alle fundamentalistischen Gruppen vereinen. Es gäbe keine Erwartungen mehr an die internationalen Konferenzen zu Afghanistan oder an Hilfe von außerhalb. Diese wie auch die Peace Jirga der Regierung sind Enttäuschungen. Es liege an den afghanischen Menschen, für ihr Land zu arbeiten.

„We want to the people; we can unite against all the fundamentalists. [...] Now we think it is our duty to work for our country. And the first step we have to do is to talk with the people. And to unite the people of Afghanistan against all the enemies: fundamentalist enemies and foreign enemies.“ (Perwin, RAWA, Interview in Kabul, 28.06.2010)

Diese auch patriotisch verstandene Pflicht zum Handeln ist für RAWA direkt verbunden mit der Idee von wirklicher Demokratie, Frauenrechten und Menschenrechten. RAWA kritisiert, dass derzeit ein Scheinbild von Demokratie, die keine ist, aufrechterhalten wird. Genauso wenig würden unter den gegebenen Bedingungen Menschenrechte geachtet oder Frauenrechte verwirklicht. Es sei nicht immer einfach, diese Analyse auszusprechen und sich nicht davon abbringen zu lassen, tatsächlich für diese Werte zu kämpfen. Sehr leicht werden Positionen aufgeweicht und Menschen korrumpiert. „The strategy is to aware the afghan people, to educate the women to be strong, to be committed with what you say. That’s to have the backing of the people. To be very committed.“ (Friba, Interview in Kabul, 18.05.2009)

„It is the duty of our people: to fight for their democracy, their women rights, human rights, anythings. Otherwise, if we have hope about this Peace Jirga, the conferences, and these things ... we have a lot of experiences of these things. It creates more problems for our people. And it is nothing. It is nothing changing of these things.“ (Perwin, RAWA, Interview in Kabul, 28.06.2010)

Die Jugendlichen, so erklärt Friba im Interview, sind nun sehr viel schwerer für eine politische Bewegung zu gewinnen als zu anderen Zeiten. Dadurch entsteht das Problem, dass den spontanen Protesten eine motivierte, entschiedene Führung fehle. Das viele Geld, das über die NGOs ins Land kommt, individualisiere die Jugendlichen. Gebildete Jugendliche versuchen, möglichst viel Geld zu verdienen, ein Auto, ein

Haus zu bekommen, am modernen Konsum teilzunehmen oder die Chancen für eine Greencard und Visa zu ergreifen (Rena, RAWA, Interview, Kabul, 01.10.2012).

„Since the US occupation in the country, you can say because of all these NGOs in the country. They brought billions of billions of dollars came to the country, but there is NGO, NGO, all the new generation is busy with getting dollars, and spending dollars. I must tell you that there is like the new generation, the young people, they want to go and earn dollars and then spend this dollars.“ (Friba, RAWA, Interview in Kabul, 18.05.2009)

Friba berichtet von einem Projekt der staatlichen US-Entwicklungsorganisation USAID, bei dem etwa 120 Universitätsabsolvent*innen der verschiedenen Universitäten unter anderem aus Herat in eines der teuersten Hotels (Safi Landmark im modernen Einkaufszentrum Kabul City Center) nach Kabul eingeladen wurden, um unter luxuriösen Bedingungen an einem 52-tägigen Vorbereitungstraining für den TOEFL-Sprachtest teilzunehmen. 47.000 Dollar wurden pro Student*in ausgegeben.

„As I count it is like 5 Million dollar project. And this is only for 100 or 120 people who benefeciate. It is a USAID project. This is, you can understand that, how they take the new, the young generation. This is the life. Have such kind of luxury training, luxury food, luxury this, this, in this luxury hotels. Or the other side is to be with the people. To go and live in a poor life. This is. Now the choice is with you. Where will you go.“ (Friba, RAWA, Interview, Kabul, 18.05.2009)

Die Teilnahme an der modernen Konsumwelt wird beispielsweise über US-finanzierte Fernsehsender als erstrebenswertes Ziel dargestellt. Friba beschreibt eine TV-Show, die ein bestimmtes äußeres Erscheinungsbild durch teure Kleidung attraktiv macht:

„There is a TV called TOLO in Afghanistan. It has a show. This show is about how to look smart. They take a man from the street and then they take this man to one of the most expensive clothes shops in Kabul and change him. Then they say: before – after. It is a way to show to the young people how to spend money. This is crazy. Most of the young people they want to earn the dollar and spend the dollar. It is a kind of drag for them.“ (Friba, RAWA, Interview, Kabul, 18.05.2009)

Ein neuer moderner Lebensstil und Styling werden propagiert, erklärt Perwin von RAWA:

„But if you see all these televisions [...] the people become, especially the young people become [obsessed] with style, what is the style in Europe, what is the style in very important, expensive shopping in Kabul, like Shar-e-Naw and other places. Then lots of drama, Indian

drama and Turkish drama, what is just very stupid family problem and love and – nothing. Because they try to give the mind especially to the young people and tell them: Oh, this is the life. Don't think about anything.“ (Perwin, RAWA, Interview in Kabul, 21.02.2011)

Einige der Fernsehsender, auf die Perwin Bezug nimmt, werden direkt von der US-Regierung finanziert. Damit solle eine Entpolitisierung der Jugend erreicht werden.

„You know this Tolo TV and even Ariana TV, all of them receive money from American embassy. Because the United States want to ... Afghan people, especially young people is just thinking about these things, nothing about political, nothing about people, nothing about why United States is here, why the people are scared.“ (Ebd.)

RAWA sieht in der jungen, gebildeten Generation die Zukunft des Landes. Sie könne Veränderungen für die Gesellschaft bewirken und andere Menschen organisieren. Doch auch die Regierung und die westlichen Staaten würden das verstehen und streben danach, die Jugend für sich einzunehmen. „And it is very difficult to take the young people from this side.“ (Friba, RAWA, Interview in Kabul, 18.05.2009) RAWA möchte die jungen Menschen dafür gewinnen, für die afghanischen Menschen insgesamt zu denken und ihre Zukunft für diese Menschen einzusetzen, während die westlichen Interventionsstaaten und die afghanische Regierung sie genau davon abhalten möchten. Die Jugend soll nach deren Vorstellung nicht links oder demokratisch sein.

RAWA versteht diese Korruption der Jugendlichen für individuelle Ziele des Konsums oder der möglichen Karriere im westlichen Ausland auch als gegen die Demokratie gerichtet. RAWA betont immer wieder, dass eine Demokratie nicht von außen durch einen anderen Staat in ein Land gebracht werden könne. Sie müsse im Land selbst entstehen, erfordere gesellschaftliche Diskussionen und Kämpfe.

„Democracy means to hear the people, the hear what people want to do for their own country. And to respect women rights, to respect human rights, to improve the education, to give some facility for the people. We think, it is not possible these kind of democracy comes from other countries, like now United States, Germany, France. They are here for democracy – it is not possible, that democracy come from other countries. It doesn't work. Democracy is the idea to come from inside the country, the society talk about it, the women and the men of a country fight for it.“ (Perwin, RAWA, Interview, Kabul, 28.06.2010)

KORRUMPIERTE INTELLEKTUELLE UND EXPERTEN

Aus den gleichen Gründen – die mögliche Entfremdung von der eigenen Gesellschaft und die Gefahr, sich korrumpieren zu lassen, – beschäftigt RAWA sich viel

mit der Rolle von afghanischen Intellektuellen. In den meisten der Erklärungen von RAWA seit circa 2010 gibt es dazu mindestens einige Sätze oder ganze Abschnitte. Sie schreiben von „intellectuals who have sold their souls and are blinded by the dollars“ (RAWA-Erklärung, 08.03.2012) und bezeichnen sie als „sold-off intellectuals“, „treacherous intellectuals“ oder „so-called intellectuals“ ohne Rückgrad (RAWA-Erklärung, 01.06.2010), die sich für die Taliban und die Kräfte des 27. April und 28. April positionieren. Diese Intellektuellen würden die Vergangenheit vergessen. „[T]hey neither remember the marks of the Taliban flogging our mothers, sisters and fathers nor the beheading of our children and poor women (in the name of rooting out ‚spies‘), or the spraying of acid on innocent school-girls.“ (Ebd.) Insbesondere das Schönschreiben der Taliban begleitend zu den Verhandlungen der US- und Karzai-Regierung mit diesen wird angegriffen. Sie würden damit eine Funktion für den US-Geheimdienst CIA und ähnliche Behörden übernehmen. „The intellectual supporters of the Taliban [...] by upholding the Taliban and calling them a ‚resistance movement‘ want to pave the way for their joint domination with President Karzai and the ‚National Front‘ mafia.“ (Ebd.)

Nach einer Konferenz in Paris auf Einladung des französischen Thinktanks „Foundation for Strategic Research“ erfolge eine intensive Reaktion von RAWA auf die negative Verantwortung von Expert*innen und Analyst*innen. Auf der Konferenz hatten sich vom 20. bis 21. Dezember 2012 Vertreter der Taliban, des High Peace Council, von Gulbuddin Hekmatyars Hezb-e Islami, Mitglieder des Afghanischen Parlaments, der Zivilgesellschaft, von politischen Gruppen, die vormalig zur Nordallianz gehörten, und der Afghanischen Regierung nahestehende Personen getroffen (Imtiaz, 23.01.2013), um dem Verhandlungsprozess mit den illegalen bewaffneten Gruppen um eine zukünftige Machtbeteiligung weiter den Weg zu ebnen. RAWA empört sich unter anderem darüber, dass afghanische Experten mit Enthusiasmus so tun, als gäbe es für die Menschen in Afghanistan nur eine einzige alternativlose Option, um Frieden zu erreichen. Und diese sei gleichbedeutend damit, sich selbst den Mördern auszuliefern. Es sei dabei festgeschrieben, wer als afghanische Führungspersonen einzig infrage käme: die bestehende Regierung und der von dieser respektierte Widerstand, bewaffnet oder unbewaffnet, von anderen Islamisten.

„[T]he propaganda machine of the US occupiers and its allies have all created such hue and cry through their ‚experts‘, ‚analysts‘, and pet bondservants like Zarif Nazar from Radio Azadi (RFE/RL Dari), Dr. Akbar Wardak, Dr. Ahmad Mahjoor, Wahid Muzhda, and others, who call the Paris Conference an ‚event‘ and talk about it with such enthusiasm as if the people of Afghanistan have only this choice, and if they want peace they have to submit themselves to these murderers, for they are the undoubted ‚leader‘ of Afghanistan, a group of

whom is in power, the other is the ‚respected armed opposition‘, another is the ‚respected unarmed opposition‘ of the Northern Alliance, and with their conciliation there will be peace and stability in Afghanistan!“ (RAWA-Erklärung, 17.01.2013)

Der afghanischen Bevölkerung entgeht nicht, was politisch passiert, wie diese Experten fälschlicherweise annehmen würden. RAWA betont, dass die einfachen Menschen sehr genau wissen, wer die Leute seien, die die Macht unter sich aushandeln. „But this ‚peace‘ has no value in the eyes of our people. The division of power between these traitorous beasts will make them more vicious.“ (Ebd.). Dem gegenüber werden die auf der Konferenz vertretenen Expert*innen als diejenigen gesehen, die versuchen, die Konferenz als ein ernsthaftes Ereignis zu präsentieren, das einen wichtigen Wandel hin zum Frieden bewirken werde. Die beteiligten Akademiker*innen würden die Wahrheit kennen, diese aber abstreiten. Das macht sie in den Augen von RAWA zu Kriminellen, zu gebildeten Betrügnern.

„You, and others like you with big academic titles, know the truth and deny it, therefore you are criminals, educated traitors who act as the fifth pillar of the US in Afghanistan, and call upon our people to obey the US and its religious and non-religious hooligans. You are counting the days to when you will get a position in the future so-called government at the cost of your conscience and dignity, like other menial intellectuals namely Dr. Azam Dadfar, Dr. Rangin Spanta, Dr. Islamil Qasimyar and others.“ (Ebd.)

Rangin Daftar Spanta gehörte zur linken Studentenbewegung der 1970er Jahre, „ein glühender Maoist“ (Koelbl 2006: 106), der sich an der Universität Kabul „Wortgefechte mit den Islamisten und deren Anführer, dem heutigen Terroristenchef Gulbuddin Hekmatjar“ (ebd.: 106) lieferte. (Seit 2016 ist Hekmatyar ehrenvoll in die Staatsgeschäfte eingekehrt.) Rangin Spanta flüchtete 1981 über die Türkei nach Deutschland, wo er Dozent für Politikwissenschaft an der Universität Aachen wurde. Er war viele Jahre in linken entwicklungs- und friedenspolitischen Gruppen wie auch als Mitglied der Grünen aktiv. Dann wagte er den Sprung und wurde schließlich von 2006 bis 2010 Außenminister Afghanistans und anschließend Nationaler Sicherheitsberater des Präsidenten Hamid Karzai. Der Spiegel beschreibt ihn als Wiedergänger des ehemaligen grünen Außenministers Deutschlands:

„Wie Joschka Fischer hat auch er die Macht gesucht, wie Fischer lässt er sich inspirieren von der ‚Frankfurter Schule‘. [...] Der Links-Intellektuelle Spanta hat bei dem Adorno-Schüler Kurt Lenk über die Probleme der Dritten Welt am Beispiel des afghanischen Teufelskreises aus Krieg, Unterentwicklung und Widerstand promoviert. Er zitiert gern den italienischen Marxisten Antonio Gramsci und empfiehlt den ‚langen Marsch durch die Institutionen‘ – damit meint Spanta nicht Europa, sondern sein Land am Hindukusch.“ (Ebd.)

In ihrer Zeitung Payam-e Zan hat RAWA ausführlich über Spanta geschrieben, damit die Menschen in ihn keine falschen Erwartungen haben aufgrund seiner Geschichte als Freiheitskämpfer der 1970er. 1980 hatte Spanta sich zudem für ein Jahr am bewaffneten Widerstand beteiligt. „We had, in our Persian magazine we had a very long article. Because we try to tell the people, he is not any more an intellectual. He is with fundamentalists; he is with this regime, with this very mafia- and American regime. And the people must know him.“ (Perwin, RAWA, Interview in Kabul, 21.02.2011) Nicht alle Menschen könnten ihr Leben lang kämpfen und ziehen sich in ein sicheres Leben zurück. Wenn Spanta dabei geblieben wäre, hätten sie das akzeptiert. Doch nun müsse seine Funktion deutlich herausgestellt werden. „[H]e is with government. [...] He always defended the government, Karzai, the foreign troops’ invasion here. [...] He is now in the hands of the Western, the United States policies.“ (Ebd.) Spanta würde sich nicht mehr unterscheiden von den Fundamentalisten und er rede niemals über deren Verbrechen oder Verbrechen anderer Regierungsmitglieder.

RAWA verfolgt die Tätigkeit der Intellektuellen und Expert*innen sehr genau und ist unnachgiebig angesichts deren Verantwortung. „These intellectuals who have sold their souls and are blinded by the dollars the US pays them, cannot or do not want to see the extensive damage and crimes the US and its Afghan accomplices have committed.“ (RAWA-Erklärung, 08.03.2012)

Die Kritik an Intellektuellen schließt auch die Poeten mit ein, die in Afghanistan eine große gesellschaftliche Bedeutung haben. „Many of the writers and poets [...] who instead of raising people’s awareness and mobilizing them for pro-independence, pro-democracy and anti-fundamentalism struggle, [...] inflame and fuel ethnic, sectarian and lingual tensions among Afghan people.“ (RAWA-Erklärung, 08.03.2010) Perwin von RAWA erklärt im Interview, wie Poeten und Sänger ein ethnisches Denken verstärkten und sich nach 1992 auf die Seite von islamischen Fundamentalisten stellten:

„And these intellectuals, they were poets, they were writers, they were singers, they didn’t say anything against that people [islamistische Mujaheddin, die ab 1992 herrschten]. And they just go in the mind of these fundamentalists. For example, the Tajik intellectuals they go with Tajik fundamentalists, the Usbek intellectuals they try to go with Dostum, with Usbek fundamentalist, the Hazara intellectuals they went with Mohaqeq, Hezb-e Wahdat and other Hazara fundamentalists, and the Paschtun went to Paschtun and other ...“ (Perwin, RAWA, Interview in Kabul, 21.02.2011)

Intellektuelle haben im Verständnis von RAWA eine besondere gesellschaftliche Verantwortung. Gerade angesichts der vielen Verbrechen, von Jahren religiös-fundamentalistischer Herrschaft und Jahrzehnten des Krieges hätten die Intellektuellen die Verantwortung, ihre Möglichkeiten des Schreibens dagegen einzusetzen.

„Intellectuals have a big responsibility in society, in every society, but in Afghanistan because – you know the problem, after 30 years of war and fundamentalists – the responsibility become more and more strong, because they can do change the society.“ (Ebd.)

Wenn ein Mensch in einer Zeit von Unterdrückung, bewaffneter Gewalt und Verbrechen lebt, reiche es nicht aus zu schweigen, um nicht involviert zu sein. Gedichte und andere Texte zu schreiben, könne gerade dann eine wichtige und notwendige Handlung dagegen sein. Diese Verantwortung könne nicht geleugnet werden.

„Of course, sometimes they say: We didn't say anything, we never went with fundamentalists. But of course a poet if in this moment when your country is in a bad situation, there is a lot of crime, but you are just silent, it means you are with fundamentalists, with criminals. Otherwise you have a big responsibility. You can do something. You can do with your writing, with your poems, with all these things.“ (Ebd.)

Perwin verweist auf iranische Intellektuelle, die eine führende Rolle in der demokratischen Protestbewegung einnehmen würden. „They are leaders of this democratic movement, because as poets and writers they become famous, intellectuals always become famous in the societies and they can change. With their mind they can change the society.“ (Ebd.) Es wird Bezug genommen auf demokratisch engagierte Intellektuelle in der Geschichte Afghanistans, von denen es viele gab. Mit dem Stift zu kämpfen sei genauso wichtig wie mit Unterricht oder mit der Waffe. Derzeit wird der Kampf nicht mit Waffen geführt, sondern die Auseinandersetzung mit Hilfe politischer Texte und Gedichte sei wichtig.

„Of course, before in Afghanistan it was a lot. But now also there are some small intellectual people to do writing, articles and poems. And they become not a poet, not a writer. They come to the people. Of course, everyone has their own responsibility. If you are a fighter, you go to the front and fight with the enemies of the people, if you are a teacher, you teach the people and with your teaching, you fight against the fundamentalists. If you are a poet with your poems, with your articles you can fight against ... only there is not one gun, it is not important you fight with your gun, but it is important you fight with your pen. It is also important. Especially in this moment.“ (Perwin, RAWA, Interview in Kabul, 21.02.2011)

Auf politischen Veranstaltungen von RAWA (und auch von anderen Organisationen) werden viele Gedichte vorgetragen. Beispielsweise werden bei den großen Veranstaltungen zum 8. März oder zum Gedenken an die Gründerin Meena neben den Vorträgen, Liedern und Theaterszenen auch zahlreiche Gedichte rezipiert.

Die Frauen von RAWA sind fest davon überzeugt, dass die politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse nicht dieselben bleiben werden, wenn „die Wahrheit“

ausgesprochen und weitererzählt wird. Es sei schon jetzt so, dass die einfachen Menschen auf der Straße, der Taxifahrer²² oder selbst Kinder oft besser über die wirklichen Verhältnisse Bescheid wissen, als die Expert*innen mit ihren wissenschaftlichen Büchern.

„For example at American University, the only in Afghanistan where they teach in English. They have many and big and complicated books in a very difficult English. But they don't know about the real problems. They circle around the truth. A person from the street knows better. It is much more clear what people at the street tell and know. They know about the past crimes of warlords. They know about the history of the people in the government. But the books don't know, this knowledge is not there.“ (Rena, RAWA, Interview in Kabul, 01.10.2012)

Rena von RAWA erklärte, dass von den USA bezahlte Intellektuelle auch erzählen würden, dass ein Bürgerkrieg und Blutvergießen ausbrechen werde, wenn die US-Truppen das Land verlassen. Damit werde Panik und Angst vor dem Abzug des US-Militärs verbreitet. Solche Lügen würden so lange wiederholt, bis sie wie eine Wahrheit dastehen. Das geschehe unter anderem über die US-Radio-Sender Voice of America und Radio Azadi. Wird dagegen von Besatzung gesprochen, wie Malalai Joya es in einem CNN-Interview getan hat, werde das als Angriff gewertet. Doch die Menschen hätten genug davon. „They are fed up. We don't want US and Talib.“ (Rena, RAWA, Interview in Kabul, 01.10.2012) In einer Erklärung formulierte RAWA zum Internationalen Tag des Frauenkampfes 2012 über die gewissenlosen Analysen zur vermeintlichen Notwendigkeit dauerhafter US-Militärpräsenz in Afghanistan:

„Despite all the treacheries of the US and west, a handful of stooge intellectuals and so-called analysts without a conscience, tirelessly propagate for the permanent presence of the US through the government media every day, as if the fortune and prosperity of our country is tied to this military agreement, as if peace, stability and comfort of our people and women is only attainable if the US permanent bases exist.“ (RAWA-Erklärung, 08.03.2012)

22 Auch der kritische deutsche Ethnologe Christian Sigrist sah die Bedeutung des Wissens der Taxifahrer, um gesellschaftliche Fragen in Afghanistan zu verstehen. Er begann 1966/67 eine Untersuchung, für die er Taxifahrer in Kabul befragen ließ. „Das wichtigste Ergebnis der Befragung resultierte aus der persönlichen Beziehung mit den Interviewern, durch die ich viele interessante Informationen zur innenpolitischen Lage bekam.“ (Sigrist zit. nach Chair for Social Anthropology Ruhr-Universität Bochum 2011) Die Geheimpolizei sah jedoch in dieser Untersuchung eine Bedrohung und bewirkte mit ihrer Überwachung, dass Antworten unergiebig blieben (vgl. ebd.).

RAWA widerspricht dieser Alternativlosigkeit und hat größte Zuversicht in die Kraft der einfachen Menschen, ihren eigenen Erfahrungen zu vertrauen, an ihrem Wunsch nach Freiheit und Gerechtigkeit festzuhalten und gesellschaftliche Veränderungen zu bewirken. Bei meinem ersten Gespräch mit einer Vertreterin von RAWA in Kabul sagte diese über die Unerträglichkeit der gegenwärtigen Situation mit der westlichen Intervention:

„And we totally believe that such kind of situation, as the history or the experience shows, that kind of things will not continue for ever. The people will again start something. The people will not listen or will not bare all these things all the time.“ (Friba, RAWA, Interview in Kabul, 18.05.2009)

Ein Beispiel für das Wissen an der Basis der Gesellschaft und die Gegenanalysen, die dort bei politisch interessierten jungen Frauen existieren, sind Shyma und Mahbuda und die Schülerin Ashir aus einem Dorf in der Provinz Nangahar, die ich im März 2011 getroffen habe. Sie haben mir mit großer Klarheit ihre Analyse zur Legitimation dauerhafter US-Militärbasen auf der Grundlage der Bedrohung durch Taliban und andere Terroristen dargelegt, die in der damaligen Situation gerade viel Aufmerksamkeit bekam:

„The USA have two-side policy. They build the school. In the background, they talk with Talib, damage and bombing the schools. It is because they force our people: If we leave your country you will face difficulties, Talib are very dangerous, they close your school, women do not have any rights, like this. They want to pressure the people, so that they can continue their military actions in Afghanistan on a permanent basis. They want their military stations forever. It makes a good excuse for continuing and establishing their military bases permanently. At first we wanted the USA to rebuild. They didn't have any basic project. They use money for military activities. We have not seen any civilian projects to better the life of the afghan people. We didn't see any project. Because, I want to say clearly, they have some due political benefits. Afghanistan has a very important geopolitical situation. [...] In this situation the victims are the Afghan people.“ (Ashir/Shyma/Mahbuda, Interview, Dorf in der Provinz Nangahar, 20.03.2011)

Dieses Wissen verbindet sich mit dem Wunsch, Veränderungen mitzubewirken. Ashir hat mir von ihrer Enttäuschung erzählt, als sie an einer Demonstration in Kabul teilnehmen wollte, um gegen die sich ständig wiederholenden zivilen Opfer durch US-Bombardierungen zu demonstrieren, diese jedoch verpasste. Sie habe ihre Wut hinaus schreien wollen. Doch auf dem Weg nach Kabul sei ihr Fahrzeug durch Straßenblockaden (vermutlich der Polizei) stundenlang aufgehalten worden, sodass sie erst nach dem Ende der Demonstration dort ankam. Von diesem Drang, Protest

lautstark auszudrücken, hatte auch Friba von RAWA zwei Jahre zuvor geredet, als ich mein erstes Gespräch mit einer Vertreterin der Frauenorganisation hatte:

„As the history, the experience shows to us, nobody can remain silent for ever. When there is casualties in Farah, when there is casualties in Herat, when there is casualties in Balkh, in everywhere. The people will rise one day. And we do appreciate such things. Today if it is in Kabul University, tomorrow it will be in Herat, the other day ... Then the people will come in a kind of ... If the US marines, or the US troops they just close their hands and they bombard the people – they can't do it forever. There will be an people's uprising.“ (Friba, RAWA, Interview in Kabul, 18.05.2009)

EIN AUFSTAND WIRD FREIHEIT UND RECHTE BEWIRKEN

Nur mit ihren eigenen Händen können die Menschen Freiheit, Demokratie und Frieden erreichen. Das kann nicht von außen „geschenkt“ werden, vertritt RAWA.

„RAWA strongly believes that there should be no expectation of either the US or any other country to present us with democracy, peace and prosperity. Our freedom is only achievable at the hands of our people. It is the duty of all the intellectuals, all the democratic forces and progressive and independence-seeking people to rise in a constant and decisive struggle for independence and democracy by taking the support of our wounded people as the independent force, against the presence of the US and its allies and the domination of Jehadi and Taliban criminals.“ (RAWA-Erklärung, 07.10.2008)

Schon sehr bald nach der militärischen Intervention 2001 vertrat RAWA, dass Frauenrechte, Demokratie und Menschenrechte sowie soziale Gerechtigkeit nur durch die Menschen selbst erkämpft werden könnten. Ende 2002 beendete RAWA die Analyse des ersten Jahres nach dem Zusammenbruch des Taliban-regimes zum Internationalen Tag der Menschenrechte am 10. Dezember, mit einem Aufruf zum „energischen und organisierten Kampf“ an die „[t]rauernde[n] Mitbürger“ (RAWA-Erklärung, 10.12.2002). Nachdem bereits „alle Hoffnung und alle Willensanstrengung unseres freiheitsliebenden Volkes und der Menschen in der Welt sich in Illusion und Verzweiflung [verwandelten], als wir sehen mußten, daß die USA und ihre Verbündeten die Macht in Afghanistan an die Nordallianz übergaben [...], bittet [RAWA] alle freiheitsliebenden und antifundamentalistischen Individuen und Gruppen, ihr Kommittment für demokratische Werte und Frauenrechte [...] unter Beweis zu stellen“ (ebd.). Gegen den Fundamentalismus müsse ein praktischer, standhafter Kampf geführt werden. Es wurde vorgeschlagen, die Verletzung demokratischer Rechte und von Menschenrechten

durch die neue Regierung offenzulegen. Es dürfe nicht zugelassen werden, dass die Fundamentalisten in der Regierung nun Menschenrechte als ein Werkzeug benutzen, um ihr Image zu verbessern.

Die Handlungsmöglichkeiten, die RAWA benennt, gehen über das reine Bloßstellen der Islamisten in der neuen Regierung hinaus. Bereits im April 2003, zum Jahrestag der Machtübernahme der Jihadis in Kabul am 28. April 1992, erklärte RAWA:

„The Revolutionary Association of the Women of Afghanistan (RAWA) once again calls upon all pro-democratic elements to know that no one else but ourselves will come to our rescue. It is incumbent upon us to rise up and clean Afghanistan from the dirt and scars of 28th April.“ (RAWA-Erklärung, 28.04.2003)

Die Menschen selbst müssten gegen die Jihadis aufstehen. Einige Jahre später wurden dann auch die internationalen Besatzer einbezogen, gegen die der Befreiungskampf gerichtet sein muss: „[O]ur freedom from the grasp of foreign occupiers, Northern Alliance mafia, vicious Taliban and other anti-women elements is only achievable by our unity and struggle.“ (RAWA-Erklärung, 08.03.2012) Nicht nur könnten Demokratie, Menschenrechte und Frauenrechte nicht von außen implementiert werden, dies würde zudem derzeit auch niemand ernsthaft betreiben – weder das Militär, noch Regierungsberater, UN oder NGOs. „It is impossible that domestic violence, rape, beating and self-immolation among women be ended by seminars or some discussions of the NGOs.“ (Ebd.) Das kann nur durch die Organisierung der Frauen aller ethnischen und Stammesgruppen in einer antifundamentalistischen Bewegung erreicht werden, die sich auch gegen die Präsenz des internationalen Militärs und andere externe Zwangsausübung richten müsse. Die Menschen in Afghanistan würden eines Tages einen Aufstand wagen und nur ein Aufstand könne unter den gegebenen Bedingungen die politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse entsprechend verändern, erklärt RAWA.

„The Revolutionary Association of the Women of Afghanistan (RAWA) has repeatedly emphasized that the only way to liberation and prosperity is the irreconcilable struggle of all democratic and freedom-seeking forces of Afghanistan and vast conscious uprisings throughout the country. It is then only possible to drive out US invaders, annihilate Karzai's mafia regime, and put on trial the murderous heads of Jihadis and Taliban and their cultural hacks.“ (RAWA-Erklärung, 27.04.2012)

Es gibt bereits seit vielen Jahren spontane Aufbrüche, Proteste und auch Riots, meist gegen das US-Militär, aber auch gegen die UN oder gegen Gouverneure. Diese werden häufig von den Taliban oder anderen fundamentalistischen Gruppen für ihre Interessen benutzt und beeinflusst. Riots kommen aber auch ohne irgendeine

Steuerung in Gang wie beispielsweise nach Verkehrsunfällen in Kabul 2006 und 2010, bei denen Menschen durch US-Militär- bzw. Botschaftsfahrzeuge getötet wurden und diejenigen Menschen ihre Wut gewaltsam ausdrückten, die dort gerade vor Ort waren. Von dort breiteten sich die Unruhen dann weiter aus. RAWA betont, dass ein Aufstand für eine gerechte Gesellschaft immer sowohl gegen die US-Besatzer und deren Verbündete als auch gegen die Taliban und gegen alle anderen fundamentalistischen Organisationen und Führer, die sogenannten Jihadis, gerichtet sein müsse. Der bevorstehende Freiheitskampf sei deshalb sehr komplex, schwierig und auch blutig.

„Combating against the armed and alien forces in the country without being loud-mouthed against the Talibi and Jehadi enemies would mean welcoming the misfortunes of fascism and religious mafia. Also, struggling against this enemy without fighting the military presence of the US, its allies and its puppet government would mean falling before foreign agents. The path of the freedom-fighters of our country without doubt, will be very complex, difficult and bloody; but if our demand is to be freed from the chains of the slavery of foreigners and their Talib and Jehadi lackeys, we should not fear trial or death to become triumphant.“ (RAWA-Erklärung, 07.10.2008)

Es ist RAWA wichtig, dass eine Bewegung aufgebaut wird, die die Menschen über ethnische Trennungen hinweg verbindet. „[Freedom] is only attainable by the organization of women of all ethnic backgrounds and tribes into an anti-fundamentalist movement against the occupation.“ (RAWA-Erklärung, 08.03.2012)

Zum Frauentag 2010 erklärte RAWA, dass die Frauenrechte nicht von der katastrophalen politischen Situation im Land getrennt werden können und ein Umsturz der Regierung nötig sei. „Without the overthrow of the current puppet regime, which is becoming more mortal and odorous than before by the inclusion of Taliban and Gulbuddini murderers, none of the thousands of the problems of our unhappy people will ever be solved.“ (RAWA-Erklärung, 08.03.2010) Hintergrund einer dermaßen radikalen Konsequenz ist die immer wieder von RAWA erläuterte Lage, dass Kriminelle die Regierung bilden und nicht für die Interessen der Bevölkerung arbeiten, sondern diese unterdrücken.

DAS WICHTIGSTE: DIE KRIEGSVERBRECHER VOR GERICHT BRINGEN

Als ich mein erstes Gespräch mit einer RAWA-Vertreterin im Mai 2009 in Kabul führte, nutzte sie gleich die allerersten Gesprächsminuten, um das auszusprechen, was als der wirklich entscheidende Punkt für die Arbeit von RAWA und die gegenwärtige Situation in Afghanistan verstanden wird. Das Wichtigste sei, diejeni-

gen vor Gerichte zu bringen, die für schwere Menschenrechtsverbrechen und Kriegsverbrechen Verantwortung tragen. Sie verband diese Aussage mit der Vorbemerkung, dass RAWA Wert darauf lege, auf die wirklich wichtigen Dinge, die hauptsächlich Probleme der afghanischen Menschen zu fokussieren. Andere würden viel von Dingen reden, die nicht die wirklichen Probleme seien.

„The point is and the first thing to solve in the current situation in the country: First we should put all the criminals, all those who committed crimes, parties, individuals or leaders who committed crimes they should be justified [brought to justice]. They should be called to a court. To a free and to a democratic court, not to any court who is again linked with any of the parties or individual to again have favor. A really free and democratic court. So they just be justified freely, without any favoritism, without anything. This is the point. If any government, any people, any individual, any organization, they are the real friends of the Afghan people, they should try to put the criminals to an international or to a free court. This is the point. To be punished for what they have done. So if this party is punished, if the other one is punished, really, really punished, so it will be a lesson to the future generations. So this is the point.“ (Friba, RAWA, Interview in Kabul, 18.05.2009)

Interessanterweise hat RAWA bereits im Jahr 2000, also im Jahr vor der militärischen Intervention in Afghanistan, in einer Erklärung zum Internationalen Tag der Menschenrechte betont, dass bei einer Einmischung von Außen an erster Stelle stehen müsse, sowohl die Taliban als auch die Jihadi-Führer – zwei gegnerische, islamistisch-fundamentalistische Terroristenorganisationen – für ihre schweren Menschenrechts- und Kriegsvergehen vor Gerichte zu stellen. Außerdem müssten diese entwaffnet werden, der Waffenhandel und der ökonomische Rückhalt müsste ihnen genommen werden. Alles andere sei von vornherein zum Scheitern verurteilt:

„We have time and again reiterated that any effort by the United Nations or any country or international entity to bring peace to Afghanistan and an end to the Afghan conundrum, which does not provide for the disarming of the Jihadi and Taliban criminal bands would be worthless and inexorably doomed to failure from the very outset. If the United Nations, the European Union, the United States or any other country or group of countries honestly and sincerely wish to find a solution to the Afghan conflict, they need to begin by prosecuting the leaders of the Jihadi and Taliban gangs as war criminals and murderers, and impose severe economic sanctions on countries supplying their respective belligerent cronies in Afghanistan with arms and money to continue the human tragedy in our country. Only thus can the war machine of the two terrorist-fundamentalist adversaries be disabled.“ (RAWA-Erklärung, 10.12.2000)

In einer Erklärung, die sieben Jahre später und damit sechs Jahre nach der internationalen Militärintervention und dem Ende der Taliban-Regierung herausgegeben wurde, wiederholt die Frauenorganisation ihre Entschlossenheit, die Strafverfolgung

gegen die Kriegsverbrecher durchzusetzen. Das sei notwendig, um den Weg für Demokratie frei zu machen. Außerdem müssten die Verbrecher, die nun an die Macht sind, die vom nationalen Vermögen gestohlenen Millionen zurückgeben.

„[W]e are determined that with the help of justice-loving people and organizations of Afghanistan and around the world, [we] will work to push the war criminals into a court of justice and reclaim billions of dollars worth of national assets from them. Only then, the eyes of our grief-stricken people may no longer burn endlessly for justice and democracy. (RAWA-Erklärung, 10.12.2007)

RAWA hat 2007 das Buch *Some Documents of the Bloody and Traitorous Jehadi Years* (RAWA 2012) herausgegeben, in dem die Verbrechen der Jihadis belegt werden. Sie beschreiben das Buch als einen kleinen Schritt dahin, die Verbrecher, die nun die Posten in der Regierung und weiteren wichtigen Staatsämtern einnehmen, strafrechtlich zu verurteilen. In der Erklärung zum Menschenrechtstag 2007 werden keine Vorschläge oder Erwartungen an internationale Organisationen oder an Staaten gerichtet, sondern an die gerechtigkeitliebenden Menschen und Organisationen, die Veränderungen bewirken und Druck aufbauen können, sodass die Kriegsverbrecher – als entscheidender Schritt zur Demokratie – vor Gericht gestellt werden.

